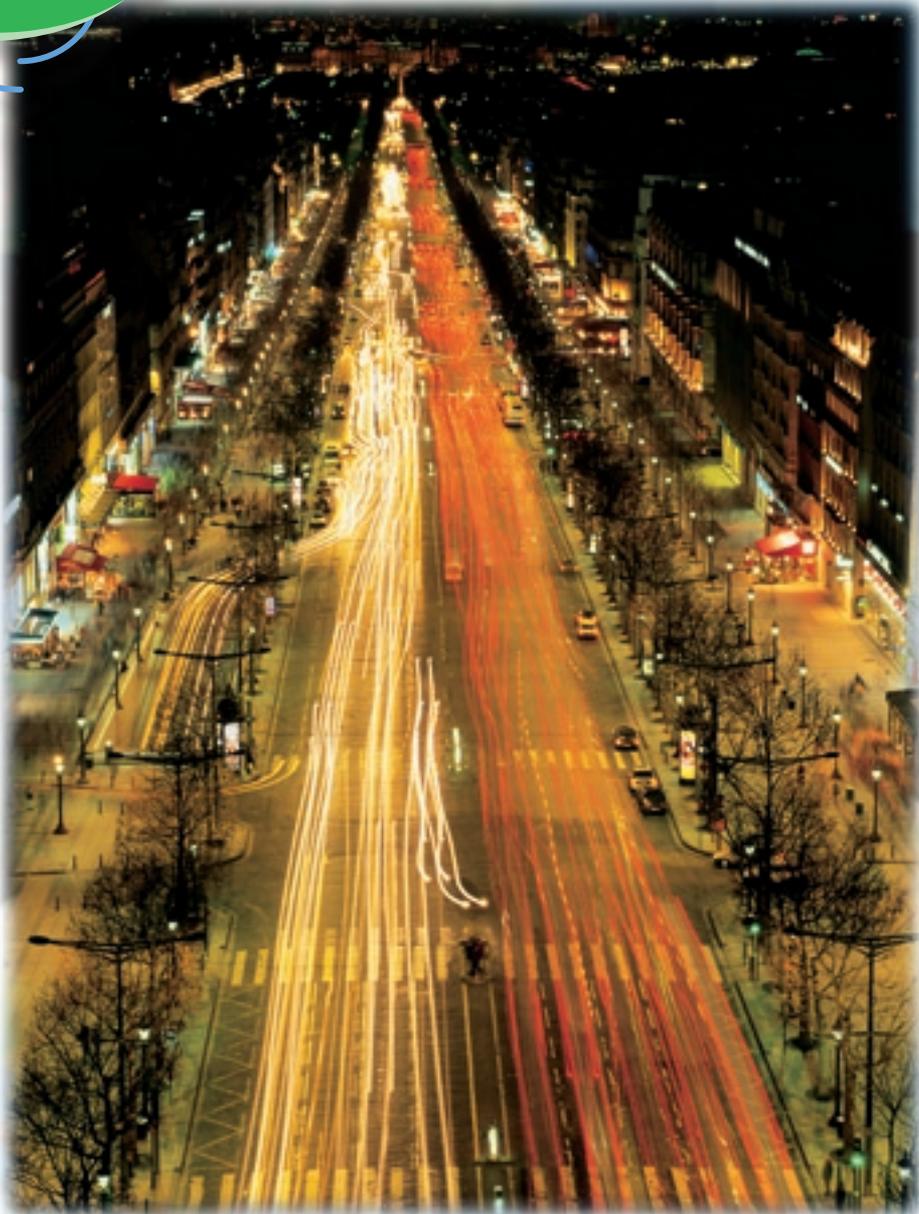


Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

4/2007



Ohne Rücksicht auf Verluste
Der Wettlauf um die Rohstoffe

Ohne Rücksicht auf Verluste

Der Wettlauf um die Rohstoffe

Inhalt

Editorial 2
Jürgen Maier

Schwerpunkt

**Kampf um Rohstoffe - Das Great Game des
21. Jahrhunderts** 3
Barbara Unmüßig

**Verantwortungsvolle Ressourcenpolitik
Forderungen an die G8-Staaten**..... 5
Lili Fuhr

**Transparenz bei der Erdölförderung
Chancen und Grenzen** 6
Ulrike Bickel/ Axel Müller/ Bernd Bornhorst

**Öl für Entwicklung?
Das Tschad/Kamerun Erdöl- und Pipelineprojekt** 8
Martin Zint

**Kompensation für nicht gefördertes Erdöl
Innovativer Umweltschutz oder nur ein
populistischer Marketingcoup Ecuadors?** 9
Silke Lunnebach/ Thomas Brose

**Afrikas Rohstoffe - Der neue Kampf
um alte Güter** 11
Friedel Hütz-Adams

**Uran-Abbau wird wieder attraktiv - Hohe Preise
bedrohen selbst den Weihnachtsmann**..... 13
Regine Richter

**Handys aus Gold und Laptops aus Platin
Rohstoffe für die Herstellung von
Informationselektronik**..... 14
Cornelia Heydenreich

**Wassersparen - aber richtig!
Unser Konsum verschärft Wasserstress in
semiariden Regionen der Erde** 16
Nikolaus Geiler

**Memorandum: Für einen nachhaltigen
Papierverbrauch! - Glaubwürdiger Klimaschutz
umfasst nachhaltigen Papierkonsum** 18
Barbara Happe

**Globales Ressourcenfieber
Chance auf Genesung?** 19
Matthias Buchert

**Sanfter auftreten
Das lehrt uns der ökologische Fußabdruck**..... 21
Jürgen Knirsch

Aktuell

**Globaler Klimaaktionstag - 10.000 Menschen
demonstrieren in Deutschland**..... 23
Christina Hering/Monika Brinkmüller

**Kontrastreiche "Klimawoche" in den USA -
Schwenken die Amerikaner im
Klimaschutz um?** 24
Daniel Mittler

**Klimawandel gefährdet Entwicklung
Die Anpassungsagenda in Bali**..... 26
Sven Harmeling

Themen & AGs

**Kabarett in Montreal - Die Verhandlungen für
ein internationales Regime zum gerechten
Vorteilsausgleich treten auf der Stelle** 28
Mute Schimpf/Michael Frein

**Weltweites Haftungsregime für GVO-Schäden
Verzögerungsstrategien in Montreal** 29
Christine von Weizsäcker

**Globaler Aktionsplan zur Erhaltung von
Nutztierassen beschlossen**..... 30
Susanne Gura

**Wie Super sind die Supermärkte? - Diskussion um
die neuen Wertschöpfungsketten und die Chancen
für die Bauern** 31
Rudolf Buntzel

**Legt den Heuschrecken Fesseln an
Hypothekenkrise in den USA und ihre Folgen** 32
Knut Unger

**Plenum des Forums Umwelt und Entwicklung
Erfolgreiche Suche nach der perfekten NGO?** 34
Monika Brinkmüller

Ein Gespenst geht um in Europa 36
Klaus Fritsche

Publikationen, Veranstaltungen 37



**Forum Umwelt
und Entwicklung**

Impressum:
Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober
(www.diesigns.com)

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint
im März 2008.

Liebe Leserinnen und Leser,

Der große Run auf die Rohstoffe – das war das beherrschende Thema des Jahres 2007, allen voran natürlich das Erdöl. Am Jahresanfang lag der Ölpreis noch bei 65 Dollar pro Barrel, inzwischen haben wir die magische Schwelle von 100 Dollar erreicht. Damit waren sämtliche bisher veröffentlichten Zukunfts-Szenarien der Internationalen Energieagentur ad absurdum geführt, die solche Preisniveaus allenfalls in der Mitte des Jahrhunderts für möglich hielten.

Keine Frage – der enorme Rohstoffverbrauch der alten und neuen Industrieländer ist weder langfristig durchhaltbar noch ökologisch vertretbar. Er beinhaltet vor allem auch ein ökonomisches und sicherheitspolitisch rasch wachsendes Krisen- und Konfliktpotenzial.

Für eine wachsende Weltwirtschaft stehen keine wachsenden Rohstoffmengen zur Verfügung, die Grenzen des Wachstums stehen nun auf der Tagesordnung. Und damit auch die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Schon die normalen Marktmechanismen sorgen heute dafür, dass sich alte Nord-Süd-Strukturen aufzulösen beginnen: Immer mehr Verbraucher in Ländern wie China oder Indien haben einfach mehr Kaufkraft als manche Marktteilnehmer in Europa oder Nordamerika, sie kaufen »uns unsere Rohstoffe weg«. Die Debatte um »China in Afrika«, die den Europa-Afrika-Gipfel im Hintergrund mitprägte, zeigt manche Züge dieser Verunsicherung: wir müssen eine Partnerschaft mit Afrika aufbauen, sonst verkaufen die Afrikaner ihre Rohstoffe an Beijing.

Aber der Markt löst bekanntlich nicht alles, und wer keine Rohstoffe und nicht genügend Kaufkraft hat, steht im Zuge der Rohstoffverknappung und –verteuerung zunehmend schlechter da. Ob dieses Problem mit Pro-Kopf-Rechten wie sie für CO₂-Emissionen diskutiert werden lösbar ist, ist dagegen eine andere Frage. Nicht alles was theologisch begründet werden kann ist praxistauglich. Weder werden rohstoffbesitzende Nationen – auch nicht die Öl- und Gas-Sozialisten aus Venezuela und Bolivien – über diesen Weg zulassen, dass ihre Ressourcen internationalisiert, sprich enteignet werden – sie werden sie natürlich meistbietend verkaufen. Noch lässt sich in einer marktwirtschaftlich organisierten Weltwirtschaft mit dem Hinweis auf die Ungerechtigkeit des Systems eine Art globales »Rohstoff-Grundeinkommen« mit Pro-Kopf-Rechten auf Aluminium, Kupfer usw. einführen.

Für die Umwelt- und Entwicklungs-NGOs gibt es hier noch viel zu tun. Diese Debatte beinhaltet jede Menge Sprengstoff vor allem zwischen NGOs in Nord und Süd, wobei sich diese Schwarz-Weiß-Einteilung ohnehin rasch auflöst. Die Mitgliedschaft einer NGO aus Hongkong hat inzwischen eine durchaus ähnliche ökonomische Interessenlage wie die einer europäischen NGO, aber eine deutlich andere als eine aus Senegal. Entscheidend ist, dass die Debatte offen und ehrlich geführt wird, und nicht unter dem Mantel der politischen Korrektheit verkrampfte Scheindebatten über abstrakte Begrifflichkeiten stattfinden. Leider macht sich in internationalen NGO-Netzwerken diese Tendenz zunehmend breiter – auf Kosten der politischen Interventionsfähigkeit. Am Ende zählt aber nur, was wir bewegen können. Wir brauchen eine Strategiedebatte, die den Bezug zur Realität nicht verliert. Ich hoffe, dieser Rundbrief ist ein Beitrag dazu.



Jürgen Maier

Jürgen Maier

Kampf um Rohstoffe

Das Great Game des 21. Jahrhunderts

Die weltweite Suche nach wertvollen Rohstoffen aller Art ist nicht Neues. Sie hat aber eine neue Dimension erreicht: Die Suche und Ausbeutung von Rohstoffen findet heute auch in den entlegensten Winkeln der Erde statt, weil vielerorts leichter zugängliche Ressourcen erschlossen bzw. erschöpft sind und die gestiegenen Rohstoffpreise auch aufwändigere Erschließung ökonomisch durchaus wettbewerbsfähig machen.

Außerdem haben die Industrieländer, die seit Jahrhunderten ein Privileg auf die Ausbeutung von Rohstoffen genießen, neue „Wettbewerber“ bekommen. Insbesondere die Schwellenländer treten als neue Akteure im weltweiten Run auf Erdöl, Erdgas, mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe auf. Der Wettbewerb um die ökonomisch lukrativen Erdölquellen in Afrika und rund um das Kaspische Meer ist längst in vollem Gange. Erdöl, Coltan, Edelhölzer oder Kupfer, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, bedienen nach wie vor die Nachfrage einer globalen wohlhabenden Minderheit.

Die geopolitische Diversifizierung des Nachschubs steht längst auf der Tagesordnung von Regierungen und multinationalen Konzernen. Das trifft vor allem für die Erdöl- und Erdgasquellen und ihre Transportrouten zu. In Afrika, Lateinamerika, am Persischen Golf oder rund ums Kaspische Meer stecken Regierungen und die Erdölkonzerne mit Milliardensummen für Exploration, Konzessionen und Erschließung ihre Claims ab. China betrachtet seine Nachbarländer in Ost- und Südostasien längst als unmittelbare Rohstofflieferanten für seine (exportorientierte) Ökonomie und kauft sich überall auf der Welt und wo immer möglich in langfristige Konzessionen aller Arten von Rohstoffen ein.

Wege aus der fossilen Falle?

Endlich ist der globale Klimawandel und seine katastrophalen Folgen für Mensch und Natur zurück auf der politischen internationalen Agenda und in den meisten Ländern in der öffentlichen Debatte. Nur, machen wir uns nichts vor: Der Weg aus der globalen fossilen Falle hat noch nicht mit den notwendigen und drastischen Schritten

begonnen. Weltweit werden knapp 80 Prozent der gesamten Primärenergie durch Verbrennung fossiler Brennstoffe gewonnen. Der Löwenanteil liegt bei Erdöl, gefolgt von Kohle und Erdgas. Und die weltweite Nachfrage nach Öl und Gas wird nicht so schnell nachlassen – nicht durch die Industrieländer. Und der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas und Indiens wird den Druck auf die Ausbeutung von Öl, Gas und Kohle und den Hunger nach natürlichen Ressourcen wie Mineralien oder Holz weltweit befeuern. Auch Afrika mit seinem großen Reichtum an natürlichen Ressourcen ist nun als letzter Kontinent im Visier derjenigen, die nach neuen Rohstoffquellen suchen.

Die derzeitigen globalen Investitionsmuster sind hier alles andere als Hoffnung dafür, dass die globale Rohstoffausbeutung der fossilen Ressourcen nachlassen könnte. Der derzeitige Trend läuft weiterhin in Richtung einer kohlenstoffintensiven Infrastruktur. Den Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) zu Folge sollen allein zwischen 2004 und 2030 sage und schreibe 20 Billionen US-Dollar (!) in die Deckung der globalen Energienachfrage fließen. Der jüngste Human Development Report hält dazu fest, dass der größte Teil dieser Summe für die weitere Ausbeutung fossiler Ressourcen gedacht ist und damit jenseits jeglicher sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitskriterien liegt.

Ohne globale Trendumkehr bei diesen Investitionen – sie müssen zuvörderst in eine weltweite und umfassende Energierevolution fließen – werden wir mitnichten das Klimaproblem in den Griff bekommen. Die Einbettung und Verknüpfung des Ressourcenthemas mit dem Klima- und Energiethema muss für alle politisch Handelnden selbstverständlich werden.

Herausforderungen im Rohstoffsektor

Jenseits des dringlichen und massiven Rückbaus der fossilen Energieträger im gegenwärtigen globalen Energiemix ist es eine weitere drängende und politisch zu bearbeitende Frage, unter welchen ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Bedingungen Ressourcen genutzt und abgebaut werden und als Quelle für die ökonomische Entwicklung der exportierenden Länder dienen können.

Im 21. Jahrhundert steht gerade der Rohstoffsektor vor mannigfaltigen Herausforderungen, die eng miteinander verknüpft sind: Klimawandel, gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen (Handels- und Investitionsströme, Peak Oil, hohe Rohstoffpreise), soziale und ökologische Folgekosten der Ausbeutung von Ressourcen (Vertreibung, Verseuchung der Böden) sowie Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Konflikte.

Soziale Ungleichgewichte und Umweltschäden

Trotz ihres Reichtums an natürlichen Ressourcen nimmt die Armut in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu. Viele Untersuchungen der letzten Jahre kommen zu ernüchternden Befunden: Länder, für die der Export von Erdöl und Erdgas volkswirtschaftlich bedeutend ist, gehören gleichzeitig zu den hochverschuldeten armen Ländern und rangieren auf den untersten Rängen des „Human Development Index“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Hohe private Gewinne und staatliche Einnahmen haben vielfach keinerlei armutsreduzierende Wirkung. Der Rohstoffsektor ist vielfach technologieintensiv und wenig beschäftigungswirksam. Makroökonomische Ungleichgewichte werden erhöht und die Abhängigkeit von schwankenden Rohstoffpreisen vertieft. Deviseneinnahmen verschwinden häufig in schwarzen Kassen einiger weniger. Die Korruption im Erdölsektor ist beinahe schon Legende. In Angola – so Schätzungen – finden sich bis zu 30 Prozent der Öleinnahmen unverbucht in dunklen Kanälen.

Kurz- und langfristige Umweltschäden sind ein weiteres gravierendes Pro-

blem. Tiefe Eingriffe in die Natur (Wasserverschmutzung durch Schwermetalle oder Erdöl, der Verlust biologischer Vielfalt usw.) zerstören die Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungen und verschärfen ihrerseits die Armut.

Rohstoffpolitik nachhaltig gestalten

Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen als zentraler Bestandteil unseres Wohlstands- und Entwicklungsmodells muss durch eine Dekarbonisierung und eine weniger materialintensive Lebens- und Produktionsweise massiv reduziert werden. Gleichzeitig wäre es jedoch eine Illusion zu glauben, dass dies schnell, gerecht und vollends demokratisch geschehe. Deshalb ist es konsequent, dass immer mehr NGOs, manche multilaterale Organisation und Regierungen sowie einige Wirtschaftsunternehmen darüber nachdenken, wie Rohstoffpolitik ökologisch und sozial nachhaltiger, fair und transparent gestaltet werden kann. Dafür entscheidend wird sein, Einfluss darauf zu nehmen, wie die Kontrakte zur Ressourcenausbeutung verhandelt werden und wie die wirtschaftlichen Erträge aus der Nutzung umverteilt werden. Ob Ressourcennutzung Armut beseitigen hilft und ob sie demokratische Teilhabe befördert und Konflikte verhindert oder im Gegenteil politische Instabilität, Krieg und Unsicherheit befördert, ist eine Frage der politischen Machtverhältnisse, die es zugunsten demokratischer Prozesse zu beeinflussen gilt.

Wir wissen alle: Korruption in großem Maßstab von der Vergabe der Konzessionen bis hin zur Verwaltung und Verteilung der Renteneinnahmen ist nicht die Ausnahme, sondern leider die Regel. Für viele rohstoffreiche Länder des Südens entscheiden sich in diesem Sektor Kernfragen der Demokratie. Angesichts begrenzter Ressourcen und wachsender Nachfrage geht es um „Haben und Nichthaben“ und darum, wie sich Rohstoffausbeutung mit Ökologie, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit überhaupt in Einklang bringen lässt.

Afrika: Der letzte „Emerging Continent“

Dies gilt aktuell und ganz besonders für die Länder Subsahara-Afrikas. Afrika will endlich Teil der Welt-Ökonomie sein. Es hat viele Ressourcen und ist der letzte „Emerging Continent“.

Rentenökonomien haben Afrika lange und ausschließlich charakterisiert. Die Folgen waren und sind politische Instabilität, Armut und Kriege, die die afrikanischen Bürger tragen. Ob die neuen Investitionen in die Rohstofferschließung und Infrastruktur, wie sie derzeit zahlreiche afrikanische Länder erleben, diesen Ländern oder gar dem ganzen Kontinent einen Sprung auf der ökonomischen Leiter, in der Armutsbeseitigung und in einer friedlichen und demokratischen Entwicklung beschert werden, ist die große politische Herausforderung für alle involvierten Akteure.

Was ist zu tun ?

Generell gilt, dass:

□ Regierungen in Entwicklungsländern endlich politische Verantwortung übernehmen. Sie müssen ihren Bürgern Rechenschaft ablegen, wo die wirtschaftlichen Gewinne aus der Ressourcenausbeutung bleiben und wie sie für soziale Entwicklung und Armutsabbau eingesetzt werden. Demokratische Kontrolle ist bitter nötig, damit politische Macht nicht der Absicherung der wirtschaftlichen Eigeninteressen dient, wie dies leider in vielen Ländern nach wie vor der Fall ist. Bis heute ist es in vielen Ländern lebensgefährlich, sich für mehr Transparenz und Demokratie einzusetzen. Zivilgesellschaftliche Akteure arbeiten häufig unter sehr schwierigen und gefährlichen Bedingungen; sie brauchen unsere Solidarität und Unterstützung.

□ Politische und ökologische Verantwortung müssen vor allem die alten und neuen Investoren der Rohstofferschließung und -ausbeutung übernehmen. Es ist daher eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre, dass sich die traditionellen Rohstoffnachfrager (vor allem Europa; Japan und die USA) und neue Akteure wie China oder Indien mit den Rohstoffexporteuren auf gemeinsame ökologische und soziale Regeln und Standards sowie auf mehr Transparenz und Verantwortung bei Investitionen in den Ressourcensektor verständigen. Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) und die internationale Kampagne „Publish What You Pay“ sind hier erste Ansätze, die es zu unterstützen und auszubauen gilt.

□ Multinational agierende Erdöl- und Erdgasunternehmen, Bergbau- und Holzfirmer und vor allem die privaten und öffentlichen Finanzinstitutionen sowie die staatlichen Exportkreditagenturen brauchen politische Vorgaben und klare ökologische und Transparenzregeln. Hinter jedem korrupten Deal im Ressourcensektor steht Geld, in der Regel eben eine Bank. Auch hier reichen die vielen positiven Ansätze der Entwicklung freiwilliger Standards unter Privatbanken nicht aus.

Schließlich brauchen wir eine viel breitere zivilgesellschaftliche Debatte, um politische Lösungen rund um die Ressourcenprobleme voranzutreiben. Die zivilgesellschaftlichen Perspekti-



ven für eine verbesserte ökologische, verteilungsgerechte und transparente Ressourcenpolitik müssen gestärkt und politische Lösungsvorschläge in die öffentliche Debatte eingebracht werden. Die rund um den G8-Gipfel in Deutschland sichtbaren Vernetzungsansätze deutscher und internationaler NGOs jedenfalls sind noch ausbaufähig. 

Barbara Unmüßig

Die Autorin ist Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung.

Verantwortungsvolle Ressourcenpolitik

Forderungen an die G8-Staaten

Im 21. Jahrhundert steht der Rohstoffsektor vor zahlreichen Herausforderungen, die eng miteinander verknüpft sind.¹ Viele Lösungsansätze und Strategien im Rohstoffsektor setzen auf der Ebene der Governance und des Ressourcenmanagements an. Denn wie natürliche Rohstoffe erschlossen, Verträge ausgehandelt und wirtschaftliche Erträge verwaltet und genutzt werden, ist entscheidend für die Bekämpfung von Armut, für Demokratieförderung und für Krisenprävention.

Aus Anlass der deutschen G8-Präsidentschaft in diesem Jahr hat die Heinrich-Böll-Stiftung einen Dialog ins Leben gerufen, bei dem sich zivilgesellschaftliche RepräsentantInnen

morandum analysiert bestehende Initiativen, Standards und Mechanismen der globalen Ressourcenpolitik und formuliert politische Forderungen und Empfehlungen an die G8-Staaten für einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Damit bietet es eine hervorragende internationale Plattform für zukünftige Strategie- und Lobbyarbeit und kann aufgrund seines ausführlichen Kompendiums existierender Standards, Mechanismen und Kampagnen als Handbuch und Capacity Building Werkzeug verwendet werden. Politisch unterstützt wird das Memorandum von der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, dem US-amerikanischen Investmentbanker und Gründer des Open Society Instituts George Soros, Ed Zwick, dem Regisseur des Films "Blood Diamond",

von Peter Eigen, Gründer von Transparency International und Vorsitzender der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) sowie von der Fatal Transactions Campaign. Die Forderungen des Memorandums richten sich in erster Linie an die Regierungen der G8-Staaten sowie rohstoffimportierender Schwellenländer, denn sie können als Hauptakteure in diesem Sektor Reformen voranbringen und entscheidende Veränderungen herbeiführen. Gefordert werden:

- Eine kohärente Antwort der internationalen Gemeinschaft auf den Handel mit „Konfliktrohstoffen“, dem ein Verständnis über das Phänomen und den Begriff vorausgehen muss;
- Eine Abkehr vom Paradigma industriellen Holzabbaus in tropischen Regenwäldern, da dies nirgends zu nachhaltiger Entwicklung beigetragen hat sowie eine effektive Bekämpfung des illegalen Holzabbaus und -handels;
- Eine Stärkung der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) und der zivilgesellschaftlichen Publish What You Pay Kampagne für mehr Transparenz in den Einnahmefläüssen aus den extraktiven Industrien, dabei eine Einbeziehung von Transparenz in der Vergabe von Konzessionen und bei Verträgen;
- Rigorose Beachtung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Finanzierung von Projekten im Rohstoffsektor und eine erneute Prüfung der Empfehlungen des Extractive Industries Review der Weltbank von 2003;
- Die Stärkung der Verantwortung der Regierungen, in denen die großen Rohstoffkonzerne registriert sind, eine Durchsetzung bestehender Regelwerke und Standards durch die nationalen Gesetzgebungen sowie eine Aushandlung globaler Normen auf UN-Ebene für ein level playing field aller Akteure;
- Die Durchsetzung verbindlicher Regeln für Transparenz und Nachhaltigkeitsstandards im Bankensektor;
- Die Berücksichtigung von Entwicklungsaspekten in allen internationalen/bilateralen Investitionsabkommen mit rohstoffreichen Ländern und eine Erhöhung der Kompetenz der Entwicklungsländer zur Aushandlung fairer und nachhaltiger Rohstoffdeals.

Das Memorandum steht unter www.boell.de/resource_governance zum Download bereit. Außerdem bietet das Webdossier unter dieser Adresse weitere Hintergrundtexte und Materialien zum Thema Governance und nachhaltige Rohstoffpolitik.

 Lili Fuhr

Die Autorin ist Referentin für Internationale Politik bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

¹ Hierzu zählen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Handel, Investitionen), Klimawandel, erhöhte Nachfrage, Peak Oil, Energiesicherheit, soziale und ökologische Folgen der Rohstoffausbeutung, Korruption, Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Konflikte.



und WissenschaftlerInnen aus Nigeria, Kenia, Angola, Kamerun, Tschad, Südafrika, Liberia, China, Indien, Brasilien, Russland, Mexiko, Nordamerika und Europa auf einen gemeinsamen Reformvorschlag verständigt haben. Das wichtigste Ergebnis dieses Dialogs, der im März 2007 in Berlin mit einer Fachtagung begann, ist das Memorandum „Haben und Nichthaben – verantwortungsvolle Ressourcenpolitik im 21. Jahrhundert“. Das von einer internationalen Expertengruppe verfasste Me-

von Peter Eigen, Gründer von Transparency International und Vorsitzender der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) sowie von der Fatal Transactions Campaign.

Die Forderungen des Memorandums richten sich in erster Linie an die Regierungen der G8-Staaten sowie rohstoffimportierender Schwellenländer, denn sie können als Hauptakteure in diesem Sektor Reformen voranbringen und entscheidende Veränderungen herbeiführen. Gefordert werden:

Transparenz bei der Erdölförderung

Chancen und Grenzen

Während die Klimakonferenz im Dezember in Bali um verbindliche Ansätze zur Verlangsamung des menschengemachten Klimawandels rang, prognostiziert die Internationale Energie Agentur (IEA) einen Anstieg der weltweiten Energie-Nachfrage um 55% bis 2030¹. Dabei wurde das Erdöl-Fördermaximum („Peak Oil“) nach Schätzungen von Wissenschaftlern um die Jahrtausendwende (2000) erreicht, d.h. einer wachsenden Nachfrage steht ein sinkendes Angebot gegenüber². Das Öl wird knapper und teurer – damit wird aber auch die Erschließung schwer zugänglicher Lagerstätten noch lohnenswerter.

Neben den globalen Klimafolgen fossiler Energieverbrennung beschäftigt viele MISEREOR-Partner die Frage, wer von den Ölressourcen profitiert bzw. wer dadurch geschädigt wird: Denn die Erdölförderung verursacht immer wieder ökologische Desaster, Landvertreibungen u.a. gewalttätige Konflikte und Menschenrechtsverletzungen sowie zunehmende Armut. Für MISEREOR und unsere Partner ist daher der Einsatz für Transparenz, armutsorientierte Mittelverwendung und Bewahrung der Schöpfung eine zentrale Frage der ökologischen und Verteilungsgerechtigkeit.

„Paradox of Plenty“

Die Region am Golf von Guinea (West- bis Zentralafrika) birgt beträchtliche Erdöl- und Erdgas-Reserven in der See sowie auf dem Festland. Multinationale Unternehmen zieht es zunehmend in die Region. Aufgrund des steigenden Ölpreises und wachsender Auslandsinvestitionen erwarten die afrikanischen Erdölförderländer für die nächsten Jahre erhebliche Einnahmen. Dieser Reichtum an Energierohstoffen u.a. Bodenschätzen könnte einen wichtigen Entwicklungsimpuls geben und entscheidend zur Armutsbekämpfung genutzt werden. Trotzdem gehören diese Länder zu den ärmsten der Welt; seit Beginn der Ölförderung (1950er Jahre) ist die Armut sogar gestiegen. Es herrschen einseitige Konzentration auf den Ölsektor, extreme Korruption, Missmanagement und mangelnde Transparenz. Die Einnahmen aus der Erdölförderung kommen nur einer kleinen Elite zugute; die betroffene Lokalbevölkerung wird fast nie in Planung und Kontrolle einbezogen.

Publish What you Pay - „Legt offen, was ihr zahlt“!

2002 wurde von britischen NROs die heute internationale Kampagne Publish what you pay (PWYP) ins Leben gerufen, die von den Konzernen verlangt, dass sie ihre gesamten Zahlungen an die Regierung veröffentlichen. PWYP fordert zudem von Regierungen Rechenschaft über die Einnahmen von Erdöl-, Gas- und Bergbauunternehmen³. Dies umfasst sämtliche Zahlungen von Unternehmen, Regierungen und Finanzinstitutionen inklusive Exportkreditagenturen in den Förder- sowie Heimatländern der Konzerne. Darüber hinaus fordert PWYP die Offenlegung der Verträge zwischen Unternehmen und Regierungen, die bisher noch weitgehend Geheimhaltungsklauseln unterliegen. Das Eintreten für mehr Transparenz ist Teil des umfassenderen Anliegens, die negativen Auswirkungen der Rohstoffförderung auf die Bevölkerung vieler Staaten zu verhindern.

Extractive Industries Transparency Initiative, EITI

Infolgedessen stieß die britische Regierung 2002 die Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI) auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg an. Ziel von EITI ist es, die Transparenz der Zahlungen bei der Förderung von Öl, Gas u.a. Rohstoffe zu erhöhen, damit diese Gelder in die öffentlichen Haushalte gelangen und zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden⁴. Die Bundesregierung (BMZ) unterstützt EITI politisch und finanziell; darüber hinaus haben sich die G8-Staatschefs, Weltbank und Internationaler Wäh-

rungsfonds mehrfach zur Korruptionsbekämpfung und Unterstützung von EITI bekannt. Im September 2007 gab das EITI-Direktorium die Ergebnisse einer ersten Bestandsaufnahme der Umsetzung der EITI Kriterien in den Ländern bekannt, die sich EITI angeschlossen haben. Demnach wurden 15 Länder als „Kandidaten“ klassifiziert, die bisher glaubwürdige Schritte zur Einhaltung der EITI-Prinzipien unternommen haben; weitere neun müssen erst ihr Bemühen noch unter Beweis stellen⁵.

Bewertung der EITI-Umsetzung

Mit Unterzeichnung von EITI haben sich zwar bisher 24 Länder formell zur transparenten Offenlegung von Rohstofflösen bekannt. Die Einstufung von neun Ländern als „Wackelkandidaten“ zeigt aber, dass einige Länder über Rhetorik kaum hinausgekommen sind. Andere ölfreiche Länder sind EITI erst gar nicht beigetreten.

Mehr Transparenz bei den Ölzahlungen ist nur ein erster Schritt; PWYP fordert darüber hinaus eine armutsorientierte Mittelverwendung („Publish how you spend it“) und ein Mitspracherecht der Lokalbevölkerung und Zivilgesellschaft vor neuen Vorhaben. Eine demokratische Debatte über die Verwendung der Gelder sowie die Einhaltung international rechtsverbindlicher Umwelt- und Sozialstandards durch die Unternehmen sind notwendig, damit der extraktive Sektor zur dauerhaften Landesentwicklung beitragen kann. PWYP hat mit ihrem Bericht „Eye on EITI“ im Oktober 2006 eine zivilgesellschaftliche Bewertung von EITI mit einer Reihe von Vorschlägen für eine konsequentere Umsetzung vorgelegt⁶.

Dass allein mit der Offenlegung von Zahlungen andere Missstände im Kontext extraktiver Industrien längst noch nicht behoben sind und demnach EITI nicht mit Erwartungen überfrachtet werden sollte, zeigen folgende Erfahrungen von MISEREOR-Partnern in Afrika:

Die Veröffentlichung der Öleinnahmen in einem EITI-Kandidatenland wie Kamerun ergab Diskrepanzen in Millionenhöhe zwischen den von Unternehmen bzw. Regierung angegebenen Zahlungen. Die Tschad-Kamerun-Pipeline hat in Kamerun – wie auch im Tschad (siehe auch Beitrag von Martin Zint) – kaum positive Ver-

änderungen für die Bevölkerung gebracht, im Gegenteil, sie hat in vielen Gemeinden die Armut verschärft und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zur Folge gehabt⁷.

Mit einer täglichen Ölförderung von über einer Million Barrel ist Angola – nach Nigeria – der zweit-größte Erdölproduzent der Region. Seit Ende des Bürgerkrieges 2002 könnten die Petrodollars zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und zur Entwicklung beitragen. Stattdessen führen jedoch Korruption und fehlende Transparenz zum Verschwinden von Milliarden von US\$. Angola ist gar nicht erst EITI-Mitglied und drohte dem Ölkonzern BP sogar mit Landesverweis, als er 2001 seine Zahlungen an die Regierung offen legen wollte. Ein ständiges Konfliktpotential und Menschenrechtsverletzungen herrschen in der Hauptförderregion der Exklave Cabinda, wo Milizenbewegungen sich von Angola abspalten wollen. Angola plant eine Verdoppelung seiner Erdölförderung in den kommenden Jahren.

Die Republik Kongo(-Brazzaville) fördert 240.000 Barrel Öl täglich (2006), überwiegend vor der Küste (offshore). Das Land erholt sich nur langsam von drei Bürgerkriegen in den neunziger Jahren, die Tausende von Opfern und über 800.000 Vertriebene verursachten. Hintergrundig ging es bei diesen Konflikten auch um Zugang zu dem Ölreichtum. Die Ölförderung steigt seit einigen Jahren stetig an; Millionen von US\$ werden veruntreut, statt für Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung eingesetzt zu werden. Menschenrechtler wie PWYP-Aktivisten, die sich gegen Korruption einsetzen, werden eingeschüchtert und politisch verfolgt.

Der Einsatz von MISEREOR-Partnern wie PWYP-Mitgliedern in Kamerun, Nigeria, Tschad, Kongo-Brazzaville und Angola für mehr Transparenz bei der Verwendung der immensen Erdölerlöse bleibt daher trotz widriger politischer Bedingungen vordringlich. Es wurde bereits erreicht, dass manche Ölkonzerne ihre Zahlungen an Regierungen und letztere ihre Einnahmen offen legen. Weitere Anstrengungen bleiben vonnöten, um Korruption zu verhindern und die Regierungen zu beeinflussen, ihre Einnahmen für Armutsbekämpfung, Bildung, Gesund-

heit und nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Daher unterstützt Misereor Partner auch bei der Artikulation der Interessen der Lokalbevölkerung, der Konfliktprävention sowie der Befriedung von Konflikten, die durch die Erdölförderung verursacht werden.

Was bleibt zu tun?

Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten wiederholt die Bedeutung von EITI betont und empfohlen, sie hinsichtlich höherer Verbindlichkeit weiterzuentwickeln. MISEREOR begrüßt dieses Engagement und setzt sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass diese mit gutem Beispiel vorangeht und konkrete Umsetzungsschritte einleitet. Dazu zählt zuallererst Deutschlands Ratifizierung der Anti-Korruptions-Konvention. Die Bundesregierung hat in ihren „Elementen einer Deutschen Rohstoff-Strategie“ im März 2007 Unternehmen aufgefordert, verstärkt im Ausland in die Rohstofferschließung zu investieren. Hier fehlt eine klare Definition von Umwelt- und Sozialstandards, um Kohärenz und Nachhaltigkeit von Entwicklungs-, Außen- und Wirtschaftspolitiken zu gewährleisten. Die EITI-Kriterien, ebenso wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen⁸, sollten bei der Vergabe von Exportkrediten und Investitionsgarantien herangezogen werden. Darüber hinaus sollte EITI bi- und multilateral über EU und Weltbank im Regierungsdialog zu „Good Governance“ nachdrücklich eingebracht werden.

Beim Weltsozialforum 2007 haben Mitglieder des Dachverbands katholischer Hilfswerke CIDSE und deren Partnerorganisationen aus Asien, Afrika und Lateinamerika einen Appell „Bodenschätze umweltverträglich und gerecht erschließen!“ erarbeitet mit Empfehlungen an Regierungen in Nord und Süd, Unternehmen, Internationale Finanzinstitutionen und die Vereinten Nationen hinsichtlich der Erdöl- und Erdgasförderung, Bergbau und Holzeinschlag⁹. Dazu zählen u.a. folgende Anliegen: Es ist zu gewährleisten, dass die Energieausbeutung nicht zu weiterer Verarmung und Umweltzerstörung führt. Transnationale Konzerne u.a. Unternehmen müssen nationale Gesetze sowie international anerkannte Menschenrechtsabkommen und

Umweltstandards respektieren. Vor Beginn ihrer Aktivitäten haben sie die freie und informierte Zustimmung lokaler Gemeinschaften einzuholen. Das Recht der Lokalbevölkerung ist zu respektieren, Energievorhaben abzulehnen, die ihre Interessen verletzen würden. Ölkonzerne sollten sich EITI anschließen und die Veröffentlichung aller ihrer Zahlungen an und Verträge mit Regierungen gewährleisten. Ihre Aktivitäten dürfen keine Konflikte verursachen/ verschärfen. Es dürfen keine Investitionen in korrupten oder instabilen Ländern gefördert werden, wo die Rohstoffausbeutung mit Gewaltkonflikten und Menschenrechtsverletzungen einher geht. Staatliche, aber auch private Banken sollten vor positivem Ergebnis einer umfassenden sozio-ökonomischen und ökologischen Kosten-Nutzen-Analyse keine Projekte der Rohstoffförderung finanzieren.

Und schließlich sind für eine global nachhaltige Entwicklung eine „Energiewende“ und massive Reduzierung unseres Energieverbrauchs im Norden vordringlich, d.h. erhebliche Investitionen in Energie-Einsparung, effizientere Technologien sowie Ausbau erneuerbarer Energien.

Ulrike Bickel/ Axel Müller/
Bernd Bornhorst

Ulrike Bickel ist Energiereferentin bei MISEREOR, Axel Müller ist AGEH-Fachkraft in Kamerun und arbeitet mit Misereor-Partnern im Bereich Erdöl am Golf von Guinea, Bernd Bornhorst ist Abteilungsleiter Entwicklungspolitik bei MISEREOR und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.

1 International Energy Agency: World Energy Outlook, Nov. 2007.

2 Association for the Study of Peak Oil and Gas (ASPO)-Deutschland: www.energiekrise.de

3 www.publishwhatyoupay.org

4 www.eitransparency.org. Zur Einhaltung von EITI verpflichten sich nur die Länder - bisher nur Entwicklungsländer, doch mit dem Beitritt von Norwegen 2007 auch ein Industrieland. Die Unternehmen werden vor Ort von den Regierungen verpflichtet, die Zahlen offenzulegen (im Idealfall), im internationalen EITI-Kontext gehen die Unternehmen nur eine freiwillige Verpflichtung ein. Statoil und Talisman sind bislang die einzigen Erdölunternehmen, die tatsächlich ihre Zahlungen weltweit offen legen.

5 EITI-Pressmeldung vom 2.10.2007: Die 15 EITI-Kandidatenländer sind: Aserbaïdjan, Kamerun, Gabun, Ghana, Guinea, Kasachstan, Kirgizstan, Liberia, Mali, Mauritien, Mongolei, Niger, Nigeria, Peru und Jemen. Die anderen neun Länder sind: Tschad, DR Kongo, Äquatorial Guinea, Madagaskar, Kongo-Brazzaville, São Tome e Príncipe, Sierra Leone, Trinidad und Tobago, Osttimor.

6 www.publishwhatyoupay.org/english/pdf/pubs/eyeoneiti.pdf

7 Video zur Tschad-Kamerun Pipeline, TV Agence France Presse: http://actualite.aol.fr/Vid%E9ol/cameroun-le-pipeline-de-la-discorde/1448479/p-video_cat/video_titre/video_id/video.html

8 www.oecd.org/dataoecd/56/40/1922480.pdf

9 www.misereor.de/fileadmin/user_upload/pflege_thema/Joint_Appeal_DT-unterschieden.pdf

Öl für Entwicklung?

Das Tschad/Kamerun Erdöl- und Pipelineprojekt

4,3 Milliarden US Dollar hat ein Konsortium unter der Führung der Firma Exxon/Mobil in den Jahren 2000 bis 2003 ausgegeben, um Ölfelder im Süden der Republik Tschad zu erschließen und eine 1.070 Kilometer lange Pipeline an die Atlantikküste Kameruns zu bauen. Sie ist die erste Pipeline aus Zentralafrika an die den USA zugewandte Westküste Afrikas und hat deshalb eine hohe strategische Bedeutung. Ausgegeben wurde die Investition als Entwicklungsprojekt. Die Weltbank half mit Krediten an die Regierungen des Tschad und Kameruns.

Die vier Jahrzehnte seit der Unabhängigkeit waren im Tschad geprägt von Gewalt. Die Menschenrechtssituation ist verheerend. Im Land kämpfen mehrere Rebellengruppen, es gibt heftige Konflikte zwischen nomadisierenden Viehzüchtern und sesshaften Ackerbauern. An den Grenzen zu Sudan und zur zentralafrikanischen Republik kommt es zu abscheulichsten Menschenrechtsverletzungen. Der Tschad gehört auch vier Jahre nach Beginn der Ölförderung zu den ärmsten Ländern der Welt.

Zivilgesellschaft im Tschad

In den 1990er Jahren entstanden auch im Tschad Menschenrechtsorganisationen, unabhängige, kritische Medien und Gewerkschaften. Über das Thema „Ölförderung“ kamen sie in Kontakt mit Gruppen in anderen Ländern, im Süden wie im Norden. So fanden sie Zugänge zu Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. Die internationale Aufmerksamkeit empfinden sie als wirksamen Schutz und Ermutigung. Das steigerte die Bereitschaft zum Handeln. Die tschadischen NGOs wurden erfahrener und mutiger.

Verwendung der Öleinnahmen

So entstand u.a. die Idee zum Gesetz 001/99. Es regelt im Tschad die Verwendung der Öleinnahmen und die Kontrolle darüber unter Beteiligung der Zivilgesellschaft (Collège de Contrôle). Was ESSO dem Tschad für das Öl schuldet wird auf ein Konto der Citybank London eingezahlt. Von diesem Konto wird Geld nur mit Zustimmung des „Collège de Contrôle“ abgerufen. Das Collège achtet darauf, dass das Geldes in die Armutsbekämpfung fließt.

Aber schon im vierten Jahr der Ölförderung wurde dieses musterhafte Gesetz über die Verwendung der Öleinnahmen im Tschad massiv ge-

ändert. Mit dem Argument, „unsere Kinder haben heute Hunger“ wurde der im Gesetz vorgesehene Fonds für zukünftige Generationen aufgelöst. Ausgaben für die staatliche Sicherheit und für allgemeine Verwaltung wurden zu prioritären Sektoren erklärt, für die Ölgelder verwendet werden dürfen.



Das Modellprojekt der Weltbank drohte im Wüstensand zu versinken. Sie reagierte rasch und heftig. Noch bevor das Gesetz von Präsident Idriss Déby unterschrieben wurde, kündigte sie am 6. Januar 2006 die Suspendierung der finanziellen Zusammenarbeit mit dem Tschad an und sperrte Kredite im Wert von US\$ 124 Millionen. Trotzdem unterschrieb Präsident Déby das geänderte Gesetz. Außerdem forderte er ESSO (ExxonMobil firmiert im Tschad als ESSO Exploration and Production Chad Inc., kurz ESSO) auf, alle Zahlungen nicht länger auf das von der Weltbank und der Zivilgesellschaft kontrollierte Konto zu zahlen, sondern auf ein von ihm benanntes Konto. Ansonsten werde der Ölhahn zuge dreht.

Das lag weder im Interesse der Weltbank und ihrer Eigentümer, noch in

dem von ESSO. Hinter den Kulissen begannen intensive Verhandlungen. Im April 2006 gab die Weltbank bekannt, sie hätte eine Einigung mit der Regierung des Tschad erreicht. In Zukunft kämen 70% des gesamten Staatsbudgets der Armutsbekämpfung zu Gute, teilte die Weltbank mit. Militärausgaben könnten nicht aus Öleinnahmen bestritten werden.

Wer profitiert?

„Das glaube wer will“ schrieb die größte Zeitung des Tschad, N'Djaména Bi-Hebdo. Denn Garantien für die Einhaltung der mageren Zugeständnisse gibt es nicht, Sanktionen sind nicht vorgesehen. In einem Interview mit der französischen Zeitung Figaro kündigte unterdessen Präsident Déby an, sich gegen die sudanesischen Aggressionen bewaffnen zu wollen. Vier Flugzeuge (Pilatus PC 9) wurden in der Schweiz gekauft. Offiziell als Schulungsflugzeuge deklariert, lassen sich diese Maschinen einfach zu Kampfflugzeugen umbauen. Die Regierung des Tschad kann sich das inzwischen leisten, finanziell und politisch. Für das Jahr 2007 sind 1,3 Milliarden Dollar allein an Öleinnahmen vorgesehen. Zumindest das Regime ist nicht mehr wirklich arm. Und es bestätigt die andernorts gemachte Erfahrung: statt Ölgeld für Armutsbekämpfung und den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen zu verwenden, fließt es einer kleinen Clique zu.

Dem Machterhalt der jetzigen Regierung dient nach Ansicht vieler Beobachter auch der Einsatz einer EU-Truppe im Tschad, die für die Sicherheit der Flüchtlinge aus dem Darfur sorgen soll. Eingesetzt werden überwiegend französische Soldaten. Frankreich wird in der Gegend noch als Kolonialherr angesehen und stützt den amtierenden Präsidenten. Die in der Region aktiven Rebellengruppen haben angekündigt, diese von den UN-mandatierten EU-Soldaten als Feinde anzusehen und zu bekämpfen. Mitten in der Wüste im Herzen Afrikas wo Nachschub nur unter großem Aufwand organisiert werden kann stellt das eine echte Bedrohung für die europäischen Soldaten dar. Und für den Frieden in der Region.


Martin Zint

Der Autor ist Koordinator der NRO-Arbeitsgruppe AG Erdölprojekt Tschad/Kamerun.
Weitere Infos: www.erdoel-tschad.de



Quelle: Klimabündnis



Quelle: Klimabündnis

Eccuador verpflichtet sich in diesem Vorschlag das Erdöl aus dem Konzessionsgebiet „Ishpingo Tambochocha Tiputini“¹ (ITT), das sich zum größten Teil mit dem Gebiet des Yasuni-Nationalparks überschneidet, nicht zu fördern. Der 980.000 Hektar umfassende Park mit teils noch geschlossenem Regenwald verfügt über eine außergewöhnlich hohe biologische Vielfalt. Er ist gleichzeitig Lebensgebiet der indigenen Völker der Huaorani. Ein großer Teil der Fläche des 1989 von der UNESCO zum Biosphärenreservat erklärte Park ist als „zona intangible“ (unberührbares Gebiet) deklariert. Damit soll das Überleben der in diesem Gebiet in freiwilliger Isolation lebenden indigenen Gruppen garantiert werden.

Als Ausgleich für die „Nicht-Förderung“ von geschätzten 920 Millionen Barrel Öl (ca. 20% der gesamten Erdölreserven Ecuadors) wird die Einrichtung eines Fonds angeregt, in dem bis zu 50% der zu erwartenden Einnahmen von 3,5 Milliarden US-Dollar als Kompensation eingezahlt werden sollen.

Der geschätzte Betrag von 1,75 Milliarden Dollar soll von verschiedenen Akteuren aufgebracht werden, wie multilateralen Institutionen (über Schuldenumwandlung z.B. bei der Weltbank), Regierungen, nationalen und internationalen Nicht-Regierungsorganisationen und ihren Netzwerken sowie durch den Verkauf von Zertifikaten für das nicht geförderte Öl (5 US-Dollar pro Barrel).

Diese Initiative ist Teil einer neuen Strategie für den langfristigen Ausstieg aus der fossilen Abhängigkeit und der Neuorganisation des Erdölsektors.

Mit der ITT-Initiative verbindet die Regierung Ecuadors unterschiedliche Ziele wie die Verhinderung zukünftiger CO₂-Emissionen, Schutzmaßnahmen für den Wald und den Schutz der indigenen Völker.

Auf nationaler Ebene hat die Initiative zu einer politischen Stärkung der NRO geführt, die seit vielen Jahren die massiven Zerstörungen und Vergiftun-

Kompensation für nicht gefördertes Erdöl

Innovativer Umweltschutz oder nur ein populistischer Marketingcoup Ecuadors?

Im Juni 2007 kündigt die Regierung Ecuadors eine internationale Initiative an, die bei Regierungen wie nationalen und internationalen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen große Beachtung findet. Das Land schlägt vor, auf die Erdölförderung in einem bereits konzessionierten Gebiet im tropischen Regenwald zu verzichten. Für ein Land, dessen Wirtschaft weitgehend vom Erdöl abhängt, ein erstaunlicher Vorschlag.

gen im Regenwald Ecuadors kritisieren. Neben Siedlern sind vor allem die indigenen Gemeinschaften, auf deren traditionellen Gebieten die Erdölförderung oft stattfindet, existenziell bedroht (Entzug der Lebensgrundlagen durch die Vergiftung der Böden, Flüsse und Tiere). Die „Front für die Verteidigung Amazoniens“ (FDA) führt seit vielen Jahren einen Prozess gegen Texaco über Entschädigungen für Umweltkatastrophen, die dort in den 60er und 70er Jahren angerichtet wurden.

Auch europäische Geberorganisationen, wie das deutsche Entwicklungsministerium (BMZ) oder die spanische Entwicklungsorganisation SIDA, haben diese Initiative grundsätzlich begrüßt und diskutieren intern ob und in welcher Weise die Initiative konkret unterstützt werden kann. Es gibt jedoch noch keine konkreten finanziellen Zusagen.

Mit der ITT-Initiative hat Präsident Correa mehr als einen publizistischen Coup gelandet. Er fordert die internationale Gemeinschaft damit heraus, sich konkret am Schutz wichtiger Ökosysteme zu beteiligen. Ein solcher Vorschlag wird in Lateinamerika positiv aufgenommen, denn dort herrscht schon lange der Verdacht, dass die Forderungen der EU und der USA zum Schutz der Regenwälder nur den Zweck haben sich die dortigen Ressourcen für die Zukunft zu sichern. Dieser Angst vor der „Internationalisierung Amazoniens“ könnte die internationale Gemeinschaft begegnen, indem sie die Initiative konkret unterstützt.

Das Instrumentarium (Lenkung von Abgaben für den Naturschutz), das diesem Vorschlag zugrunde gelegt wird ist nicht neu und ein Grundpfeiler der EU-Agrarsubventionen. Mit Prämien bzw. Verboten wird bestimmt, was angebaut bzw. welche Flächen brachliegen sollen. Die GTZ weist in ihrer Stellungnahme für das BMZ darauf hin, dass schon der WBGU² in einem Sondergutachten aus dem Jahr 2002 ein ähnliches Instrument (Entgelte für Nutzungsverzichtserklärungen) zur Regelung der Nutzung „nationaler Güter von globalem Wert“ beschrieben hat.

Vorteile und Bedenken

Was sind jedoch die konkreten Vorteile bzw. Bedenken gegenüber einem

solchen Vorschlag? Positiv wird vor allem das politische Signal der Initiative gesehen. Präsident Correa fordert damit die Industrieländer heraus, die Verantwortung für den globalen Umweltschutz gemeinsam zu übernehmen. Die Antwort der Industrieländer wird auch als Prüfstein für ihre Glaubwürdigkeit in diesem Bereich gesehen. Die Initiative stellt ein wichtiges Signal dar eine Abkehr aus der Abhängigkeit fossiler Rohstoffe einzuleiten und über politische wie wirtschaftliche Alternativen nachzudenken.

Kritisch anzumerken ist, dass es noch keine gesetzliche Grundlage gibt, welche die Nicht-Förderung des Erdöls langfristig garantiert. Vor allem die instabilen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Ecuadors nähren solche Bedenken. Weitgehend unklar ist, wie ein solcher Fonds verwaltet und wofür die Gelder genau eingesetzt werden sollen. In einem Land, das auf der internationalen Korruptionsskala von Transparency International auf Platz 139 (von 163) erscheint, ist Transparenz bei der Verwendung solcher Mittel ein entscheidendes Kriterium für potentielle Geldgeber.

Die verhinderten CO₂-Emissionen sind nur vordergründig positiv zu beurteilen: auf dem internationalen Markt wird dadurch insgesamt nicht weniger Öl verbraucht und damit auch nicht weniger CO₂ ausgestoßen. Effektivere Maßnahmen zum Schutz der Wälder und zur Verhinderung von Entwaldung, die einen tatsächlichen positiven Effekt auf die CO₂-Bilanz hätten, werden dagegen mit diesem Vorschlag nicht verknüpft. Die Unterstützung von Waldschutzmaßnahmen als effektivem Beitrag zum Klimaschutz ist eine Hauptforderung der indigenen Völker weltweit in den Kyoto-Verhandlungen. Über das bisherige CDM-Instrumentarium (Clean Development Mechanism) werden über Projekte lediglich Aufforstungsmaßnahmen gefördert.

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist ein erklärtes Ziel dieser Initiative. Trotzdem ist das Gebiet extrem gefährdet, da bereits mehrere Konzessionen im Gebiet des Yasuni-Parks vergeben wurden. Insgesamt wurden schon 60% des Gebietes konzessioniert. Ohne effektiven Schutz der Biodiversität ist die ITT-Initiative, die nur eines der vielen Konzessionsgebiete einbezieht, deshalb nicht mehr als populärer Aktionismus.

Umfassendere Initiative geplant

Die ecuadorianischen Umwelt-NGOs wollen den ITT-Vorschlag in eine eigene umfassendere Initiative einbinden, bei der es um einen nachhaltigen Entwicklungsplan für die Zentrum-Süd-Region Ecuadors geht. Der „Plan Verde“ (Grüner Plan) als nachhaltiger Entwicklungsplan für die Region geht damit weiter als der ITT-Vorschlag. Er sieht ein Moratorium für die weitere Ausdehnung der Erdölförderung in den Süden Ecuadors vor. Die ITT-Mittel könnten für die Entwicklung einer umfassenden Nutzungsstrategie im Rahmen des „Plan Verde“ eingesetzt werden.

Die deutsche Regierung, namentlich das BMZ, ist der ITT-Initiative gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Sie prüft intern inwieweit sich Deutschland an einer solchen Initiative beteiligen könnte und spricht sich auch auf europäischer Ebene mit anderen potentiellen Geldgebern ab.

Ob der ITT-Vorschlag zu einem innovativen Instrument für Klima- und Naturschutz wird, der das Überleben der indigenen Völker Ecuadors garantiert, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Auf nationaler Ebene muss sich zeigen, ob Präsident Correa einen gesellschaftlichen Konsens für den Vorschlag bilden und damit einen radikalen Kurswechsel in der Erdölpolitik einleiten kann.

Auf internationaler Ebene müssen die verschiedenen nationalen wie multilateralen Akteure gegenüber der ecuadorianischen Regierung deutlich machen, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit sind, den Vorschlag finanziell abzusichern. Ein Scheitern würde den Vorschlag auf seinen Marketingeffekt reduzieren und ein verheerendes Signal über die Bereitschaft zur Abkehr vom fossilen Zeitalter senden.



Silke Lunnebach/ Thomas Brose

Die Autorin und der Autor arbeiten beim Klimabündnis zum Thema Kooperation mit indigenen Völkern.

Weitere Infos unter www.klimabuendnis.org

¹ ITT ist die Abkürzung der drei Erdölfelder aus denen dieses Konzessionsgebiet besteht. Ishpingo, Tambococha und Tiputini sind indigene Wörter. Das Gebiet beherbergt die größten bekannten Erdölvorkommen Ecuadors.

² Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen

Afrikas Rohstoffe

Der neue Kampf um alte Güter

Noch vor wenigen Jahren galten Rohstoffe als die Produkte von gestern: Wer braucht angesichts von Glasfasertechnik noch Kupfer(-kabel)? Nichtregierungsorganisationen, darunter SÜDWIND, gingen noch vor fünf Jahren davon aus, dass rohstoffexportierende Entwicklungsländer schon alleine deshalb in einer Falle stecken, da die Preise immer tiefer fielen. Doch nun werden nicht nur beim Öl hohe Preise für Rohstoffe vermeldet, sondern auch bei vielen mineralischen und agrarischen Rohstoffen.

Rohstoffe standen daher im Frühjahr 2007 ganz oben auf der politischen Agenda der Industrienationen: Sie waren teuer geworden und knapp dazu. Über die Ursachen und mögliche Auswege erschien eine Studie nach der anderen. Niemand sprach mehr davon, dass die staatlich finanzierte „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ überflüssig sei, da es doch Sache der Privatwirtschaft sei, Daten zu beschaffen und diese Arbeit zu bezahlen.

Merkel und BDI sind besorgt

Ein Schuldiger für den Preisanstieg und die Verknappung des Angebotes war schnell ausgemacht. Nicht die Industrienationen, die immer noch die mit weitem Abstand größten Konsumenten von Rohstoffen sind, sondern China sei verantwortlich. China wird auch dafür verantwortlich gemacht, dass Konzerne aus den Industrienationen Schwierigkeiten haben, Zugang zu neuen Rohstoffquellen zu erlangen. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich beispielsweise mehrfach kritisch zum chinesischen Engagement in Afrika und befürchtet aufgrund des chinesischen Zugriffs auf Rohstoffreserven »dramatische Folgen« für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäer.

Passend dazu stellte der BDI die Anfang März 2007 auf einer Tagung eine Studie über die Rohstoffversorgung Deutschlands vor. Diese warnt vor einer Bedrohung der Rohstoffzufuhr durch die zunehmenden Aktivitäten chinesischer Konzerne. Zeitgleich veröffentlichte die Bundesregierung »Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung«. In ihrer Rede auf dem BDI-Kongress betonte Bundeskanzlerin Merkel die bereits vorhandene Unterstützung der Bemühungen der deutschen Industrie durch die Bundesregierung. Von Garantiesummen bei Investitionen war dort die Rede, die alleine 2006 bei 4,1 Milliarden Euro

gelegen hätten. Der Gesamtbestand der Garantien liege bei 17 Milliarden Euro. Zudem wurde betont, dass die Entwicklungspolitik die Rohstofffrage mit bedenken solle.

„Fair“ ist Definitionssache

Der BDI legte nach und forderte bei einer Tagung im Vorfeld des G8-Gipfels einen „fairen“ Zugang zu Rohstoffen. Unter anderem stört sich die deutsche Industrie daran, dass Rohstoffunternehmen aus anderen Nationen, gemeint war vor allem China, in Staatsbesitz seien und so über erhebliche Vorteile verfügten. Eine weitere Forderung des BDI ist, Exportsteuern auf Rohstoffe in den Verträgen der Welt Handelsorganisation zu untersagen.

Pikant an dieser Forderung ist, dass gerade arme afrikanische Staaten derzeit über Exportsteuern verstärkt diskutieren, um nicht nur die Förderung der Rohstoffe im Lande zu haben, sondern durch den erzwungenen Aufbau einer Verarbeitungskette die Wertschöpfung, die Zahl der Arbeitsplätze und die Steuereinnahmen zu erhöhen – und damit die eigene Entwicklung durch einen „fairen“ Anteil an den Reichtümern des Landes zu fördern.

Die Suche nach dem Zugang zu afrikanischen Rohstoffen führt dazu, dass Rücksichten auf alte Partner und Freunde fallen gelassen werden. Dies zeigte der EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007 deutlich: Der erste solche Gipfel fand im Jahr 2000 statt. In den Folgejahren scheiterten weitere Treffen daran, dass die Briten keinen Gipfel wollten, an dem der simbabwische Staatschef Robert Mugabe teilnimmt und mit ihnen an einem Tisch sitzt. Abgesehen davon, dass es seltsamerweise keine britischen Berrührungsängste mit Diktatoren aus Ägypten, dem Sudan oder Äquatorialguinea gibt, lässt sich diese Haltung aufgrund der neuen Konkurrenz nicht mehr aufrechterhalten. Angela Mer-

kel räumte dies im Oktober 2007 in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ offen ein: „Ich glaube, dass es nicht angezeigt ist, wegen eines in schlimmen Verhältnissen regierten Landes die Beziehungen zu ganz Afrika zu vernachlässigen. Die Zeit drängt. Wir wissen alle, welche enge Beziehungen China zu Afrika aufbaut. Es kann nicht sein, dass Herr Mugabe über das Verhältnis zwischen Europa und Afrika bestimmt. Ich respektiere Gordon Browns Haltung. Die Konferenz aber muss stattfinden.“

Begehrte Rohstoffe

Merkels Worte sind ein Hinweis unter vielen auf eine Kehrtwende in der deutschen Diskussion um die Bedeutung von Rohstoffen und damit verbunden auch in der Diskussion um das Verhältnis zu rohstoffreichen Staaten: Mit dem Ende des Kalten Krieges schwand das Interesse der Industrienationen am afrikanischen Kontinent. Rohstoffe waren billig, die meisten Staaten als Wirtschaftspartner unbedeutend und politisch im internationalen Geschäft machtlos. Dies ändert sich: Der Wert der Rohstoffimporte Chinas hat sich in den vergangenen 20 Jahren auf jährlich rund 200 Mrd. US-Dollar verzwanzigfacht. China trifft dabei auf Märkte, die größtenteils bereits vergeben sind oder die systematisch von den etablierten Mächten abgeschirmt werden: Die Rohstoffvorkommen in den meisten anderen Regionen der Erde haben die Industrienationen unter sich aufgeteilt. Doch Großinvestitionen in einer Reihe von vielen afrikanischen Ländern waren den westlichen Firmen zu riskant. In diese Lücke stieß China.

Handel wächst schnell

Chinesische Analysten sehen Afrika zudem als aufstrebenden Kontinent. Die Regierung hatte das Jahr 2006 zum »Jahr Afrikas« erklärt, hochrangige Delegationen mit dem Premierminister oder dem Ministerpräsidenten an der Spitze besuchten den afrikanischen Kontinent und schlossen neue Handelsverträge. Schluss- und Höhepunkt des Ausbaus der Beziehungen war ein »China-Afrika-Forum« mit 1.700 Delegierten, das im November 2006 in Peking stattfand. Dort war ein großer Teil der eingeladenen 48 afrikanischen Staaten mit ihren Regierungschefs vertreten. Der Wert

des Handelsaustausches zwischen dem afrikanischen Kontinent und China stieg seit 1995 von 4 Mrd. US-Dollar auf 39,74 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005. 2006 überstieg der Handelsumsatz 55 Mrd. US-Dollar, 2010 sollen es 100 Mrd. US-Dollar sein. Haupttriebfeder des gestiegenen Handelsvolumens ist der Ausbau des Ölhandels: China bezieht rund 30% seiner Rohölimporte aus afrikanischen Staaten. Rohstoffe machen rund 87% der Lieferungen Afrikas nach China aus. Umgekehrt beziehen die afrikanischen Staaten hauptsächlich Fertigprodukte.

Zahlreiche Kritiker

Viele afrikanische Staaten profitieren von dem Bieterwettbewerb um Rohstoffe, der begann, als China – und zunehmend auch Indien, Brasilien, Malaysia ... – den traditionellen Industrienationen Konkurrenz machten. Die steigenden Preise erleichtern das Begleichen von Schulden und ermöglichen neue Investitionen, sofern die Staaten über Rohstoffe verfügen und nicht ihrerseits unter steigenden Rechnungen beispielsweise beim Import von Brennstoffen leiden. Zudem werden neue Projekte erschlossen.

Auch beim Einkauf von Technologie und Infrastrukturprojekten ist durch die neue Konkurrenz Bewegung auf einen Markt gekommen, den zuvor die Unternehmen aus den Industrieländern beherrschten und auf denen diese die Preise diktieren konnten.

Die Bewertung des chinesischen Engagements ist dennoch höchst unterschiedlich. Chinas Engagement auf dem afrikanischen Kontinent gerät von mehreren Seiten unter Druck:

- Westliche und afrikanische Regierungen sowie Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass China ohne Rücksicht auf Menschenrechtsaspekte mit diktatorischen Regimen wie dem Sudan und Zimbabwe kooperiert.
- Motorräder, Bekleidung, Küchengeräte, Klimaanlage, Medikamente etc. aus China beherrschen die Märkte vieler afrikanischer Staaten. Für die KonsumentInnen sanken die Preise vieler Produkte des täglichen Bedarfs deutlich. Lokale Hersteller werden jedoch zu Hause und auf Exportmärkten verdrängt.
- Ein dritter Kritikpunkt ist der Vorwurf, chinesische Unternehmen würden ohne Rücksicht auf Um-

welt- und Sozialstandards Rohstoffquellen in afrikanischen Staaten ausbeuten.

China betont gute Absichten

Chinesische Regierungsstellen wehren sich vehement gegen den Vorwurf, ihre Unternehmen würden Afrika rücksichtslos ausbeuten. Im Januar 2006 wurde ein Strategiepapier mit dem Titel »China's African Policy« veröffentlicht, in dem von einer neuen strategischen Partnerschaft unter Gleichberechtigten die Rede ist, die auf Vertrauen aufbaue und beiden Seiten Gewinn bringen soll. Grundprinzip sei die Nichteinmischung in die politischen Angelegenheiten des Partners.

China betont häufig, man stelle weder bei Geschäften noch bei Krediten irgendwelche Bedingungen (»no-strings-attached«). Damit verschweigt die chinesische Regierung allerdings, dass der Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Taiwan die Voraussetzung der Zusammenarbeit ist: Von 53 afrikanischen Staaten erkennen nur noch 5 Taiwan an.

Chinas Regierung wehrt sich auch mit dem Verweis auf die Geschäfte anderer Staaten gegen die Ausbeutungs-vorwürfe. Regierungsstellen sagten im März 2007, dass China lediglich knapp 9% der Ölexporte Afrikas erwerbe, die EU dagegen 36% und die USA 33%. Rund 95% der Ölexporte des korrupten Regimes in Nigeria würden von westlichen Ölgesellschaften gefördert, die auch in Äquatorial Guinea die Ölproduktion beherrschten. Selbst Angola exportiere mehr Öl in die USA als nach China.

Damit macht die chinesische Regierung darauf aufmerksam, dass sie keineswegs allein für Missstände in afrikanischen Staaten verantwortlich gemacht werden kann. Das Handelsvolumen der G8-Staaten mit Afrika stieg seit dem Jahr 2002 von 134 Mrd. US-Dollar bis 2005 auf 233 Mrd. US-Dollar – mehr als das Sechsfache des chinesischen Wertes für dieses Jahr. Viele dieser Geschäfte wurden ebenfalls unter nicht transparenten Umständen getätigt. Unternehmen aus diesen Staaten haben über Jahrzehnte hinweg afrikanische Rohstoffquellen ausgebeutet, ohne Rücksicht auf die dortige Bevölkerung zu nehmen.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die wenigen internationalen Standards für Investitionen, die derzeit

gelten, in Gefahr sind. Die Diskussion über die Rolle chinesischer Unternehmen sollte daher zum Anlass genommen werden, transparente Verfahren zur Überwachung der Geschäftspraktiken sowohl der Unternehmen aus den Industrieländern als auch der aus den aufstrebenden Nationen wie China aufzubauen. Chinesische Arbeiter wurden entführt (Nigeria), starben bei einem Anschlag (Äthiopien) oder können aufgrund der chaotischen politischen Situation geplante Projekte nicht umsetzen (Zimbabwe). In China beginnt daher eine kritische Diskussion darüber, wie dauerhaft Geschäfte sind, die in einem äußerst negativen politischen Umfeld abgewickelt werden. Die Regierung ist offenbar dabei, ihre Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten afrikanischer Staaten aufzugeben und bot beispielsweise den Vereinten Nationen an, Soldaten für den Sudan zu stellen.

Dies sind lediglich erste Schritte. Die Herausforderung für hiesige Nichtregierungsorganisationen liegt darin, diese Schritte zu beschleunigen. Es darf nicht dazu kommen, dass Unternehmen aus Industrieländern mit Verweis auf die Konkurrenz aus dem Osten die wenigen Standards im Umwelt- und Sozialbereich abschaffen, die es derzeit gibt. Im Gegenteil: Über Dreieckskooperation zwischen afrikanischen, chinesischen und deutschen Organisationen muss Druck aufgebaut werden, um Standards zu verbessern. Eine Aufgabe ist dabei, an die multinationalen Unternehmen Chinas heranzutreten: Diese wollen einen Teil ihrer Produkte exportieren und dabei auch den deutschen Markt beliefern. Wenn aber ein deutscher Händler einen Kühlschrank verkauft, der aus China kommt, und dessen Kupferanteil wiederum aus Erzen stammt, das in Minen in der Demokratischen Republik Kongo abgebaut und dann in Sambia verhüttet wurde, dann müssen bei Verstößen gegen Sozial- und Umweltstandards alle zusammenarbeiten: NGOs aus dem Kongo, Sambia, China und Deutschland.

 Friedel Hütz-Adams

Der Autor befasst sich bei SÜDWIND e.V. mit den Themen Öffentlichkeitsarbeit, Kinderarbeit in Indien und Welthandel.

Der Text baut auf ein Kapitel aus der Studie »China, Indien, Brasilien und Südafrika: Vom Nord-Süd- zum Arm-Reich-Gegensatz in Handels- und Finanzfragen« (Mai 2007) auf, die der Autor für Brot für die Welt verfasst hat. Dort finden sich auch zahlreiche Literaturhinweise.

Uran-Abbau wird wieder attraktiv

Hohe Preise bedrohen selbst den Weihnachtsmann

Erlebt die Atomkraft nun eine Renaissance oder ist es eine reine Renaissance der Ankündigungen? Selbst, wenn im globalen Maßstab neue Atomkraftwerke gebaut werden, wovon viele Energieunternehmen wegen der immensen Kosten und dem erwartbaren Widerstand zurückschrecken, werden sie voraussichtlich nicht einmal die AKW ersetzen, die in der gleichen Zeit stillgelegt werden. Sicher ist bisher nur, dass die Diskussion um eine mögliche Renaissance der Atomkraft den Uranpreis davon galoppieren lässt.

Kostete das Pfund Uran Ende 2002 10 US \$, so erreichte es im Juni 2007 ein Rekordhoch mit 138 US \$, danach ging der Preis bergab, klettert aber seit dem Herbst wieder und lag im Oktober bei etwa 95 US \$¹.

Es sind jedoch nicht nur die Renaissanceträume der Atomindustrie, die zu dieser Kostenexplosion führen.

Aktuell deckt die Primärproduktion von Uran nur 65% der Nachfrage. Der Rest kommt vor allem aus militärischen Vorräten und ge-

strecktem Atomwaffenmaterial. Das Ende dieser Vorräte ist absehbar, denn das größte russische Konversionsprogramm „Megatonnen zu Megawatt“ läuft 2013 aus.

Da die Atomenergienutzung in den letzten 20 Jahren stagnierte und die Preise für Uran niedrig waren, wurde zudem wenig in Uranminen investiert. Deshalb nahmen die weltweit verfügbaren Vorräte zwischen 1985 und 2003 um etwa 116.000 bis 166.000 Tonnen ab.

Preise treiben den Abbau voran

Die Angaben, wie lange die nachgewiesenen Uran-Vorräte unter den gegenwärtigen Gewinnstechniken noch reichen, schwanken. Eine wichtige Rolle dabei spielt auf jeden Fall der Uranpreis, wenn er hoch ist, kann der Uranabbau auch in wenig ergiebigen Lagerstätten attraktiv werden. Denn Uran ist an sich kein seltenes Metall. Uranvorkommen existieren beinahe überall: In Böden, in Gestein, in Seen und Flüssen und im Meer. Ob sich der Abbau lohnt, hängt von der Konzentration ab. Die bedeutendsten zehn Uranlieferanten im Jahr 2003 waren

Kanada, Australien, Kasachstan, Russland, Niger, Namibia, Usbekistan, die USA, die Ukraine und Südafrika. Viele der weltweit bekannten Uranvorräte befinden sich auf indigenem Land. Dies kann im besten Fall den Abbau verhindern: In der australischen Fundstätte Jabiluka, die im Kakadu Nationalpark liegt, wehrten sich die indigenen Eigentümer des Landes gegen

die Erschließung der Lagerstätte, so dass der Betreiber ERA den Uranabbau aufgeben musste und einen bereits angelegten Zu-

fahrtsstollen rückverfüllen musste. In New Mexico, USA, ereignete sich ein ähnlicher Fall, dort fasste der Stammesrat der Navajos den Beschluss, jeglichen Uranabbau auf Navajo-Gebiet zu verbieten². Der Entschluss geht auf leidvolle Erfahrungen zurück, denn in New Mexico wurde von Mitte der 40er bis Mitte der 90er Jahre in zahllosen Minen Uranabbau betrieben. In der Navajo Gegend gibt es nach wie vor 1300 aufgegebenen Uranminen, von denen die allermeisten nicht gesichert, geschweige denn saniert und rekultiviert sind.

Areva und der Weihnachtsmann

In Zeiten, wo auch schwächer konzentrierte Lagerstätten interessant werden, ist selbst der Weihnachtsmann nicht vorm Uranabbau sicher: Der französische Atomkonzern Areva, der Atomkraftwerke baut, aber über die Tochter Cogema Ressources auch Uranabbau betreibt, hat ein Auge auf Uranvorkommen in Finnland geworfen. In Kuusamo, Lappland, dem finnischen Weihnachtsmannland, will der Konzern Uran abbauen. Auf einer Ta-

gung in Helsinki warnte der Umweltschützer Mika Flöjt „Areva hat das Weihnachtsmannland übernommen“. Doch das geht selbst den wenig atomkritischen Finnen zu weit und sie wehren sich. Außer in Lappland soll auch in Uusimaa, südwestlich von Helsinki und in Nordkarelien Uran erschlossen werden. Das versucht die Anti-Uran-Volksbewegung Uraaniton zu stoppen. Spiegel-online zitiert den finnischen Wissenschaftler Matti Saarnisto, der vor der Verseuchung von Böden und Gewässern warnt. „Uranminen, wo auch immer“, sagt Saarnisto, „belasten die Umwelt für Jahrtausende.“³ Ein Blick auf früheren Uranabbau von Areva lässt nichts Gutes erwarten. In Gabun und Niger vergifteten ausgebeutete Areva-Urangruben ganze Landstriche und daheim benimmt sich der Konzern nicht besser: im Limousin hinterließ er 24 Millionen Tonnen strahlenden Gesteinsabfall und hat bisher alle Prozesse wegen Folgeschäden erfolgreich abgewehrt⁴.

Während Finnland zumindest noch über große Wassermengen verfügt, haben trockenere Gegenden neben der Verseuchung zusätzlich immense Probleme mit dem gigantischen Wasserbedarf des Uranbergbaus. So hat ein Gutachten zur neuen Uranmine „Langer Heinrich“ in Namibia ergeben, dass der Wasserverbrauch der Mine zehn Prozent der gesamten Wasserförderung Namibias benötigen wird. Dies ist nötig, da die Abtrennung des Urans aus dem gemahlten Erz, seine Reinigung und die Kontrolle des giftigen, radioaktiven Staubs wegen des Wüstenklimas so viel Wasser verschlingen⁵.

Die Beispiele zeigen, dass schon die laufende Nutzung der Atomkraft, Renaissance hin oder her, nicht nur unlösbare Abfallprobleme am Ende aufwirft, sondern die Umweltzerstörung bereits vor der Herstellung der Brennstäbe beginnt.

 Regine Richter

Die Autorin arbeitet bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald zu internationalen Finanzinstitutionen und ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.

¹ Finanznachrichten 15.10.07

² Mythos Atomkraft, Der nukleare Brennstoffkreislauf, Heinrich Böll Stiftung 2006

³ „Revolte gegen die Uran-Jäger“, Spiegel-online, 28.5.2007

⁴ ebd.

⁵ „Neues Uranbergwerk in der Wüste von Namibia genehmigt“, Strahlentelex Nr. 458-459/2006

Handys aus Gold und Laptops aus Platin

Rohstoffe für die Herstellung von Informationselektronik

Ein Gold-Handy könnte man gar nicht bezahlen und einen Laptop aus Platin erst recht nicht, aber bereits normale Handys und Laptops enthalten Gold und Platin. Ungefähr 30 Metalle finden sich in den modernen Geräten der Informationstechnologie (IT). Für viele Menschen hierzulande gehören solche Produkte inzwischen zum täglichen Leben. Aber die wenigsten wissen, welche Rohstoffe und welche Probleme sich darin verbergen.

Der starke Boom der IT-Branche lässt auch die Nachfrage nach Metall-Rohstoffen in die Höhe schnellen. So wurden zum Beispiel im Jahr 2006 erstmals mehr als eine Milliarde Handys verkauft. Die Elektronikindustrie verbraucht damit einen immer größeren Anteil der Metalle der Welt. Der überwiegende Teil der Minerale wird heute in Entwicklungsländern abgebaut. Dort tragen die Rohstoffe aber nicht unbedingt zum Reichtum der Länder bei, sondern verursachen oft Probleme.

Bandenkriege und Zwangsumsiedlungen

Der Rohstoffabbau führt zu vielen Menschenrechtsverletzungen. Reiche Rohstoffvorkommen sind nicht selten die Ursache für kriegerische Konflikte. So hat der Handel mit Koltan, Gold und in jüngster Zeit v.a. Zinnerzen in der Demokratischen Republik Kongo Bandenkriege angeheizt und führt zu anhaltenden Konflikten, auch nach dem Friedensabkommen. Koltan wird zwar nur in geringen Mengen in der Elektronikindustrie verarbeitet, ist aber ein essentieller Rohstoff für diese Industrie. Das aus Koltan gewonnene Metall Tantal wird zu 60 Prozent in der IT-Industrie verwendet.

Häufig werden die Rechte lokaler Gemeinschaften verletzt, die im Umfeld von Rohstoffvorkommen leben. Insbesondere beim großflächigen Tagebau wie beim Gold kommt es zu Zwangsumsiedlungen. Beispielsweise erhielten Kleinbauern in Ghana in der Vergangenheit nur eine einmalige Entschädigung von sieben Dollar für einen Kakaobaum, der jährlich einen



Quelle: Svedwatch

Ertrag von 35 Dollar einbringen würde. In einigen Fällen, z.B. beim Platinabbau in Südafrika, hat der lokale Widerstand gegen den Rohstoffabbau zu Auseinandersetzungen mit Todesfolgen geführt. Platin findet in Computerfestplatten und LCD-Bildschirmen Verwendung.

Gefährliche Arbeit für niedrige Löhne

Wer eine Arbeit im Rohstoffabbau gefunden hat, bezahlt den geringen Lohn oft noch mit ernsthaften Gesundheitsproblemen. Oft haben die Arbeiter keinen angemessenen Atemschutz und atmen die Mineralstäube ein, die ihre Lungen schädigen und die Augen reizen. Der Arbeitsschutz ist sehr mangelhaft und führte allein in Sambias Minen im Jahr 2005 zu achtzig Todesfällen.

Häufig setzen die Bergbauunternehmen Leiharbeiter ein. Ihre Löhne sind niedriger, die Verträge sind befristet und

sie profitieren nicht von den Tarifverträgen. Außerdem müssen sie häufig die gefährlichsten Arbeiten übernehmen. Als ungelernete Kräfte haben sie nur wenig Erfahrung und werden nach nur drei Tagen Sicherheitstrainings ins Bergwerk geschickt. Bei der weltgrößten Platinfirma, Anglo Platinum, sind in Südafrika allein 40 Prozent als Leiharbeiter angestellt.

Auch Kinderarbeit ist ein Problem: In der DR Kongo arbeiten schätzungs-

weise 50.000 Kinder im Kobaltabbau - manche von ihnen sind erst sieben Jahre alt. Ungefähr die Hälfte des weltweiten Kobalts wird derzeit in der DR Kongo und in Sambia abgebaut und dient u.a. für die Herstellung von wiederaufladbaren Batterien.

Wasserverschmutzung und Luftverpestung

Auch die Umwelt leidet unter der wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen. Gold wird zum Beispiel unter Verwendung von schädlichen Substanzen wie Zyanid abgebaut, die in den Boden und in die Gewässer eindringen. Beim Abbau von 0,034 g Gold, das für ein Handy benötigt wird, entstehen allein 100 kg Abraum und Sondermüll.

Zunehmend werden Rohstoffe in Quellgebieten wichtiger Flüsse erschlossen und gefährden die lokale Wasserversorgung wie beim Kupferbergbau in Chile oder beim Gold-Tagebau in Peru: Millionen Liter Wasser

werden täglich umgeleitet oder ver-seucht.

In der inneren Mongolei in China, wo sogenannte Seltenerd-Metalle wie Neodym oder andere Lanthanide abgebaut werden, verpesten Metallhütten die Luft. Diese Seltenerd-Metalle werden u.a. für fluoreszierende Substanzen von Computer-Bildschirmen verwendet. In manchen Regionen ist die Luftverschmutzung durch die Metallhütten so stark, dass die Bewohner kaum die Sonne sehen.

Wer trägt die Verantwortung

Zwar sind in erster Linie die Bergbaufirmen wie Anglo Platinum für die Bedingungen in und um ihre Minen verantwortlich. Aber auch große IT-Markenfirmen sollten für die Metallzulieferer am Anfang ihrer Lieferkette Verantwortung übernehmen. Viele dieser Firmen interessieren sich bisher leider kaum für die Probleme bei ihren Rohstofflieferanten. Sie argumentieren, dass es sehr schwierig sei, die Herkunft der Metalle zurückzuverfolgen und erst recht, die Bergbaufirmen zu beeinflussen. Aber die Recherchen des Bündnisses „makeITfair“¹ haben gezeigt, dass es sehr wohl möglich ist, viele der Minen ausfindig zu machen, aus denen z.B. Kobalt für Batterien stammt.

Die Elektronikbranche ist zudem ein wichtiger Abnehmer vieler Metalle und könnte somit Einfluss ausüben. Allein ein Viertel der weltweiten Kobaltproduktion wird für die IT-Industrie verbraucht. Ähnlich bei Zinn: ein Viertel der Weltförderung wird als elektronischer Lötzinn in IT-Geräten verwendet.

makeITfair hat mit den Recherchen immerhin einige Firmen wachgerüttelt. Während auf einen Fragebogen zu Beginn des Jahres 2007 noch fast alle Hersteller ausweichend antworteten oder gar nicht reagierten, hat die Veröffentlichung von Rohstoffstudien zu Kobalt und Platin inzwischen erste Reaktionen ausgelöst. So hat Hewlett Packard (HP) uns mitgeteilt, dass die Firma nach dem Fragebogen vom März eine Untersuchung unter ihren Zulieferern für Notebooks durchgeführt hat. Damit will HP die Herkunft der Rohstoffe nachverfolgen. Zunächst blieb jedoch offen, welche weiteren Maßnahmen daraufhin ergriffen werden. Auch die beiden Sektorinitiativen der Industrie, EICC und GeSI, haben

gegenüber makeITfair erklärt, dass sie nun Studien zu den Rohstoffen ihrer Produkte erstellen. Der Electronic Industry Code of Conduct (EICC) ist ein Verhaltenskodex der Elektronikbranche, der sich bislang auf die ersten Zulieferer konzentriert hat. Er entstand 2004, nachdem erste Kampagnen der britischen NGO Cafod die Elektronikbranche aufs Korn genommen hatten. Die Global e-Sustainability Initiative (GeSI) wurde v.a. von Handyherstellern und Mobilfunkanbietern ins Leben gerufen, in Kooperation mit der UNEP. Aufgerüttelt durch makeITfair, haben sich nun beide Initiativen zusammengetan und Studien zu Rohstoffen in der IT-Industrie in Auftrag gegeben, die im kommenden Frühjahr veröffentlicht werden sollen. Auch zum Runden Tisch, den makeITfair im Januar 2008 organisiert, wollen Vertreter beider Netzwerke sowie einzelne Unternehmensvertreter kommen.

Deutsche Firmen sind bislang noch sehr unterschiedlich engagiert. Während z.B. die Deutsche Telekom derzeit die GeSI-Initiative leitet, ist das japanisch-deutsche Unternehmen Fujitsu-Siemens als einer der wenigen großen Hersteller bisher bei keiner der beiden Initiativen dabei. Zudem hat Siemens auch den Fragebogen der makeITfair-Organisationen nicht beantwortet.

Aber auch andere deutsche Firmen stehen in der Verantwortung: Zum Beispiel Heraeus, eine Chemie-Spezialfirma, die Platin aus Südafrika von Anglo Platinum bezieht und für die IT-Industrie verarbeitet. Diese Verbindung wurde von der NGO SOMO im Rahmen der Recherchen entdeckt. Germanwatch hat nun auch Heraeus dazu aufgefordert, seiner Verantwortung nachzukommen und Verbesserungen bei seinen Zulieferern zu bewirken.

Aber nicht nur die Firmen tragen Verantwortung, sondern auch die Regierungen der Entwicklungsländer. Häufig geben sie sich einem Wettbewerb um ausländische Investitionen in ihr Land hin und reduzieren dabei die Umwelt- und Sozialstandards im Bergbau. Aufgrund von Korruption profitieren häufig nur wenige von den Einnahmen, die lokale Bevölkerung in rohstoffreichen Ländern wie z.B. der DR Kongo spürt bisher vorwiegend die negativen Folgen der Rohstoffexporte.

Transparenz, Verbraucherdruck und Recycling

Ein wichtiger Schritt, um den Nutzen des Bergbaus für die lokalen Gemeinden zu erhöhen, sind Transparenzinitiativen wie Publish What You Pay (PWYP) und die Extractive Industry Transparency Initiative (EITI). Unternehmen sollen offenlegen, welche Gebühren und Steuern sie an Regierungen zahlen. Lokale Gemeinden können dann eine demokratisch kontrollierte Nutzung der Gelder verlangen.

Recycling ist ein weiterer Ansatz. Ein ausgemusterter Computer ist nicht Müll, sondern eine wichtige Rohstoffquelle. Die Richtlinie zu Elektroschrott auf EU-Ebene (WEEE) und die StEP-Initiative auf UN-Ebene fördern jetzt die Rückgewinnung der Minerale.

Direkter Druck von Konsumenten auf die Rohstoffunternehmen ist schwierig, da Verbraucher im Gegensatz zu Kaffee oder Bananen die Minerale nicht im Geschäft kaufen. Deshalb stehen die verarbeitenden Unternehmen, auch die IT-Industrie, im Mittelpunkt. Sie sollten zunächst herausfinden, welche Rohstoffe ihre Zulieferer woher beziehen und welche Probleme vor Ort damit verbunden sind. Wo soziale oder ökologische Probleme bestehen, sollten die Firmen auf Veränderungen drängen. Um gegenüber den Bergbaufirmen mehr Einfluss zu haben, bieten sich Sektorinitiativen wie EICC oder GeSI an.

Aber die Verbraucher müssen nicht untätig bleiben. Sie können sich an die Elektronikfirmen wenden und sie dazu auffordern, dass ihre Zulieferer von Metallrohstoffen in Entwicklungsländern nachhaltige Bergbaumethoden anwenden. Die Initiative makeITfair, die in Deutschland von Germanwatch und der Verbraucher Initiative getragen wird, hat einen Briefentwurf entwickelt, den interessierte Verbraucher an die größten 23 Markenhersteller verschicken können.



Cornelia Heydenreich

Die Autorin ist Referentin für Unternehmensverantwortung bei Germanwatch und leitet dort u.a. die deutschen Aktivitäten der Kampagne makeITfair.

1 makeITfair ist ein Bündnis von europäischen Organisationen aus Finnland, den Niederlanden, Polen, Schweden und Deutschland sowie mit Partnerorganisationen aus China, Indien und der DR Kongo, das sich für Unternehmensverantwortung der IT-Branche einsetzt. Weitere Informationen: www.germanwatch.org/corp/makeitfair.htm

Wassersparen - aber richtig!

Unser Konsum verschärft Wasserstress in semiariden Regionen der Erde

Deutschland ist Weltmeister beim Wassersparen. Keine andere Umweltschutzaktivität pflegen die Deutschen mit derartigem Engagement wie das Einsparen von Wasser. Während der Verbrauch an Ressourcen, Energie und Fläche sowie die Emissionen an treibhauswirksamen Gasen ständig ansteigen, sinkt einzig der Wasserbedarf seit Jahren kontinuierlich.

In den 70er Jahren hatten Prognostiker noch prognostiziert, dass der tagesbezogene Prokopfbedarf an Wasser auf 400 Liter ansteigen würde. Tatsächlich ist er von einem Spitzenbedarf von 147 Litern pro Einwohner und Tag (Exd) zu Anfang der 80er Jahre auf inzwischen 127 l/(Exd) gesunken. In Ostdeutschland war der Rückgang des Wasserbedarfs noch drastischer: In der DDR waren die Wasserbezugskosten hoch subventioniert, die DDR-BürgerInnen mussten für Wasser Gebühren bezahlen, die oftmals bei nur 10 Pfennigen pro Kubikmeter (= 1.000 Liter) lagen. Die seit langem auf Westniveau angelangten Wassergebühren (2,50 Euro pro Kubikmeter und vielerorts noch deutlich mehr) haben dazu geführt, dass DDR-Spitzenverbräuche von 300 l/(Exd) auf inzwischen 100 l/(Exd) und weniger zurückgegangen sind.

Unwissen über den realen Wasserbedarf

Wer Wasser spart, vermutet, dass er damit auch deutlich Geld spart. Das ist in der Regel aufgrund der hohen Fixkostenanteile in der Wasserver- und Abwasserentsorgung aber zunehmend ein Irrglaube. Bei zurückgehen-

dem Wasserbedarf müssen Fixkostenanteile von 70 Prozent und mehr auf weniger Kubikmeter umgelegt werden – bestenfalls handelt es sich um ein Nullsummenspiel. Es kommt aber auch vor, dass ein zurückgehender Wasserbedarf sogar die variablen Kosten erhöht – beispielsweise wenn das Rohrnetz zur Verbeugung gegen stagnierendes Wasser in den Rohrleitungen zusätzlich gespült werden muss.

Hinsichtlich von Kostenaspekten in der Wasserver- und in der Abwasserentsorgung ist allerdings zu konstatieren, dass zwar die Mehrzahl der Befragten die Meinung vertritt, dass das Wasser zu teuer ist, dass aber mehr als 80 Prozent der Bevölkerung gar nicht wissen, wie viel Wasser sie im Jahr benötigen haben und wie hoch ihre jährliche Wasser- und Abwasserrechnung tatsächlich ist. Demzufolge herrscht auch eine weitverbreitete Unkenntnis, wie viel der Kubikmeter Wasser bzw. Abwasser in der jeweiligen Gemeinde kostet. Im Durchschnitt werden viel zu hohe Kubikmeterpreise vermutet. Tatsächlich muss der Bundesbürger im Schnitt nicht einmal 50 Cent für seinen täglichen Wasserbezug und für die hochwertige Reinigung seines Abwassers bezahlen. Für den Preis bekommt

man heutzutage in vielen Bäckereien nicht mal mehr eine Brezel.

Wassersparen als umweltsychologischer Ablasshandel?

Was bleibt, ist das diffuse Gefühl, mit Wassersparen etwas Gutes für die Umwelt zu tun – zumal diese Auffassung in unzähligen Presseberichten und durch vielfache Statements der Umweltverbände und der Politik seit Jahrzehnten gestärkt wird. Und weil den Deutschen das Wassersparen unter allen Umweltschutzaktivitäten offenbar am leichtesten fällt, ist Wassersparen zur Entschuldigung dazu verkommen, in anderen Umweltbereichen um so mehr zu prassen. Vom ständig PS-stärkeren Familienauto über das eigene Häuschen am Stadtrand (inklusive Flächenfraß und höherem Verkehrsaufkommen) bis zu den immer häufigeren Flugferienreisen wird vielleicht mit schlechtem Gewissen, dafür aber um so intensiver die Umwelt strapaziert. Ein Glück, dass man dann wenigstens mit seinen Wassersparbemühungen auftrumpfen kann.

Hans-Jürgen Leist, der kürzlich in seiner Dissertation „Wasserversorgung in Deutschland – Kritik und Lösungsansätze“¹ gegen das Wasserspardogma angeschrieben hat, spricht in diesem Zusammenhang von einem umweltsychologischen Ablasshandel. Dass Wassersparen im deutschen Umweltbewusstsein einen unverdient hohen Stellenwert erobern konnte, führt Leist darauf zurück, dass es die Politik bislang versäumt habe, eine Skala auf-



Wo Wassersparen seine Grenzen findet

Dass beim „Wassersparen“ die Maßstäbe verloren gegangen wären, unterstreicht Leist in seiner Dissertation u.a. mit folgenden Aussagen:

„Trinkwasser sollte nicht verschwendet werden. Wassersparen hat aber da seine Grenzen, wo es direkt oder indirekt die Qualität des Trinkwassers beeinträchtigt und mit zusätzlichen Material- und Energieaufwendungen verbunden ist. Es ist widersinnig, in Deutschland bei einem Wasserverbrauch unterhalb des globalen Durchschnitts weiterhin Mittel für Wassersparmaßnahmen zu investieren, während der Energieverbrauch ein Mehrfaches des globalen Durchschnitts beträgt. Die ressourcenpolitische Absurdität besteht eben nicht darin, dass man mit ‚kostbarem‘ Trinkwasser die Toilette spült, sondern darin, dass man mit Strom infolge der hohen Leerlaufverluste ‚Wärmemüll‘ produziert und Erdölprodukte in ineffizienten Motoren ‚verheizt‘, oder darin, dass zunehmend Flaschenwasser mit hohen Energieaufwendungen aus anderen europäischen Ländern importiert wird.“

zustellen, bei welchen Ressourcen tatsächlich ein sparsamer Umgang bitter notwendig wäre. Bei einem auf Fakten statt auf Emotionen beruhenden Nachhaltigkeitsranking würde beispielsweise Energiesparen meilenweit vor dem Wassersparen liegen.

Gleichwohl ist in der Umweltszene Kritik am „Wassersparen“ das letzte Tabu. Wer angesichts der wasserreichen Verhältnisse in Deutschland und angesichts falscher Prioritätensetzung daran zweifelt, ob es Sinn macht noch mehr Geld ins Wassersparen zu investieren, muss mit der Verdammnis der Wasserspar-Apologeten rechnen.

Unser gigantisch hoher Bedarf an „virtuellem Wasser“

Dabei hätte die Kritik von Leist noch grundlegender ausfallen können, wenn er auch den Aspekt unseres „Virtuellen Wasserbedarfs“ mit einbezogen hätte – dass also unsere hiesiger Wasserbedarf minimal ist im Vergleich zu dem Wasserbedarf, den wir über den Import von biogenen Rohstoffen (zunehmend auch „Biosprit“!) und Lebensmitteln in ungleich wasserärmeren Regionen der Welt „produzieren“. Denn unserem realen Tageswasserbedarf von 127 Litern steht ein virtueller Tageswasserbedarf von bis zu 4.000 Litern gegenüber! Unser Import von Tomaten aus Südspanien und den Maghrebländern, von Baumwolle aus der Aralseeregion oder aus Ägypten und von Agrosprit aus Brasilien hat in den Herkunftsländern dieser Produkte einen hohen Wasserbedarf zur Folge. Der summiert sich bei Vegetarierern auf 2.500 Liter pro Einwohner und Tag, bei intensiven Fleischessern auf 4.000 l/(Exd). Letzteres liegt daran, dass das importierte Kraftfutter (beispielsweise Sojaschrot aus Argentinien) ebenfalls wieder einen hohen Bedarf an Bewässerungswasser als Grundlage hat. Deutschland ist hinsichtlich seines virtuellen Wasserbedarfs ein Wasserimportland: Selbst der gesamte Niederschlag, der auf Deutschland niederprasselt, würde nicht ausreichen, unseren virtuellen Wasserbedarf zu decken.

Mord und Totschlag um Wasser

Ein tatsächlich nachhaltiger Lebensstil müsste also damit beginnen, darüber nachzudenken, ob es noch Sinn macht, mit einem hohen Energie- und Ressourcenverbrauch (beispielsweise für eine Regenwassernutzungsanlage)

noch ein paar Liter Trinkwasser mehr zu sparen – oder ob es nicht höchste Zeit wäre, endlich einmal darüber nachzudenken, welche Folgen unsere Konsumgewohnheiten in semiariden Ländern nach sich ziehen. Denn dort erhöht sich der Wasserstress ständig. Wer bewusster einkauft und konsumiert (beispielsweise mehr regionale Produkte, beispielsweise mehr Kleider aus Biobaumwolle) spart dort Wasser, wo es wirklich darauf ankommt – in den Regionen der Erde, wo Wasser mehr und mehr zu einer konfliktrichtigen Ressource wird. Selbst ohne Klimawandel würden die Bevölkerungszunahme, die völlig ineffektiven Bewässerungstechniken und vor allem die ungerechte Verteilung der Wasserressourcen die ohnehin angespannten Versorgungsprobleme in den semiariden Regionen noch weiter verschärfen. Zwar sind die viel beschworenen „Kriege um Wasser“ bis auf Einzelfälle (Israel/Syrien) noch nicht erkennbar, dafür verschärfen sich innerstaatliche Konflikte um den Zugang zu den Wasserressourcen um so mehr:

- Beispielsweise eskalieren seit Jahren in Kenia während jeder Trockenzeit die Konflikte zwischen Bauern und Nomaden um das knappe Wasser. Die Auseinandersetzungen enden regelmäßig in Mord und Totschlag.
- Der sudanesischer Konflikt in Dafur hat eine starke Wasser(mangel)komponente.
- Vor kurzem lieferten sich die Tamilen und die Regierungstruppen in Sri Lanka ein tagelanges Artilleriescharmützel um die Herrschaft über eine Schleuse, über die das Bewässerungswasser für landwirtschaftlich intensiv genutzte Distrikte Sri Lankas gesteuert werden kann.

EU-Kommission kämpft gegen Wassermangel und Dürre

Die EU-Kommission hat im Sommer 2007 ein Grünbuch vorgelegt, in dem mögliche Strategien zur Anpassung an den Klimawandel diskutiert werden. Flankiert war die Publikation des Grünbuchs durch eine Mitteilung der Kommission über Strategien zur Bewältigung von Wassermangel und Dürren³. Die EU-Kommission setzt vor allem auf kostendeckende Wasserpreise, um ineffektive Wassernutzungen einzudämmen. Das zielt insbesondere auf die „Südschiene“ der EU ab, wo von

Portugal und Spanien über Italien bis nach Griechenland der Landwirtschaft hochsubventioniertes Bewässerungswasser zur Verfügung gestellt wird. Sollten tatsächlich in den Südstaaten der EU kostendeckende Wasserpreise für den landwirtschaftlichen Bewässerungsbedarf durchgesetzt werden, ist allerdings zu befürchten, dass der Gemüseanbau in die Maghrebstaaten abwandert. Und am Südrand des Mittelmeeres wären die Folgen des Raubbaus an Oberflächen- und Grundwasserressourcen noch drastischer als beispielsweise in den Gemüseanbaueregionen entlang der spanischen Mittelmeerküste. Insofern war es ein Hoffnungszeichen, dass kürzlich zu einer Konferenz der EU-Umweltminister zur Beratung von Gegenstrategien gegen Wassermangel und Dürre in der EU auch die Umweltminister von Algerien, Marokko und Tunesien eingeladen waren. Bedenklich stimmt allerdings, dass der französische Staatschef ein probates Gegenmittel zum Wassermangel in den Maghrebstaaten ins Gespräch gebracht hat. Supersarko legt den Mittelmeerstaaten den Bau gigantischer Meerwasserentsalzungsanlagen ans Herz – betrieben mit Atomreaktoren aus französischer Fabrikation ...

Auf Diskussionsbeiträge freut sich der Autor:



Nikolaus Geiler

Der Autor ist aktiv bei r e g i o W A S S E R e.V., Freiburger Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) sowie in der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung. Internet: www.akwasser.de, HYPERLINK "<http://www.regiowasser.de>" www.regiowasser.de

Für weitere Infos:

- 1 Leist, Hans-Jürgen: *Wasserversorgung in Deutschland. Kritik und Lösungsansätze*. oekom verlag, München, 2007, 266 S., 39,90 Euro, ISBN 978-3-86581-078-6
- 2 Eine ausführliche Broschüre zum „virtuellen Wasser“ kann gegen Voreinsendung von 1,50 Euro in Briefmarken beim Ak Wasser im BBU, Rennerstr. 10, 79106 Freiburg angefordert werden. Die Texte zu dieser Broschüre finden sich auf der Homepage www.akwasser.de. Beim Ak Wasser kann ferner eine Wanderausstellung zum „virtuellen Wasser“ entliehen werden.
- 3 Wer sich in den Diskussionsprozess zur künftigen Politik der EU gegen Wassermangel und Dürre einbringen will, kann folgende Homepages anklicken:
 1. zwecks Konsultation: <http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Adapting&lang=de>
 2. Zum Herunterladen des Grünbuchs <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52007DC0354:EN:NOT>
 3. Zum Herunterladen der Mitteilung der Kommission http://ec.europa.eu/environment/water/quantity/pdf/comm_droughts/ia_summary_de.pdf
- 4 Eine ausführliche Stellungnahme zu dem EU-Grünbuch unter wasserwirtschaftlichen Aspekten des Ak Wasser im BBU ist als pdf-Datei via nik@akwasser.de abrufbar.

Memorandum: Für einen nachhaltigen Papierverbrauch!

Glaubwürdiger Klimaschutz umfasst nachhaltigen Papierkonsum. Auf Bali findet derzeit die UN-Klimakonferenz statt. Der Austragungsort lenkt das Augenmerk der interessierten Beobachter/innen zwangsläufig auf ein klimarelevantes Thema, das bisher von Bundeskanzlerin Merkel und den politisch Verantwortlichen im Lande stiefmütterlich behandelt wurde: die Vernichtung der Regenwälder.

Der Wald verschwindet in keinem Land der Erde so schnell wie in Indonesien – 18 Mio. ha Wald werden dort jedes Jahr zerstört, das sind mehr als 300 Fußballfelder pro Stunde.

Aufgrund der hohen Abholzungsquote gehört Indonesien zu den weltweit größten CO₂-Verursachern. Mit 2,6 Mrd. Tonnen CO₂ jährlich emittiert Indonesien mehr als Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Mit verantwortlich für die Zerstörung der Urwälder ist die Zellstoff- und Papierindustrie des Landes, die unkontrolliert Holz einschlägt und überdimensionierte Plantagen anlegt, um die internationale Nachfrage nach Papier zu decken.

Zwar zählt Deutschland nicht zu den wichtigsten Käufern indonesischen Zellstoffes, doch trägt der stetig steigende Papierkonsum in den Industrieländern allgemein wesentlich zur Zerstörung von Wäldern und deren Ersetzung durch überdimensionierte Monokulturplantagen bei.

Deutschland gehört mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 250 kg Papier zu den weltweit größten Papierverbrauchern. In den vergangenen 50 Jahren ist der Konsum hierzulande um das Achtfache gestiegen. Um den Papierbedarf decken zu können, werden in waldreichen Ländern neue, immer größere Monokulturplantagen angelegt bzw. neue Plantagenprojekte geplant. Aufgrund der großen Nachfrage will die Zellstoffindustrie weltweit allein in den nächsten fünf Jahren ihre Produktion um mehr als 25 Millionen Tonnen erhöhen, was einer Wachstumsrate um das Fünffache (!) entspricht. V.a. waldreiche Länder wie Brasilien, Uruguay, Indonesien und China gehen auf Expansionskurs: so sollen allein in Indonesien in den nächsten Jahren 5 Mio. ha neuer Zellstoffplantagen entstehen. Durch die geplante Expansion verschärfen sich die Probleme in den Waldländern weiter.

Dabei sind die sozialen und ökologischen Kosten der Zellstoffproduktion bereits heute mehr als offensichtlich:

- Urwälder werden zerstört
- dringend benötigtes Ackerland wird für schnellwüchsige Zellstoffplantagen vereinnahmt
- die Rechte der lokalen Bevölkerung werden missachtet
- Böden und Gewässer werden verschmutzt und artenreiche Ökosysteme durch Monokulturen ersetzt. Die Verantwortung Deutschlands für diese Entwicklung ist vielschichtig:
 - jede/r Einzelne verbraucht zuviel und immer mehr Papier
 - deutsche Firmen verdienen am Export ihrer Papiermaschinen für durchaus fragwürdige Kunden bzw. Projekte
 - zahlreiche deutsche Banken finanzieren noch heute bereitwillig den Ausbau der internationalen Zellstoffindustrie und
 - die deutsche Politik tut zu wenig, um Urwälder zu schützen, die Einfuhr von „Raubbaupapieren“¹ nach Deutschland zu stoppen und den Papierkonsum hierzulande nachhaltig umzugestalten.

Deutsche Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen setzen an unterschiedlichen Stellen an, um den Papierkonsum in Deutschland nachhaltig umzugestalten. Verbraucherkampagnen klären auf und motivieren Endverbraucher/innen, ihr Konsumverhalten zu verändern. Über Fachstudien, Lobbying und durch Dialogforen werden Finanzinstitute über mögliche Risiken von Krediten für die Zellstoffindustrie informiert². Bisher relativ unbehelligt blieb allerdings die deutsche Politik.

Forderungen an die deutsche Politik

Mit dem Memorandum „Für einen nachhaltigen Papierverbrauch“³ wenden sich nun erstmals Umwelt- und

Verbraucherschützer/innen an die deutsche Politik, um konkrete Maßnahmen in Richtung Papierreduktion in Deutschland anzumahnen. Diese wären z.B.:

- eine Beschaffungsrichtlinie zu verabschieden, die den jährlichen Papierverbrauch der öffentlichen Hand systematisch erfasst und konkrete Papiereinsparquoten bis zum Jahr 2020 festlegt
- in Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen einen Nationalen Aktionsplan zur umweltfreundlichen Beschaffung (National Action Plan for Green Public Procurement) zu erarbeiten
- Papiereinsparprogramme und Bildungsoffensiven zu lancieren, um das Problembewusstsein in der Bevölkerung zu schärfen und Verhaltensweisen zu verändern.
- Gesetzesinitiativen voranzubringen, um den Handel mit Holz, Papier und Zellstoff aus illegalen und zerstörerischen Quellen zu verbieten (Stichwort: Urwaldschutzgesetz).

Da ein geringerer Papierverbrauch effektiven Klimaschutz bedeutet, fordern die unterzeichnenden zwölf Organisationen und Verbände⁴ die deutsche Politik auf, ein deutliches Zeichen zu setzen und den deutschen Papierverbrauch in den nächsten zehn Jahren um bis zu 50% zu reduzieren. Ein ehrgeiziges, aber bei entsprechendem politischen Willen durchaus durchsetzbares Ziel, auch wenn der Trend bisher noch in genau die entgegengesetzte Richtung läuft.



Barbara Happe

Die Autorin ist Campaignerin bei Urgewald.

¹ Unter Raubbaupapier sind Papiere zusammengefasst, deren Rohstoffe aus illegalem Holzeinschlag oder Handel, aus zerstörerischer Waldbewirtschaftung oder aus Gebieten mit ungelösten Landrechts- oder anderen sozialen Konflikten stammen.

² Im Juni 2007 veröffentlichte Urgewald die Broschüre „Banks, Pulp and People“. Sie gibt einen aktuellen Überblick über umstrittene internationale Zellstoffprojekte, die derzeit in Planung sind. Ziel der Studie ist, Entscheidungsträger, (Entwicklungs-) Banken und Öffentlichkeit zu informieren, bevor es zu Fehlinvestitionen, zu Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen kommt. Herunterzuladen unter: www.pulpmillwatch.org.

³ Das Memorandum in Kurz- wie kommentierender Langversion kann unter folgender Webadresse heruntergeladen werden: <http://www.urgewald.de/index.php?page=3-64-156&artid=269>.

⁴ Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA), Bundesverband für Umweltberatung (bfub), Forum Umwelt und Entwicklung, Forum Ökologie und Papier (FÖP), Greenpeace Deutschland, Klimabündnis, NABU, Pro Regenwald, ROBIN WOOD e.V., Urgewald, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

Globales Ressourcenfieber

Chance auf Genesung?

Weltweit steigt das Ressourcenfieber. Auf breiter Front ist die Nachfrage nach Rohstoffen in den letzten 20 Jahren gestiegen – und damit verbunden die Rohstoffpreise und die Umweltbelastungen. Gerade das aktuelle Ressourcenfieber eröffnet jedoch paradoxerweise auch eine Gelegenheit zur Heilung: Durch immer höhere Preise für Rohstoffe werden Politik, Unternehmen und Verbrauchern die Abhängigkeiten und vor allem der Wert von natürlichen Ressourcen immer bewusster. Dadurch kann bei richtigen und konsequent gesetzten Schritten zukünftig eine beschleunigte Entwicklung zu einer nachhaltigen Ressourceneffizienz erreicht werden.

15 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio 1992 muss man ein sehr nüchternes Zwischenfazit ziehen. Trotz aller guten Absichten und ungemein engagierter Bemühungen hat sich die Lage zumindest in ökologischer Sicht und im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit verschärft. Nach dem Ende der Teilung in Ost und West zeigt die Weltwirtschaft eine starke und anhaltende Wachstumsphase. Hunderte Millionen von Menschen besonders in den Schwellenländern (Indien, China, Mexiko usw.) eifern dem „westlichen“ Wohlstandsmodell nach und feuern dadurch das von den Industrienationen bereits stark angefachte Ressourcenfieber weiter an. Verzichtsapelle gehen jedoch ins Leere: letztlich streben die meisten Menschen für sich und ihre Familien eine Mittelstandsexistenz an.

Es gibt Lebenszeichen

Trotz der dramatischen Entwicklungen gibt es zahlreiche „Lebenszeichen“ die andeuten, wie der „Patient Erde“ dem Ressourcenfieber besser trotzen könnte. Diese Lebenszeichen sind nicht selten unspektakulär und werden selbst von Fachleuten in ihrer langfristigen Bedeutung unterschätzt.

Ein Beispiel ist das im Jahr 2005 in Deutschland in Kraft getretene Verbot der Ablagerung von unbehandelten Abfällen, die über einen nennenswerten Anteil kohlenstoffhaltigen Materials (Kunststoffe, Holz, Papier, Bioabfall etc.) verfügen. Global gesehen ist das einfache Abkippen von Abfällen wie Hausmüll in Deponien heute noch übliche Praxis – selbst in Industrienationen wie z.B. den USA oder Großbritannien. Das Ablagern von Müll mit Kohlenstoffanteilen stellt jedoch eine der größten Umweltbelastungen in globalem Maßstab dar und ist gleichzeitig eine gewaltige Ressour-

cenverschwendung. Nicht nur, dass werthaltige Anteile des Mülls stofflich (z.B. Metalle, Papier) oder energetisch (Kunststoffe, Holz, Papier usw.) nicht genutzt werden. Die Ablagerungen führen auf lange Sicht auch zu gewaltigen Methanemissionen.¹

Steigende Rohstoffpreise lassen allerdings dieser „bislang billigsten Nullvariante“ Abkippen eine stärkere Konkurrenz durch Recycling und energetische Verwertung (Biogas! etc.) erwachsen. Global gesehen besteht im langfristigen Auslaufen der Depopulation ein riesiges Potenzial im Sinne der Ressourceneffizienz und ein sehr bedeutender Beitrag zur Eindämmung der globalen Treibhausgasemissionen. Zur Erschließung dieser gewaltigen Potenziale bedarf es jedoch in den nächsten Jahrzehnten eines forcierten Know-How- und Technologietransfers in viele Staaten der Erde.

Ein weiteres Beispiel für zukünftige gewaltige Ressourceneinsparungspotenziale ist in einem forcierten „urban mining“ zu sehen. Unter urban mining wird die Wiedergewinnung wertvoller Sekundärrohstoffe (Stahl, Aluminium, Kupfer, Beton, Holz etc.) verstanden, die ungenutzt in alten Baukörpern (leerstehende Wohngebäude, Fabrikhallen usw.) und minder genutzten Infrastrukturen (alte Leitungen usw.) auf ihre Verwertung warten.² Urban mining ist zunächst für ‚reife‘ Industrienationen wie Deutschland von Interesse, wo aufgrund demographischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in immer mehr Regionen ein dauerhafter Überschuss an Einrichtungen des Hoch- und des Tiefbaus Realität ist bzw. sich entsprechende Entwicklungen abzeichnen. Zur Hebung der gewaltigen Sekundärrohstoffschätze (allein mind. 200 Mio. Tonnen Material durch derzeit mind. 1 Mio. überschüssiger Wohnungen) bedarf

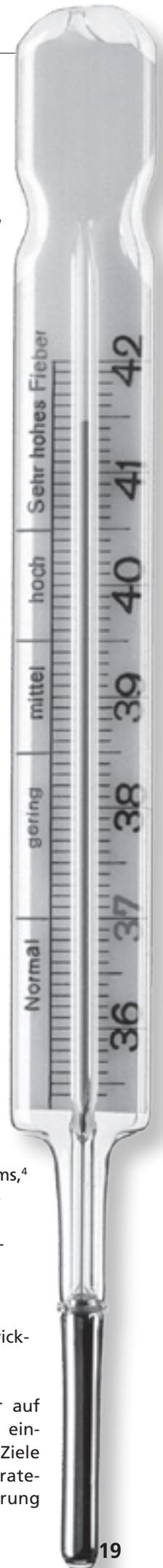
es entsprechender politischer Rahmenbedingungen (Umstellung der Grunderwerbssteuer!) und klarer Konzepte wie z.B. „shrinking cities“ in Teilen der Neuen Bundesländer.

Heilungsplan – Nachhaltige Ressourceneffizienz

Im globalen Kontext ist ein ganzes Bündel an wichtigen Beiträgen notwendig, um mittelfristig zu einer Trendwende, d.h. zumindest zu einer Stagnation der globalen Ressourceninanspruchnahme (abiotische und nachwachsende Rohstoffe, Trinkwasser, Fläche, genetische Ressourcen) und langfristig zu einem absoluten Rückgang der jährlichen Entnahmeraten zu gelangen. Neben den bereits genannten Potenzialen einer globalen Kreislaufwirtschaft sind folgende Eckpunkte für eine Strategie der nachhaltigen Ressourceneffizienz³ essentiell:

- Operationalisierung der Nachhaltigkeitsstrategie,
- Förderung des Nachhaltigen Konsums,⁴
- Faire Rohstoffgewinnung,
- Nachwachsende Rohstoffe,⁵
- Neue Technologien,⁶
- Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern.⁷

Beispielhaft soll hier auf zwei Eckpunkte näher eingegangen werden. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung



(Verdopplung der Energie- und Rohstoffproduktivität bis 2020 usw.) würden bei einer Realisierung tatsächlich einen erheblichen Fortschritt bezüglich der Ressourcenfragen bedeuten. Allerdings ist die Operationalisierung - d.h. das konkrete Herunterbrechen der nationalen Ziele auf einzelne Branchen, Bedürfnisfelder usw. in weiten Teilen bislang nicht oder nur z. T. erfolgt. Hier bedarf es mittelfristig erheblicher Anstrengungen, um deutlich zu machen wem

Es gibt zahlreiche „Lebenszeichen“ des „Patienten Erde“.

welche Beiträge zukommen und mit welchen Maßnahmen, neuen Rahmenbedingungen und Initiativen die Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können. Eine entsprechende Politik würde zusätzlich erhebliche Impulse für die Umsetzung der europäischen Ressourcenstrategie bedeuten.

Der Rohstoffgewinnung kommt global gesehen eine Schlüsselrolle im Bereich ökonomischer Teilhabe an Wertschöpfungsketten und sozialer Entwicklung zu. Letztlich muss mittel- bis langfristig ein international verbindliches System installiert und umgesetzt werden, welches nur noch Rohstoffe aus umweltgerechter und fairer Gewinnung für die Weltmärkte zulässt. Es ist klar, dass Ideen für einen solchen Prozess noch in den Kinderschuhen stecken, aber es mehren sich nach und nach positive Anzeichen und Ansätze.

Ausblick auf 2050

Abschließend soll ein Ausblick auf die möglichen globalen Entwicklungen im Kontext der Rohstofffragen bis zum Jahr 2050 versucht werden. Da nichts unsicherer ist als die Zukunft, soll keine Prognose aufgestellt, sondern drei mögliche, aber sehr unterschiedliche Entwicklungen in aller Kürze skizziert werden:

Szenario A: Wirtschaftliche und politische Krise

In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass das kontinuierliche Wirtschaftswachstum auf dem Weg zum Jahr 2050 ins Stocken gerät und schließlich eine weltweite Wirtschaftskrise über einen längeren Zeitraum zahlreiche politische Krisen (innen-

wie außenpolitisch) nach sich zieht bis hin zu massiven militärischen Konflikten innerhalb vieler Staaten und zwischen einzelnen Staaten. Auf die möglichen Ursachen für ein solches Szenario soll hier nicht vertieft eingegangen werden, aber negative Kettenreaktionen an den internationalen Finanzmärkten dürften zweifellos eine wichtige Rolle spielen. Im Falle eines solchen Katastrophenszenarios würde die globale Nachfrage nach Rohstoffen zweifellos deutlich

zurückgehen; allerdings begleitet von massiven sozioökonomischen Verwerfungen wie globaler Massenarbeitslosigkeit, Versorgungskrisen, Hungersnöten, militärischen Konflikten usw.

Szenario B: Ungebremstes globales Wirtschaftswachstum und Rohstoffnachfrage

Die Rohstoffnachfrage setzt sich in diesem Szenario nahezu ungebremst fort. Die Wachstumsraten der Weltwirtschaft übersteigen weiterhin deutlich alle Effizienzgewinne und schreiben die starken Wachstumsraten bei der Rohstoffausbeutung fort. In diesem Szenario wird globaler Wohlstandszuwachs (bei starker ungleicher Verteilung) auf Kosten massiver Ressourcenausbeutung und Umweltverschmutzung erkauft. Der Klimawandel wäre nach diesem Szenario selbst in seinen extremsten Ausprägungen nicht mehr aufzuhalten.

Szenario C: Genesung vom Ressourcenfieber

In diesem Szenario gelingt mittel- und langfristig der globale Kraftakt der deutlichen Bremsung der Rohstoffausbeutung und Reduzierung der globalen Umweltbelastungen bei gleichzeitig steigender Teilhabe weiter Teile der Erdbevölkerung an Wohlstandszuwächsen. Dieses Szenario kann nur eintreten, wenn Effizienzgewinne in vielen Bereichen schneller und entschlossener realisiert werden, d.h. die Steigerungsraten der Energie- und Ressourceneffizienz gegenüber dem heutigen Stand erheblich an Fahrt gewinnen

und politische Prozesse u. a. zu einer faireren Teilhabe einheimischer Bevölkerungen an Rohstoffprozessen zu deutlichen Fortschritten führen.

Die skizzierten Szenarien zeigen extrem unterschiedliche, jedoch im Bereich des Möglichen liegende Entwicklungen auf. Nach Einschätzung des Autors könnte Szenario B (ungebremste Rohstoffnachfrage) mit hoher Wahrscheinlichkeit über kurz oder lang auch in Szenario A (wirtschaftliche und politische Krise) überleiten; d.h. die Auslöser der wirtschaftlichen und politischen Krisen würden durch Erschöpfung von Quellen (Verknappung einzelner Rohstoffe) und/oder von Senken (Umweltverschmutzung in Schwellenländern erreicht ein Ausmaß, welches letztlich zum Wirtschaftskollaps führt) ausgelöst.

Zweifellos ist mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung nur Szenario C vereinbar. Hierfür bedarf es in den nächsten vier Jahrzehnten erheblicher und verstärkter Anstrengungen auf regionaler, nationaler, europäischer und vor allem internationaler Ebene, um die nicht-nachhaltige Entwicklung der steigenden Ausbeutung von Primärressourcen zu stoppen und einen dauerhaft haushälterischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu erreichen. Zweifellos ist das Zeitfenster hierfür begrenzt; die Jahrhundertmitte um 2050 ist nicht nur bezüglich des Themas Eindämmung des Klimawandels eine entscheidende Zielmarke.

Matthias Buchert

Der Autor ist beim Öko-Institut e.V. Koordinator des Bereichs Infrastruktur & Unternehmen.

- 1 Statusbericht zum Beitrag der Abfallwirtschaft zum Klimaschutz und mögliche Potentiale, Dehoust, G. et al.; Umweltbundesamt (Hrsg.); Forschungsbericht 205 33 314 UBA-FB III
- 2 Dehoust, G. et al.: Fortentwicklung der Kreislaufwirtschaft zu einer nachhaltigen Stoffstrom- und Ressourcenpolitik, FKZ 90531411. Teilvorhaben „Ermittlung von relevanten Stoffen bzw. Materialien für eine stoffstromorientierte ressourcenschonende Abfallwirtschaft, 2006 Förderung: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 3 Ressourcenfieber – Mit kühlem Kopf zu nachhaltigen Lösungen, Buchert, M. et al., Öko-Institut e.V. (Hrsg.): <http://www.oeko.de/oekodoc/600/2007-146-de.pdf>
- 4 www.ecotopten.de
- 5 www.oeko.de/service/bio
- 6 Chancen der Nanotechnologien nutzen! Risiken rechtzeitig erkennen und vermeiden! Positionspapier des Öko-Instituts, 2007.
- 7 Soziale Auswirkungen der Produktion von Notebooks, www.prosa.org

Sanfter auftreten

Das lehrt uns der ökologische Fußabdruck

Was würde passieren, wenn alle 6,625 Milliarden Menschen auf der Erde so leben wollten wie wir in Deutschland? Mit unseren Ernährungs- und Konsumgewohnheiten, mit unserem Energiebedarf und unserer Mobilität? Wie sähe es dann aus auf unserem Planeten? Eine Antwort auf diese Frage liefert der "ökologische Fußabdruck" (ecological footprint).

Diese seit gut einem Jahrzehnt verfügbare Methode ermittelt, welche Fläche benötigt wird, um die Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, die der Mensch für Ernährung, Konsum, Energiebedarf etc. verbraucht, sowie die Flächen, um Rückstände wie das Kohlendioxid aus der Verbrennung von fossiler Energie aufzunehmen und umzuwandeln. Die Ergebnisse sind - wie nachfolgend geschildert - alarmierend!

Allmählich fängt auch die Politik an, die Methode und die mit ihr gewonnenen Erkenntnisse wahrzunehmen. So ist der ökologische Fußabdruck ein offizieller Indikator zur Überprüfung der UN-Biodiversitätsziele 2010 sowie einer der EU-Leitindikatoren zur Messung der biologischen Vielfalt. In zukunftsorientierten Ländern wie in der Schweiz und in Finnland wird der Footprint von offiziellen Stellen als Indikator zur nachhaltigen Entwicklung genutzt. Ende November 2007 hat das Europäische Parlament empfohlen, zukünftig Produkte in Bezug auf Klimafolgen zu kennzeichnen, um die Verbraucher über den "ökologischen Fußabdruck" der Produkte zu informieren. Nachfolgend soll die Methode kurz vorgestellt werden.

Dem Konzept Footprint liegt die Vorstellung eines Fußabdrucks zugrunde, wie ihn der Mensch z. B. auf einer Wiese hinterlässt. Trampelt der Mensch rücksichtslos auf einer Wiese herum, dann wächst dort lange Zeit kein Gras mehr. Setzt er seinen Schritt



hingegen vorsichtig, regeneriert sich die Bodenvegetation schnell. Der Footprint wurde von dem Schweizer Nachhaltigkeitsforscher Mathis Wackernagel zusammen mit dem kanadischen Professor William E. Rees in den neunziger Jahren als wissenschaftliche Methode zur Messung von Umweltverbrauch eingeführt. Die Methode berechnet die Fläche, die die Natur brauchen würde, um die Rohstoffe zu erneuern und den Abfall aufzunehmen, die der Mensch für Ackerbau, Tierhaltung, Energiegewinnung, Mobilität, Holzgewinnung etc. verbraucht. Auch die direkt verbauten Flächen etwa durch Siedlungen und Straßen werden miteinbezogen. Das Ergebnis - der ökologische Fußabdruck einer Region, eines Landes oder der ganzen Welt - wird in dem Flächenmaß „Global Hektar“ ausgedrückt. Je größer der Footprint, desto stärker wird die Umwelt belastet. Dem gegenüber steht die „Biokapazität“ einer Region, also die Fähigkeit der Natur, Rohstoffe auf- und Schadstoffe abzubauen. Wenn der Footprint die Biokapazität einer Region nicht überschreitet, dann leben die Menschen dort nachhaltig. Überschreitet er jedoch die Biokapazität, dann leben die Bewohner auf Kosten anderer Regionen - denn für die Erde als Ganzes kann der Footprint die Biokapazität auf Dauer nicht übersteigen!

Maßstab „Global Hektar“

Sowohl Footprint als auch Biokapazität werden in so genannten „Global Hektar“ (gha) gemessen. „gha“ entspricht einem Hektar weltweit durchschnittlicher biologischer Produktivität, etwa für Ackerbau, Holzwirtschaft, Energiegewinnung. Es ist eine einheitliche „Währung“, die die unterschiedliche Fruchtbar-

keit von Böden berücksichtigt und so verschiedene Länder oder Gebiete weltweit vergleichbar macht. Bei fossilen Energieträgern wird die Fläche errechnet, die nötig ist, um die bei der Verbrennung entstehenden Emissionen von Kohlendioxid durch Wälder und Ozeane zu binden, ohne das Klima zu gefährden.

1,4 ha pro ErdenbürgerIn ist ein fairer Footprint

Der ökologische Fußabdruck einer/s durchschnittlichen Deutschen beträgt 4,55 Hektar. Damit liegt Deutschland beim Ressourcenverbrauch leider im Spitzenfeld – auf Platz 23 von 150 untersuchten Ländern. Der durchschnittliche Fußabdruck der EU-25 liegt bei 4,8 Hektar, jener der USA bei 9,6 Hektar. Während der Fußabdruck der Industrieländer (ein Fünftel der Weltbevölkerung) 6,4 Hektar beträgt, beanspruchen die EinwohnerInnen von Ländern mit mittleren Einkommen nur 1,9, die von armen Ländern gar nur 0,8 Hektar biologisch nutzbare Fläche. Bei gerechter Verteilung der produktiven Flächen unserer Erde entfallen auf jeden Menschen aber nur 1,8 Hektar.

Und wenn wir auf einem biologisch vielfältigen artenreichen Planeten leben wollen, so müssen wir zusätzlich zumindest 20 Prozent der bioproduktiven Flächen für die Wildnis und ihre Lebewesen reservieren. In diesem Fall bleiben etwa 1,4 ha pro ErdenbürgerIn. Und dieser Wert wird weiter abnehmen, da fruchtbarer Boden schwindet und die Bevölkerung wächst! Seit Ende der 80er Jahre hat der gesamte, globale Fußabdruck die weltweite Biokapazität überschritten. Heute ist der weltweite Fußabdruck bereits um 25 Prozent größer als die nachhaltig auf der Erde verfügbaren Ressourcen. Das heißt, die Menschheit lebt nicht mehr von den „Zinsen“ der Natur, sondern verbraucht bereits das „Kapital“ der Erde. Die Folgen sind Übernutzung von Boden, Luft und Wasser, ebenso wie die Ausradierung und Reduzierung von Teilen der Pflanzen- und Tierwelt.

Der globale Zustand ist doppelt tragisch, weil 75 Prozent der Weltbevölkerung überhaupt keinen Nutzen aus diesem Raubbau ziehen. Nur der Schaden, der durch Bodenerosion, Verarmung der Artenvielfalt und durch den fortschreitenden Klimawandel entsteht, wird für alle Menschen schmerzlich spürbar. Ein ökologisch wie sozial unhaltbarer Zustand.

Ressourcen-Verbrauch in Deutschland: wir leben über unsere Verhältnisse

Der ökologische Fußabdruck einer/s durchschnittlichen Deutschen beträgt also 4,55 Global Hektar und verteilt

sich auf vier Hauptbereiche: Ernährung, Wohnen, Mobilität und Konsum.

Die Ernährung verursacht rund ein Drittel des persönlichen Fußabdrucks. Die Produktion von Lebensmitteln, insbesondere die Fleischproduktion, benötigt große Flächen. Auch ist eine moderne Landwirtschaft durch den hohen Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden sehr energieintensiv und vergrößert damit den Footprint.

Für das Wohnen benötigen die Deutschen rund ein Viertel des Fußabdrucks. Dabei fällt insbesondere der hohe Verbrauch an Energie für Heizung und Elektrizität ins Gewicht, aber auch die Rohstoffe für Wohnhäuser und der direkte Flächenverbrauch durch die Bebauung und öffentliche Infrastruktur.

Die Mobilität mit dem Auto, dem Bus, der Bahn oder dem Flugzeug ist für rund ein Fünftel des Ökologischen Fußabdrucks verantwortlich, wobei der enorm gestiegene private Autoverkehr und der steigende Flugverkehr die größten Verbraucher sind.

Der Konsum, also der Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen, macht etwa ein Sechstel des Footprints aus. Der hohe Papierverbrauch fällt dabei mit rund einem Drittel dieses Anteils besonders ins Gewicht.

Mit einem Footprint von 4,55 Hektar leben wir deutlich über unsere Verhältnisse! Es bräuchte zweieinhalb Planeten von der Qualität der Erde, um alle Menschen auf unserem Verschwendungsniveau leben zu lassen. Unser Ressourcenverbrauch muss in Zukunft um 70 Prozent verringert werden!

Leben auf Pump: Ressourcen für 2007 bereits im Oktober aufgebraucht

Am 6. Oktober 2007 waren alle weltweit verfügbaren natürlichen Ressourcen, die unsere Erde in diesem Jahr regenerieren konnte, ausgeschöpft. Dieses Datum errechneten Wissenschaftler des Global Footprint Network in Kalifornien und der Londoner New Economic Foundation mit Hilfe des ökologischen Fußabdrucks. Vergleicht man den Fußabdruck mit der weltweiten Fähigkeit der Ökosysteme, Ressourcen zu erneuern und Abfälle aufzunehmen, ergibt sich das Datum des Ökologischen Schulden-

tages. Beim Vergleich mit früheren Jahren stellten sie fest, dass der Ökologische Schuldentag immer früher eintritt. Vor 20 Jahren fiel er noch auf den 19. Dezember. Die Phase des Raubbaus wird jährlich länger. Sie geht auf das Konto lediglich eines Viertels der Weltbevölkerung.

Was kann ich tun?

Wir müssen überdenken, was wir unter „gutem Leben“ verstehen. Ziel sollte es sein, gut und glücklich innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten leben zu können. Dies ist bei uns im Moment nicht der Fall. Wir verbrauchen das Zweieinhalbfache von dem, was uns zusteht. Bei den heutigen Rahmenbedingungen in den Industrieländern ist es dem Einzelnen nur mit großem Einsatz und einiger Bescheidenheit möglich, mit einem fairen Footprint von 1,4 Global Hektar auszukommen. Doch eine deutliche Verbesserung ist erzielbar. Als Faustregel können die vier "F" dienen:

- nie "f"liegen
- wenig mit dem Auto "f"ahren, nie alleine und langsamer
- weniger "F"leisch und tierische Produkte, dafür biologisch und heimisch
- wohnen wie im "F"ass, kompakt, gedämmt und öffentlich erreichbar.

Für jeden Konsum und jedes Produkt gilt: wenn möglich vermeiden. Wenn nötig, dann langlebige Produkte, diese mit anderen teilen, oft wiederverwenden und reparieren.

Neben dem individuellen Beitrag bedarf es grundsätzlicher Änderungen auf gesellschaftlicher Ebene wie der Nachfrage nach ökologischen, zukunftssicheren Produkten und Dienstleistungen und entsprechenden Druck auf Politik und Wirtschaft.



Jürgen Knirsch

Der Autor arbeitet im deutschen Greenpeace-Büro zu Konsum- und Lebenstilfragen.

Anmerkungen: Der Text basiert auf einer Broschüre der österreichischen Plattform Footprint - eine Allianz von Umwelt- und Sozialorganisationen wie Greenpeace Zentral- und Osteuropa, GLOBAL 2000, WWF, Südwind Agentur, SERI, Klimabündnis, Agenda X. Weitere Informationen zu Inhalten und Partnern unter www.footprint.at. Eine auf bundesdeutsche Verhältnisse übertragene Version ist Anfang 2008 als Download unter www.greenpeace.de verfügbar. Ausführliche Informationen sind auch unter www.footprintnetwork.com abrufbar.

Weitere Quellen:

Greenpeace: Leben auf Pump - Ressourcen für 2007 aufgebraucht. Presseerklärung zum Ökologischen Schuldentag 2007, Hamburg 05.10.2007. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. November 2007 zu Handel und Klimaänderung (2007/2003(INI)).

Globaler Klimaaktionstag

10.000 Menschen demonstrieren in Deutschland

Erstmalig gingen in Deutschland am Globalen Klimaaktionstag am 8. Dezember Menschen auf die Straße und demonstrierten für konsequenten Klimaschutz: rund 5.000 Teilnehmer in Berlin, 3.000 am Braunkohlekraftwerk Neurath bei Düsseldorf und etwa 2.000 in weiteren deutschen Städten.

Zentrale Forderung war der Stopp für den Bau neuer Kohlekraftwerke, damit der CO₂ Ausstoß in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent verringert werden kann. Gleichzeitig appellierten die Teilnehmer an alle Regierungen, bei der internationalen Klimakonferenz zukunftsweisende Ergebnisse zu erzielen.

Berlin

In Berlin führten die Vertreterinnen der Klimaallianz-Mitgliedsorganisationen den Demonstrationszug mit einem Banner „Klimaschutz jetzt“ an. Daran schloss sich ein bunter Zug aus Demonstranten mit originellen Kostümen und Forderungen an: eine „Klimaschule“ für die Bundesregierung „Klimabotschafter“ mit Appellen auf Ortsschildern, Trommler, Pinguine, Stelzenläufer, eine Weltkugel mit Rettungsring oder Träger eines Kohlekraftwerks aus Lebkuchen mit dem Motto „Mampf gegen Kohle.“

An die Demonstration schloss vor dem Brandenburger Tor ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm mit prominenten Rednern, stadtbekanntem Bands und Ausschnitten aus einem Kindermusical an. Bischöfin Dr. Margot Käßmann von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover forderte in ihrer Rede vor dem Brandenburger Tor: „Wir müssen endlich Abschied nehmen von der Ideologie des Wachstums. Die Industrieländer sind die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel. Nach dem Verursacherprinzip müssen sie zusammen mit den verantwortlichen Unternehmen auch für die Klimaschäden aufkommen. Eine nachhaltige Politik heißt, dass Deutschland den Ausstoß der Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent reduziert. Dazu braucht es klare und verbindliche politische Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.“

Vandana Shiva, indische Umweltaktivistin und Trägerin des Alternativen

Nobelpreises, forderte Politiker und Wirtschaft auf, die globale Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren. Die Menschen im Süden seien schon jetzt am stärksten von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen obwohl sie bisher wenig zu seiner Verursachung beigetragen haben. Sie rief zu einem gemeinsamen Kampf gegen die kurzfristigen Profitabsichten von Konzernen auf, die weltweit einen konsequenten Klimaschutz verhindern.

Nach Einbruch der Dunkelheit zogen die Demonstranten mit blau erleuchteten Lampions und dem Aktionslogo „Klimaschutz jetzt!“ vom Brandenburger Tor zum Kanzleramt und übergaben dem Umweltreferatsleiter des Bundeskanzleramtes, Berthold Goeke, das Positionspapier mit den zentralen Forderungen der Klima-Allianz. Viele nutzen die Gelegenheit, dort ihrem Unmut hinsichtlich der bisherigen Politik Luft zu verschaffen und forderten den Referatsleiter auf, von Kanzlerin Merkel, ihren Versprechen nun endlich Taten folgen zu lassen.

Neurath

„Es war ein Super-Erfolg und ein guter Start für die Klimaschutzbewegung in Deutschland!“ so Klaus Breyer, Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche von Westfalen über die zentrale Kundgebung vor dem Braunkohlekraftwerk bei Neurath. Mehr als 3000 Menschen waren auf Einladung der „klima-allianz nrw“ an die Baustelle gekommen, um trotz Wind und Kälte für mehr Klimaschutz zu demonstrieren.

Auf der Kundgebung kritisierten die Klimaschützer das bisherige Versagen von Politik und Wirtschaft speziell in Nordrhein-Westfalen und forderten von den Politikern, ihren Worten endlich Taten folgen zu lassen und eine konsequent klimaschonende Energiepolitik umzusetzen. Die Gewerk-



Quelle: K.Breyer



Quelle: Germanwatch/Kier



Quelle: die klima-allianz

schaften wurden explizit aufgefordert sich der Klima-Allianz anzuschließen. Zentrales Anliegen der „klima-allianz“ ist ein Moratorium zum Bau neuer Kohlekraftwerke und ein schlüssiges Konzept zur Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen um 80 % bis zur Mitte des Jahrhunderts. „Will die Bundesregierung ihre ehrgeizig abgesteckten Reduktionsziele von 40% bis 2020 und 80% bis 2050 erreichen, muss das vor allem in NRW gelingen“, so der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrink.

Die Stimmung auf der Kundgebung war gut. Musik und heiße Suppe sorgten für innere Wärme. Aber auch die RednerInnen machten Mut. Hartmut Graßl fühlt sich von den derzeitigen lokalen Protesten gegen die Kohlekraft, an die Anti-AKW-Bewegung vor 20 Jahren erinnert. „Ab jetzt wird niemand mehr ungehindert ein Kohlekraftwerk bauen können“, so der atomkraftkritische Meteorologe. Der Präses der Ev. Kirche von Westfalen, Alfred Buß fasste seine Ermutigung in knackige Worte: „Wer hofft, sieht hin:

Noch bleibt Zeit zum Gegensteuern, um verheerende Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern.“

Das Perfide am Klimawandel sei, darauf wies Monika Dülge vom Eine-Welt-Netz nochmals hin, dass seine Folgen gerade diejenigen am meisten trafen, „die ihn nicht verursacht haben und die überhaupt nichts dafür können: Nämlich die Menschen in den sowieso schon armen Ländern im Süden dieser Erde.“

Doch die RednerInnen kritisierten nicht nur Wirtschaft und Regierung, sie riefen auch die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Engagement auf: zum Wechsel des Stromanbieters sowie zur Gründung lokaler und regionaler Bündnisse. „Lassen wir Parteien und PolitikerInnen mit unseren Forderungen keine Ruhe mehr!“ forderte Sven Giegold von Attac.

Den Abschluss der Kundgebung bildeten zwei Spektakel der besonderen Art: Bei Anbruch der Dämmerung wurden hunderte von blauen Lampions angezündet und die Demonstranten bildeten damit entlang der Straße den Schriftzug „ACT NOW!“.

Zeitgleich wurde per Videoprojektion am Schornstein des im Bau befindlichen Kohlekraftwerks Neurath die Aufforderung „Stopp CO₂“ sichtbar. Allerdings hatte die RWE für eine eigene Lichtshow gesorgt. Parallel zum Logo der Klima-Allianz projizierte sie die Worte: „Klimaschutz jetzt! Neue, effizientere Kraftwerke“ auf den Kühlturm und versuchte so, die verschiedenen Projektionen der Klimaschützer auszublenken. Es entspann sich ein kleines Gefecht der Scheinwerfer. Meist waren die Klimaschützer aber flexibler als der Spot von RWE.

Weitere Städte in Deutschland und andere Länder

In mindestens 14 weiteren deutschen Städten wurden Aktionen zum Klimaschutz durchgeführt, darunter München, Nürnberg, Freiburg, Saarbrücken, Heidelberg, Würzburg, Mainz und Hanau. Doch nicht nur in Deutschland fanden Kundgebungen am globalen Klimaaktionstag statt, in über 80 Ländern demonstrierten Menschen, z.B.: 10.000 in Taiwan, jeweils 5.000 in Athen und Istanbul, 2.000 in

Neuseeland, 1.300 in Dubai, mehrere Hundert in Südafrika und Paraguay.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass weltweit eine neue Klimabewegung entsteht. Der globale Klimaaktionstag ist noch sehr jung - er wurde 2005 parallel zu den UN-Klimaverhandlungen in Montreal ins Leben gerufen. In Deutschland fand er zum ersten Mal statt, und wurde mit 10.000 TeilnehmerInnen zum beachtlichen Erfolg. Wenn die Klima-Allianz den eingeschlagenen Weg fortgeführt, dann wird eine Klimabewegung in Deutschland entstehen, an der keine Politikerin und Politiker und auch kein Kohlekraftwerksbetreiber mehr vorbei kommt. Dies ist notwendig, denn nur eine gesellschaftlich breite und große Klimabewegung ist in der Lage, die erforderlichen Veränderungen anzugehen, aber auch einzufordern. Der Einstieg ist gelungen und gibt Anlass, positiv in die Zukunft zu blicken. ☺

Christina Hering/Monika Brinkmüller

Christina Hering ist Koordinatorin der Klima-Allianz, Monika Brinkmüller ist Redakteurin diese Rundbriefs und eine der Koordinatorinnen der AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt und Entwicklung

Kontrastreiche "Klimawoche" in den USA

Schwenken die Amerikaner im Klimaschutz um?

Im September 2007 drehte sich in den USA alles ums Klima – aber die Treffen konnten unterschiedlicher nicht sein. Ein hochrangiges UN-Klimatreffen in New York sendete ein klares Signal zum Klimaschutz nach Washington, doch Bush arbeitet weiter an Alternativen zu Kyoto.

Die New York Times nannte es die "Klimawoche". Und in der Tat – vom 24.-28.9. 2007 drehte sich an der Ostküste Amerikas alles um das Klima. Oder zumindest taten alle so. Am 24.9.2007 war Show Time bei den Vereinten Nationen. Mehr als 80 Regierungschefs kamen um sich zum Klimaschutz zu bekennen. Einige bekamen dafür in ihren Heimatländern große Aufmerksamkeit (so auch Angela Merkel). Aber die größte Aufmerksamkeit galt zwei von Hollywood geadelten Herren. Arnold Schwarzenegger, Gouverneur von Kalifornien, sprach als einziger Amerikaner bei der Eröffnung – ein klarer Affront gegen die Bush-Administration. Und der da-

malige noch "nur" Oscar-Gewinner Al Gore sprach in der Mittagspause – und stahl, wie so oft in den letzten Monaten, die Show.

Inhaltlich brachte der Tag kaum etwas. Es wurde, zumindest im öffentlichen Teil, nicht diskutiert. Es wurden nur Reden gehalten. Eine nach der Andern. Einige waren gut, einige unerträglich. So nutzten erschreckend viele Länder – allen voran die USA und Kanada – den Tag dazu, Technologien wie die Atomkraft oder die etwas weniger dreckige Nutzung von Kohle als essentiellen Beitrag zum Klimaschutz zu preisen. Der 'Summary' (eine Art politische Zusammenfassung) von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon war bei

weitem nicht so gut und scharf formuliert wie seine Eröffnungsrede. Das war schade, denn schließlich war der Tag, den der Generalsekretär initiiert hatte, als politisches Signal gedacht; die Leuchtkerze hätte heller sein können.

Klare Signale aus New York

Trotzdem war der Tag beeindruckend. Nicht nur aber durchaus auch, weil es das größte Treffen auf Regierungschefebene jemals zum Klimawandel war. Auch weil Ban Ki-moon sein persönliches Engagement gegen den Klimawandel mit dem Gipfel bewies – etwas was ihm, als er Anfang 2007 die UN-Führung übernahm, niemand (ich schon gar nicht) zugetraut hätte.

Von größter Bedeutung war aber, dass von New York ein klares Signal ausging, dass 1. die Vereinten Nationen der einzige legitime Ort sind, wo über die Zukunft des globalen Klimas verhandelt werden kann, 2. dass das Kyoto-Protokoll der richtige Weg ist und weiterentwickelt werden muss und dass 3. freiwillige Maßnahmen in den Industriestaaten nicht ausreichen.

Bushs eigene „Klimakonferenz“

So sendete New York ein klares Signal nach Washington, wo Bush zu seiner eigenen „Klimakonferenz“ geladen hatte. Klar, dass Bush sich gezwungen fühlte, diese Veranstaltung überhaupt einzuberufen ist irgendwie ein Erfolg. Bush kann den Klimawandel nicht mehr leugnen. Also muss er so tun, als würde auch er zu der Lösung des Problems beitragen. So bemühten sich die Vertreter der Bush-Administration auch am ersten Tag der Konferenz konziliant zu erscheinen. Sie betonten z.B., dass die Washingtoner Debatten ein konstruktiver Beitrag zum UN-Klimaprozess sein sollten, verschwiegen dabei aber, dass es ihnen dabei natürlich nicht um das Kyoto-Protokoll sondern nur die weniger verbindliche Klimarahmenkonvention geht.

Der BBC erahnte schon einen Stimmungswandel im Weißen Haus. Bush aber konnte nicht aus seiner Haut. Seine Rede am 28. September strotzte vor Arroganz. Die USA sei führend im Klimaschutz. Die USA werde die Technologien entwickeln und verbreiten, die uns alle retten werden. Die USA habe ihren eigenen erfolgreichen Weg begonnen und werde keine verbindlichen Reduktionsziele akzeptieren. Die USA helfe anderen und schaffe deswegen einen freiwilligen Fonds für die Verbreitung „sauberer“ Technologien. Die USA fordere den Rest der Welt auf, endlich auch auf Atomkraft zu setzen, um das Klima zu schützen.

PR-Desaster für Bush

So ging es in einem fort. Diese Arroganz trug mit dazu bei, dass Bush am Schluss des Treffens ein PR-Desaster erlebte. Selbst Bush-freundliche Regierungen wie die Briten wurden sehr deutlich. Ein hochrangiger Berater der britischen Regierung sagte z.B. den Medien, dass bewiesen sei, dass nur verbindliche Reduktionsziele wie Kyoto sie vorsieht, wirken. Umweltminister Gabriel erklärte, er fände es keine sehr schlaue Politik erst andere Länder aufzufordern Atomkraftwerke zu bauen und dann NATO-Bomber vorbeizuschicken, wenn das falsche Land dieser Aufforderung gefolgt sei. Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

Ob es Bushs Rede war oder nicht: Fakt ist, die Bush-Administration bekam nichts von dem, was es sich vom 'Major Emitters Treffen' erhofft hatte.

Keine gute Presse in den USA (oder anderswo). Keine Unterstützung für einen Alternativprozess zu Kyoto. Die USA wollten, dass das Treffen Arbeitsgruppen einrichtet und einen Zeitplan für weitere Diskussionen festlegt. Beides geschah nicht. Es wurde lediglich vereinbart, dass es 2008 ein weiteres Treffen geben wird. Seit September liefen die Verhandlungen darüber wo, unter welchen Vorzeichen und mit welcher Agenda es weitergehen soll. Am 6. Dezember gab Harlan Watson, der US-Verhandlungsleiter auf Bali bekannt, dass dann das nächste Treffen am 29.-30. Januar auf Hawaii stattfinden soll [1]. Angeblich steht auch Paris im Februar auf dem Programm (Frankreich hatte angeboten das Treffen abzuhalten, um den Prozess zu neutralisieren). Im April soll es dann weitergehen. Mal wieder frech von den USA – sie legen einen Fahrplan für einen Prozess vor, dem keiner je zugestimmt hat!

USA-Position auf Bali unverändert

Die „Klimawoche“ im September war also alles in allem eine positive Woche. Was sie aber wirklich gebracht hat erweist sich erst jetzt auf Bali (wo ich diese Zeilen schreibe). Die USA-Position ist auch hier unverändert. Sie wollen keine verbindlichen Ziele. Sie setzen auf die Wunderwaffe Technologie, inklusive Atomkraft und unbewiesene und riskante Technologien wie 'Carbon Capture and Storage'. Sie wollen ein globales

'Pledge and Review' – also einen Prozess in dem einfach alle sagen, was sie zu tun gedenken und sich dann gegenseitig auf die Schulter klopfen. Angela Merkel sagte dazu sehr treffend, dass sie nicht glaube, dass wenn jeder verspreche sein Bestes zu tun, dabei beeindruckende Resultate erzielt würden....

Durch die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Australien Anfang Dezember sind die USA nun noch mehr isoliert. Kanada und (immer mal wieder leider auch) Japan scheinen aber nach wie vor Bushs Strategie zu unterstützen. Wenn in Bali ein klarer Fahrplan für eine Stärkung des Kyoto-Protokolls beschlossen wird, dann ist das eine Bestätigung des guten Gefühls, das alle, die es mit dem Klimaschutz ernst meinen, Ende September hatten. Aber erst wenn 2009 die notwendigen Reduktionsziele für die zweite Verpflichtungsperiode verbindlich beschlossen sind, werden wir sicher wissen, dass im September 2007 New York über Washington gesiegt hat. Die „Klimawoche“ war eine Woche der Kontraste. Die Konflikte zwischen den Kyoto-Befürwortern und Feinden werden uns aber noch mindestens bis zum Januar 2009 wenn Bush das Weisse Haus verläßt begleiten!

 Daniel Mittler

Der Autor arbeitet zu internationalen Finanzinstitutionen bei Greenpeace International und leitete die Greenpeace-Delegationen in New York und Washington, daniel.mittler@int.greenpeace.org

1 Siehe <http://www.reuters.com/article/environment-News/idUSSP13425920071206?sp=true>

Kohle überall!

Deutschland ist beim Klimaschutz unglaublich solange es auf die Kohleenergie setzt. Das gilt national genauso wie international. So ist es ein Skandal, dass die Bundesregierung den Bau neuer Kohlekraftwerke in Deutschland nicht verhindert. Aber es ist genauso ein Skandal, dass deutsche Steuergelder weiter von internationalen Finanzinstitutionen genutzt werden, um neue Kohlekraftwerke zu finanzieren. Im Mai hatte Frau Kortmann, Staatssekretärin im Entwicklungsministerium (BMZ) noch zugesagt, dass sie sich dafür einsetzen will, dass die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) Vietnam anbieten soll, Alternativen zu einem Kohleprojekt zu prüfen (wir

berichteten im Rundbrief 2/07). Es sollte ausgelotet werden, ob das Kraftwerk nicht durch Energieeffizienz oder erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Im August aber stimmte auch der Deutschland repräsentierende Executive Director dem Mong Duong Projekt zu. Es gab keine Prüfaufträge – und so ist die Finanzierung seit Oktober 2007 offiziell. Und das obwohl es sich bei dem Kohlkraftwerk noch nicht einmal um ein effizientes Kraftwerk (das z.B. Wärme nutzt) handelt. Vom Klimaschutz reden, den Klimawandel finanzieren. Leider scheint dies immer noch deutsche Politik.

Siehe: <http://www.adb.org/Documents/Legal-Agreements/VIE/39595/39595-VIE-LBG.pdf>

Klimawandel gefährdet Entwicklung

Die Anpassungsagenda in Bali

Die Betroffenheit der Entwicklungsländer durch die Folgen des Klimawandels ist von der entwicklungspolitischen Agenda nicht mehr wegzudenken. Auch deshalb hat Anpassung an diese Folgen bei der UN-Klimakonferenz in Bali Anfang Dezember eine wichtige Rolle gespielt. Verschiedene Verhandlungsthemen standen in diesem Kontext auf der Agenda.

Ein Bali-Mandat für Verhandlungen zu einem Post-2012-Klimapakt muss zweifelsohne auch bei der Anpassung substantielle Punkte umfassen, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung von Anpassung in Entwicklungsländern, dem Capacity Building und dem Einbezug der Hauptbetroffenen. (Ergebnisse waren erst nach Redaktionsschluss dieses Rundbriefs zu erwarten). Im folgenden werden einige der konkreteren Verhandlungspunkte von Bali erläutert.

Nairobi-Arbeitsprogramm zu Anpassung

Mangelnde Erfahrung und Wissenslücken hinsichtlich der Konzeption, Planung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen gelten nach wie vor als ein Haupthindernis für die Bewältigung der entwicklungspolitischen Herausforderung Klimawandel. Um den Wissens- und Erfahrungsaustausch über Anpassungsplanungen und -strategien zu intensivieren, wurde bei der 2006er Konferenz das „Nairobi Work Programme on Impacts, Adaptation and Vulnerability“ verabschiedet und in Bali dessen weitere Umsetzung diskutiert. Seitdem wurden bereits eine Reihe von themenspezifischen und regionalen Anpassungs-Workshops durchgeführt. In gewisser Weise wird mit diesem Arbeitsprogramm partizipatorisches Neuland betreten. Denn im Prinzip hat eine sehr breite Anzahl von Akteuren die Möglichkeit, offiziell Stellungnahmen oder Berichte über eigene Projekterfahrungen einzugeben. Auch wenn das vielleicht trivial klingt, ist diese Öffnung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn die Anpassungsdebatte in der UN-Klimapolitik hat in den letzten Jahren unter einem hohen Maß an Komplexität gelitten, das zu wenig auf bereits existierenden Erfahrungen mit Anpassung im weiteren Sinne auf-

gebaut hat. Beispielsweise haben Organisationen wie das Rote Kreuz/Roter Halbmond langjährige Erfahrungen in der Vorsorge gegenüber Wetterkatastrophen, die zweifelsohne ein zentraler Baustein von zukünftigen Anpassungsstrategien sind, bisher aber im UNFCCC-Verhandlungskosmos wenig offizielle Beachtung fanden. Dieses Wissen bekommt nun ein stärkeres Gewicht, auch durch Expertennetzwerke mit privatwirtschaftlichem Einbezug wie der Munich Climate Insurance Initiative (MCII), der neben Germanwatch beispielsweise die Münchener Rückversicherung angehört. Das Nairobi-Arbeitsprogramm ist derzeit auf fünf Jahre, also bis zur Vertragsstaatenkonferenz 2010 angelegt. In dieser Zeit gilt es, deutliche Fortschritte bei der Behebung wesentlicher Wissenslücken zu machen, die dann für die Zeit nach 2012 eine deutlich besser fundierte Politikgrundlage legen sollten. Weitere Maßnahmen wurden in Bali diskutiert.

Kontroverse Diskussionen um den Adaptation Fund und die GEF

Der Mangel an Finanzierung verhindert bisher in mindestens genauso großem Maße eine effektive Anpassung wie die Wissenslücken. Mittelfristig wird mit Anpassungskosten in Entwicklungsländern in zweistelliger Milliardenhöhe gerechnet. Bisher haben die Industrieländer für die existierenden Fonds der Klimarahmenkonvention aber nur ca. 180 Millionen US\$ zugesagt. Die Frage, wie und durch wen die notwendigen Finanzen aufgebracht werden sollen, ist natürlich



auch bei den UN-Klimaverhandlungen ein heißes Thema, sehen doch gerade die besonders betroffenen Least Developed Countries (LDCs) die Industrieländer in der Bringschuld. Der im Kyoto-Protokoll verankerte Adaptation Fund ist hier als das potentiell wichtigste Instrument anzusehen. Er finanziert sich aus einer zweiprozentigen Abgabe auf die im Clean Development Mechanism (CDM) gehandelten Emissionsminderungszertifikaten aus Projekten in Entwicklungsländern. Dieser Marktmechanismus sorgt damit für Finanzströme, die, wie von vielen NGOs gefordert, zusätzlich zur offiziellen Entwicklungshilfe sind. Bis 2012 wird mit einem Finanzvolumen von mehreren Hundert Millionen Euro gerechnet. Da der CDM vermutlich in einem Post-2012-Abkommen an Bedeutung gewinnen wird – hoffentlich unter Beseitigung bestehender Anfangsdefizite – kann sich der Adaptation Fund mittelfristig zu einem wirklich kapitalkräftigen Finanzinstrument entwickeln. Doch noch ist dieser Fonds gar nicht operationalisiert, womit wir zu einer der zentralen Kontroversen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern in der UN-Klimapolitik der letzten Monate kommen, die auch in Bali auf der Agenda stand.

Worum geht es? In zweifacher Hinsicht um die Entscheidungsstrukturen.

Zum einen darum, welchem Akteur die konkrete Umsetzung obliegt. Die EU hat sich früh auf die Global Environment Facility (GEF) festgelegt. Diese steht allerdings von Seiten der Entwicklungsländer u.a. wegen der Handhabung der bisherigen Anpassungsfinanzierung aus anderen Finanztopfen in der Kritik. Zudem wird bei der weltbanknahen Institution der Einfluss der USA, die ja gar nicht dem Kyoto-Protokoll beigetreten sind, als viel zu bedeutend eingeschätzt.

Zum anderen geht es darum, wie und in welcher Zusammensetzung die Entscheidungen über die Mittelvergabe getroffen werden. Zwar hatte man sich bei der letztjährigen Klimakonferenz in Nairobi auf das Prinzip des „Ein Land, eine Stimme“ geeignet – im Gegensatz zu den Strukturen der GEF, wo auch die Höhe der finanziellen Beiträge über das Stimmengewicht entscheidet. Relevant ist hier aber auch die Besetzung des Entscheidungsgremiums. Von Seiten der Entwicklungsländer wird zum einen ein autonomes Gremium angestrebt, dessen Handlungsgrundlagen in den UN-Klimaverhandlungen beschlossen werden und das damit unabhängig von existierenden Strukturen ist, selbst wenn der Adaptation Fund mit Unterstützung des GEF-Sekretariates fungieren würde. Zum anderen wird eindeutig eine Mehrheit der Entwicklungsländer angestrebt, unter besonderer Berücksichtigung besonders betroffener Staaten wie der LDCs und der kleinen Inselstaaten.

Interessanterweise ist während der ersten Tage der Bali-Konferenz tatsächlich Bewegung in die Diskussionen gekommen. Die GEF hat deutlich gemacht, dass sie sich eine reine Sekretariatsrolle vorstellen könne, deren Funktion sich auf eine Zuarbeit zum Entscheidungsgremium beschränkt, ohne Einfluss auf die Ausrichtung der Aktivitäten, die Zustimmung zu Projektanträgen etc. Ein Teil der Bedenken der G77 ist damit zumindest entschärft worden. Ein Entwurfstext für eine Entscheidung während der ersten Woche, der eine Zusammenfassung der Positionen der G77 und der EU darstellte, ließ eine Einigung in Bali möglich erscheinen, ohne die Frage des Sekretariates zu klären. Prioritär ist, dass zunächst das Entscheidungsgremium zum AF, im Entwurf „Adaptation Fund Board“ betitelt,

seine Arbeit aufnehmen kann. Dieses kann dann möglicherweise selbst über das Sekretariat entscheiden. Der angesprochene Beschlussentwurf sieht auch eine hervorgehobene Rolle der LDCs und der kleinen Inselstaaten vor.

Angesichts der Perspektive, dass der AF möglicherweise ein milliarden-schweres Instrument werden wird, ist es nicht verwunderlich, dass es bei der Etablierung der notwendigen Strukturen „Machtkämpfe“ gibt. Zuerst die Entscheidungsstrukturen festzulegen, mit einer starken Position der Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls, und dann erst über die Sekretariatsfrage zu entscheiden, ist hier aus Sicht der meisten NGOs der richtige Weg. Hinsichtlich des finanziellen Umfangs ist aber auch über die Ausweitung der Abgabe auf den CDM auf andere Mechanismen und zusätzliche Instrumente wie z.B. eine Flugverkehrsabgabe zu diskutieren, denn alleine durch die CDM-Abgabe wird der AF nicht die notwendige Größenordnung generieren.

Stärkung der besonders Betroffenen als politische Schlüsselstrategie

Die Stärkung der durch die Folgen des Klimawandels besonders betroffenen Gemeinschaften ist nicht nur in Artikel 4.8 der Klimarahmenkonvention avisiert, sondern ist auch zentral, um, ganz im Sinne einer „anpassenden Entwicklung“, Synergieeffekte mit entwicklungspolitischen Zielen zu erreichen, wie sie beispielsweise in den Millennium Development Goals (MDGs) verankert sind. Während sich in der UN-Klimapolitik die Diskussionen bisher tendenziell auf Anpassungsmaßnahmen im engeren Sinne fokussiert haben, ist die allgemeine Verringerung der Vulnerabilität der Menschen und die Stärkung der Anpassungsfähigkeit durch eine integrierte Armutsbekämpfung von entwicklungspolitisch übergeordneter Bedeutung. Dies in den verschiedenen Instrumenten und Verhandlungssträngen – von der Finanzierung bis zu Maßnahmen des Technologietransfers – stärker zu verankern ist eine Schlüsselfrage. Das Nairobi-Arbeitsprogramm ist hier auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. In welcher Weise der Adaptation Fund als voraussichtlich zentrales Finanzinstrument diesem Aspekt Rechnung trägt, ist noch nicht eindeutig abzu-

sehen. Mindestens indirekt soll nicht-staatlichen Akteuren die Möglichkeit gegeben werden, Vorschläge für Anpassungsprojekte und -programme einzureichen. Angesichts der von vielen Ländern auch in den Klimaverhandlungen hoch gehaltenen Souveränität können möglicherweise nur Staaten Projektanträge einreichen, die aber explizit Projektvorschläge und das Wissen nichtstaatlicher Akteure einbeziehen können. Damit nicht bei irgendwann anstehenden Entscheidungen über die Mittelvergabe „reine“ Klimaanpassung gegen entwicklungsorientierte Maßnahmen ausgespielt werden, könnte auch die Aufteilung des AF in verschiedene Finanzierungsfenster, eines davon mit Entwicklungspriorität, ein Ansatz sein.

Komplexe Verhandlungsperspektive für die Anpassungsagenda

Im Vorfeld der Verhandlungen zeichneten sich vier „Building Blocks“ für ein Bali-Mandat ab: Emissionsminderung, Anpassung, Technologien und Finanzierung. Zwischen Anpassung und allen anderen Bereichen gibt es inhaltliche wie auch instrumentelle Querbeziehungen. Zudem laufen derzeit Verhandlungsprozesse auf der Konventionsebene und auf der Ebene des Kyoto-Protokolls. Die große Herausforderung eines Post-2012-Abkommens liegt damit zum einen darin, die Verbindungen zwischen Anpassung und den anderen Themenbereichen konkret in den Verhandlungsagenden zu adressieren, und zum anderen die Verhandlungsebenen idealerweise schon bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2008 zusammenzuführen. Das in der Vergangenheit eher sekundär behandelte Thema Anpassung ist auf der Agenda weit nach vorne gerutscht, zeichnet sich aber durch eine nicht minder komplexe Verhandlungsstruktur aus wie andere Unterthemen der Klimaverhandlungen. Ohne substantielle Fortschritte in diesem Bereich ist aber letztlich kaum ein Abkommen zu entwickeln, das auch die besonders betroffenen Länder als fair und gerecht empfinden und dem sie schließlich zustimmen. Die Arbeit daran wird in Bali erst beginnen. 

Sven Harmeling

Der Autor ist Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch.

Themen & AGs

Kabarett in Montreal

Die Verhandlungen für ein internationales Regime zum gerechten Vorteilsausgleich treten auf der Stelle

Fast 600 Vertreter und Vertreterinnen von Mitgliedsstaaten der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD), indigenen Völkern, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Industrie trafen sich vom 12.- 17. Oktober in Montreal, um über ein neues, internationales Regime zum gerechten Vorteilsausgleich zu verhandeln – oder auch nur zu reden.

Ob sich die weite Reise für alle gelohnt hat, ist fraglich. Strittig ist bereits, ob tatsächlich verhandelt werden soll. Das wollen die Entwicklungsländer. Eine Reihe von Industrieländern (Australien, Japan, Kanada, Neuseeland) hingegen will explizit nicht verhandeln. Australien etwa erklärte in Montreal, man halte die gesamte Übung für unsinnig. Andere Industrieländer (Norwegen, die Schweiz und neuerdings auch die EU) wollen wenigstens ein bisschen verhandeln; mit anderen Worten: Verhandlungen ja, aber nicht über alles.

Der Sinn der Übung: Biopiraterie verhindern

Worum geht es eigentlich? Die Ressourcen sind global wieder einmal ungerecht verteilt: während die Hot Spots der biologischen Vielfalt in Entwicklungsländern liegen, verfügen die Industrieländer über das wissenschaftliche, technische und ökonomische Know-how, aus den genetischen Ressourcen und dem traditionellen Wissen des Südens marktfähige Produkte herzustellen: Kosmetika, Medikamente, Nahrungsergänzungsmittel, Saatgut, etc.

Bislang tun sie dies, ohne, wie es die Konvention über die biologische Vielfalt eigentlich vorsieht, diejenigen, die genetische Ressourcen und traditionelles Wissen zur Verfügung stellen, um Erlaubnis zu fragen und an den Gewinnen zu beteiligen. Solche Biopiraterie soll mit Hilfe des internationalen Regimes unterbunden werden.

Viele Regierungen aus Entwicklungsländern verbinden mit dem internationalen Regime die Hoffnung, ihre Staatsfinanzen aufbessern zu können. Tatsächlich ist auch kaum etwas dagegen zu sagen, wenn die öffentliche Entwicklungshilfe aus Steuergeldern durch private Mittel von Unterneh-

men ergänzt wird, die aus der Vielfalt der genetischen Ressourcen und dem traditionellen Wissen der Entwicklungsländer Nutzen ziehen. Dass die betroffenen Unternehmen das anders sehen mögen, ist nachvollziehbar.

Aus Sicht von Nichtregierungsorganisationen geht es insbesondere auch darum, die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften zu stärken. Die Nutzung ihres Wissens und ihrer genetischen Ressourcen soll von ihrer freien und vorherigen Zustimmung abhängig gemacht werden, sie sollen an den Gewinnen, die aus dieser Nutzung entstehen, in fairer und gerechter Weise beteiligt werden. Die im September 2007 von der Generalversammlung verabschiedete UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker ist dafür eine wichtige Stütze.

Was bisher geschah

Aus der Konfliktlage zwischen Nord und Süd ergibt sich, dass die Entwicklungsländer tendenziell für eine verbindliche Regelung sind, die Profiteure von Biopiraterie, die Industrieländer, die Angelegenheit lieber ganz auf sich beruhen lassen oder aber nicht ganz so konsequent regeln würden.

Im Jahre 2002 verständigten sich die UN-Mitglieder beim Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg darauf, ein neues internationales Regime zur Verhinderung von Biopiraterie unter dem Dach der CBD zu verhandeln. Auf ein entsprechendes Mandat einigte man sich bei der Vertragsstaatenkonferenz (COP-7) 2004 in Malaysia. Allerdings hatten es die Gegner des Regimes vermocht, in dem Verhandlungsauftrag genügend Ansatzpunkte unterzubringen, um das Vorhaben von innen aushöhlen zu können.

2006 im spanischen Granada gelang es ihnen nicht mehr, einen Text zu ver-

hindern, der schon sehr nach Verhandlungsdokument aussah. Bei COP-8 einige Wochen später im brasilianischen Curitiba erreichten die Entwicklungsländer, dass der Granada-Text als die einzige Grundlage für die weiteren Verhandlungen auf dem Tisch blieb.

Neues aus der Anstalt

In Montreal im Oktober 2007 erklärte Australien rundheraus, sie hätten niemals ein internationales Regime gewollt, und würden nichts zulassen, was völkerrechtlich verbindlich sei. Was dann folgte, war hart an der Grenze absurden Theaters, ein Beweis dafür, dass die Wirklichkeit dem politischen Kabarett mitunter in nichts nachsteht.

Nachdem man sich zu Beginn der Woche nicht auf den Granada-Text als Verhandlungsgrundlage hatte einigen können, legten die beiden Vorsitzenden, Fernando Casas aus Kolumbien und Tim Hodges aus Kanada, zum Ende der Woche zwei Papiere vor, die insgesamt wenig Neues enthielten. Das eine versuchte, die Debatte der Woche, mit Blick auf Konsens und Dissens noch einmal anders zu strukturieren. Das andere enthielt konkrete Vorschläge der Vertragsstaaten, die nach Auffassung der Vorsitzenden von zentraler Bedeutung waren.

Die beiden Papiere der Vorsitzenden sollten dem Konferenzbericht angehängt und so zur Grundlage für die nächste Sitzung Ende Januar in Genf gemacht werden. Dagegen wandte sich jedoch Australien vehement. Die Verhandlungen wurden mehrfach unterbrochen, informelle Konsultationen sollten das Problem lösen.

Die hohe Kunst der Diplomatie gebar schließlich, dass die Papiere für die kommenden Verhandlungen genutzt werden sollen. Aber nicht als Anhang sondern lediglich als sogenannte Informationsdokumente. Damit waren die Papiere abgewertet, Australien hatte sich durchgesetzt – beinahe. Denn es wurde auch beschlossen, dass die Papiere – für Informationsdokumente unüblich – in die sechs UN-Sprachen übersetzt werden sollten – womit wieder ein Schatten auf den australischen Sieg fiel.

Ob solche diplomatischen Ränke-spielchen wirklich wichtig sind, darf bezweifelt werden. Aus NRO-Sicht suchte man ohnehin verzweifelt nach dem Licht im Dunkel der Verhandlungen von Montreal: der Streit über den

Status eines Papiers, dessen Inhalt eigentlich alles andere als sensationell ist, ist nur vor dem Hintergrund des taktischen Geplänkels einiger Staaten zu verstehen, die nichts anderes im Sinn haben, als die Verhandlungen zu verzögern und schließlich ins Leere laufen zu lassen.

Von Montreal über Genf nach Bonn
Zu dieser Gruppe gehört die EU nicht mehr. Sie setzt sich, und das ist durchaus als Politikwechsel zu bewerten, inzwischen für ein internationales Regime ein. Allerdings – und damit

befindet sie sich grob auf einer Linie mit anderen Industriestaaten wie Norwegen und der Schweiz – weigert sie sich, über die Anpassung des Patentrechts an die Ziele und Regeln der CBD zu verhandeln. Das unterscheidet die europäische Position von den Entwicklungsländern, die just in dieser Frage die Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit des gesamten Unterfangens sehen.

Wie dieser Konflikt zwischen Totalverweigerern, Befürwortern strenger Regulierung und einer Mittelposition, die zumindest etwas regulieren will,

aufgelöst werden kann, scheint zurzeit unklar. Die Bundesregierung als Gastgeber von COP-9, die vom 19.-30. Mai 2008 in Bonn stattfindet, trägt hier eine besondere Verantwortung. Um ihre Aufgabe ist sie indes nicht zu beneiden: es gilt, Brücken zu bauen, ohne auf Australien zuzugehen.



Mute Schimpf/Michael Frein

Mute Schimpf ist Referentin bei Misereor, Michael Frein arbeitet beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und ist Sprecher des Forums Umwelt und Entwicklung.

Weltweites Haftungsregime für GVO-Schäden

Verzögerungsstrategien in Montreal

Eine Woche vor der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt im Mai 2008 in Bonn wird das Treffen der Vertragsstaaten ihres Tochterprotokolls sein, des Kartagena Protokolls über biologische Sicherheit. Solch ein Riesen-Treffen fängt mit seinen Tausenden von Teilnehmern nicht bei Null an. Man baut auf Entwürfen auf, die in Vorverhandlungen erarbeitet werden.

Das Protokoll hat die Ausarbeitung und Verabschiedung der genauen Bestimmungen für seinen Artikel 27 zu Haftung und Wiedergutmachung um vier Jahre verschoben. Die vier Jahre waren 2007 um. Es gab auch schon Schadensfälle durch Starlink und LL601. Es ging um eine dringende Aufgabe beim Treffen der „Arbeitsgruppe von juristischen und technischen Experten zu Haftung und Wiedergutmachung“, die sich im Oktober in Montreal traf¹,². Ein weiteres Treffen wird im März in Bogota sein.

Man müsste sich eigentlich sehr sputen. Das taten aber einige nicht. Eine Gruppe von Ländern sabotiert den Erarbeitungsprozess, dazu gehören Japan, Australien, Neuseeland, Mexiko, in milderer Form Kanada, Paraguay, Südafrika und Brasilien. Im Hintergrund immer der große Nicht-Vertragsstaat USA. Man wolle „concise“ Text, knappen und bündigen Text. Es gab Textentwürfe knapp bis zur Inhaltslosigkeit. Man finde freiwillige Vereinbarungen viel effektiver,

effizienter und flexibler. Wohl so flexibel, dass sich GVO-Produzenten und -händler Gewinnmaximierung ohne Reue zurecht biegen können. Obwohl über die Notwendigkeit von Haftung schon im Jahre 2000 entschieden worden war, wollen manche noch einmal Erfahrungen sammeln und prüfen, ob es diesen Bedarf tatsächlich gebe. Die Europäer schlugen z.B. vor,

bis 2014 studienanfertigend abzuwarten und dann erst den nächsten Schritt zu gehen. Andere wollen Schäden, die mit natürlichen und evolutionären Schritten verknüpft sind, von der Haftung als „Act of God, d.h. höhere Gewalt“ ausschließen. Damit würde man die meisten GVO-Schäden aus der Regelung hinauskippen. Wenn diese Technologie das Erbgut destabilisiert, dann können die Folgen davon nicht „Act of God“ genannt werden, es sei den man meint die „Götter in den Labors“. Besonders eifrige Vertreter fand die GVO-Lobby in den Wissenschaftlern des PRRI (Public Research and Regulation Initiative), die den Artikel 27 auf Null zurückreden wollten.

Eine Gruppe von Ländern sabotiert den Erarbeitungsprozess.

Zivilgesellschaft trägt zum „starken“ Entwurf bei

Doch der Entwurf steht. Mit jeweils einer „schwachen“ und einer „starken“ Option geht er in die nächste Verhandlungsrunde. Die starke Option wurde kompetent verteidigt durch Länder wie Malaysia für einen Großteil der Entwicklungsländer verhandelnd, Liberia für die ganze Gruppe der afrikanischen Staaten, Norwegen und die Schweiz. Es waren nur wenige NRO-Teilnehmer da, doch gut vorbereitet. Greenpeace International hatte einen Protokollentwurf vorgelegt, der in Zusammenarbeit mit Third World Network, Friends of the Earth International, Ecoropa, EED und Washington Biotech Action Council an vielen Stellen zum „starken“ Entwurf beitrug. In einem Treffen der NGOs mit EU-Vertretern wurde noch einmal die Zweischritte-Strategie der EU kritisiert. Bis zum März muss die EU ihre Verzögerungs-Position abgelegt haben.

Reiche, die in starken Staaten leben, können sich teure zivilrechtliche Haftungsprozesse allenfalls leisten. Die armen Länder und die armen möglichen Opfer brauchen dringend ein internationales gesetzlich bindendes Haftungsregime. Das sagen sie mit aller Klarheit.



Christine von Weizsäcker

Die Autorin ist Präsidentin von Ecoropa mit einem Schwerpunkt auf Biodiversitäts- und Biosicherheitsverhandlungen.

¹ Offizieller Bericht unter [HYPERLINK "http://www.cbd.int/doc/meeting.aspx?mtg=BSWGLR-04"](http://www.cbd.int/doc/meeting.aspx?mtg=BSWGLR-04) <http://www.cbd.int/doc/meeting.aspx?mtg=BSWGLR-04>
² Tagesberichte und Schlussbericht des Earth Negotiations Bulletin unter [HYPERLINK "http://www.iisd.ca/biodiv/wglr4/"](http://www.iisd.ca/biodiv/wglr4/) <http://www.iisd.ca/biodiv/wglr4/>

Globaler Aktionsplan zur Erhaltung von Nutztier-rassen beschlossen

Vom 1.-7. September 2007 fand in Interlaken/Schweiz die Erste Technische Konferenz der FAO über tiergenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft statt. Hier wurde ein Globaler Aktionsplan zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Rassen beschlossen.

Nutztier-rassen gehen immer schneller verloren. Seit der Jahrhundertwende sind schon fast 10 Prozent der knapp 8000 bei der FAO dokumentierten Rassen verschwunden; weitere 20% sind unmittelbar vom Aussterben bedroht.

Die FAO-Mitgliedsstaaten haben daher nach einem mehrjährigen Vorbereitungsprozess mit Länderberichten und wissenschaftlichen Studien einen Globalen Aktionsplan¹ beschlossen. Ziel ist die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Rassen. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich unter anderem, die Rassen in ihren Ländern zu charakterisieren, das Verlustrisiko zu überwachen, Erhaltungsmaßnahmen anzustoßen, und eine nachhaltige Nutzung zu unterstützen. Rechtlich bindend ist der Plan jedoch nicht, und Mittelzusagen fehlen völlig. Der Erfolg hängt davon ab, wie er umgesetzt wird. Auch wenn Regierungen und Wissenschaftler die Notwendigkeit der Erhaltung durch Nutzung der Rassen in den lokalen Gemeinschaften erkennen, bevorzugen sie die Konservierung von tiefgefrorenem Sperma und anderem genetischen Material. Wachsende Probleme von Tierseuchen und Klimawandel haben zur Nachfrage nach schnellem Zugriff für Notfälle und Anpassung der Tier-Genetik geführt.

Zivilgesellschaft fordert Rechte der tierhaltenden Gemeinschaften ein

Außerdem reagiert der Plan nicht auf die Hauptursache des Rassenschwundes, nämlich die Verdrängung der Vielfalt durch die sich schnell konzentrierende Tierzuchtindustrie² – ein Punkt, der von der Zivilgesellschaft auf einem parallelen Forum im nahen Wilderswil kritisiert wurde³. In den Entwicklungsländern verbreiten sich die wenigen hochgezüchteten industriellen Linien von Hühnern, Schwei-

nen und Milchkühen schneller denn je, wie der ebenfalls in Interlaken präsentierte Weltzustandsbericht über tiergenetische Ressourcen konstatiert. Handelsliberalisierung, Vertragsproduktion, Keulungen und Subventionen tragen unter anderem dazu bei, dass Kleinbauern und Pastoralisten mehr und mehr in Nischenmärkte oder gänzlich verdrängt werden. Zwar erkennt der Globale Aktionsplan die Rolle der lokalen Gemeinschaften bei der Züchtung der Rassen an, gesteht

ihnen jedoch nicht die zur Fortführung ihrer Arbeit notwendigen Rechte zu. Diese Rechte der tierhaltenden Gemeinschaften umfassen das Recht auf eigene Züchtungsentscheidungen, den Zugang zu den notwendigen Produktionsressourcen, und ihre Teilhabe an den entsprechenden politischen Entscheidungen. Erst wenn die Regierungen den lokalen Gemeinschaften ihre Rolle als Schlüsselakteure, nicht nur als Umsetzer des Globalen Aktionsplanes zugestehen, hat der Plan eine Chance, seine Ziele zu erfüllen.



Susanne Gura

Die Autorin hat für die Liga für Hirtenvölker und Nachhaltige Viehwirtschaft (LPP) das Wilderswil-Forum vorbereitet und ist eine der Koordinatorinnen der AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt und Entwicklung.

1 s. www.fao.org

2 Susanne Gura (2007): *Das Tierzucht-Monopoly. Konzentration und Aneignungsstrategien einer aufsteigenden Macht in der globalen Ernährungswirtschaft.* (deutsche, überarbeitete Fassung) <http://www.pastoralpeoples.org>

3 Erklärung von Wilderswil, s. www.swissaid.ch

FAO: Vor dem größten Fall von institutioneller Biopiraterie

„Wir stehen vor dem größten institutionellen Biopiraterie-Fall der Geschichte“, so warnte Andrew Mushita vom Community Biodiversity Development and Conservation Network die Delegierten der Zweiten Sitzung des Lenkungsorgans des Internationalen Saatgutvertrages vom 29. Oktober bis 2. November 2007 in Rom. Die multinationalen Saatgutkonzerne könnten das rechtlich bindende Regime nutzen, um Zugang zu Saatgut zu erhalten, ohne dass die Saatgut-Erhaltung durch Bauern in den Genuss des Vorteilsausgleiches kommt. Denn für das zur Implementierung des Saatgutvertrages nötige Sekretariat standen zunächst keine Mittel zur Verfügung. Am Ende der Konferenz wurde zwar das Arbeitsprogramm und Budget des Sekretariates bewilligt, und einige Länder stellten freiwillig Mittel für zwei Jahre zur Verfügung, auch eine Fundraising-Strategie soll erarbeitet werden, aber auf Regeln zur verlässlichen Finanzierung des Sekretariates konnten sich die 115 Unterzeichnerstaaten nicht einigen. Für die Erhaltung in Genbanken stehen hingegen

durch den Globalen Nutzpflanzenfonds Mittel bereit. Die ebenso wichtige Erhaltung durch die Bauern soll erst durch den Vorteilsausgleich finanziert werden; derartige Gelder können erst dann fließen, wenn Patente erteilt worden sind. Der Saatgutvertrag umfasst 37 Nahrungs- und Futterpflanzenarten in den Unterzeichnerstaaten. Täglich werden mehrere tausend Saatgutproben abgegeben. Die Industrie verkauft jährlich Saatgut im Wert von 23 Milliarden US Dollar.

Positiv ist die von der G77 erfolgreich eingebrachte Resolution, die die Rolle der Landwirte und die Bedeutung der Farmers' Rights bei der Erhaltung der pflanzengenetischen Ressourcen heraushebt. Dieser Beschluss erlaubt den Unterzeichnerstaaten, dazu bis zur Dritten Sitzung in 2009 Erfahrungsberichte über Farmers' Rights einzureichen, bei deren Erstellung die Betroffenen mitwirken können. Die Bauern führen die weitaus umfangreichste Erhaltungsarbeit durch. Während die Sortenschutz-Vereinigung UPOV in den vergangenen Jahrzehnten lediglich 70.000 Sorten (eigentumsrechtlich) geschützt hat, züchten Bauern ca eine Million Sorten pro Jahr.

Wie Super sind die Supermärkte?

Diskussion um die neuen Wertschöpfungsketten und die Chancen für die Bauern

Die FAO hat die Brisanz der Tatsache erkannt, dass auch die Binnenmärkte für Lebensmittel in Entwicklungsländern zunehmend von Supermärkten übernommen werden. Was in den Industrieländern 30 Jahre gedauert hat, läuft in Lateinamerika, Asien und einigen afrikanischen Ländern in Windeseile ab.

Viele der Supermärkte sind multinationale Firmen. Aber was entscheidender ist: ihr spezielles System der Belieferung. Sie stellen darauf ab, ihre Zulieferer unter Vertrag zu nehmen. Dann können sie die speziellen Anforderungen an Qualität, Sicherheit, Aussehen, Verpackung, Mengen, Preise und Lieferzeitpunkt viel besser kontrollieren. Die Zulieferer – die die Bedingungen an die Bauern weitergeben – werden in ein enges Netz von Konditionen eingebunden. Das System ist auf Exklusivität durch Ausschluss angelegt. Wo bleibt dabei die Masse der Kleinbauern, denen es vorne und hinten fehlt, um den Bedingungen gerecht zu werden: Bildung, Informationen, Kommunikationsmittel, Kapital, Unternehmereigenschaften, Mindestbelieferungsmengen, etc.?

Chance oder Bedrohung?

Sind die Supermärkte eine Chance für Bauern, wie es der Weltentwicklungsbericht 2008 vor allem sieht, oder sind sie eine Bedrohung? Darum ging es bei der Tagung am 18.10. in Berlin, und darum geht es bei der Studie, die vom Forum veröffentlicht wurde¹ und die Marita Wiggerthale für den EED angefertigt hat.

Aber nicht nur Bauern sind von den Supermärkten in ihrer Existenz bedroht. Wütende Kleinhändler haben in Indien neu eröffnete Niederlassungen der indischen Supermarktkette Reliance in Utar Pradesh gestürmt und zerstört. Auch sie werden arbeits-

los. Ersetzt doch eine Arbeitskraft im Supermarkt rd. 5 Arbeitskräfte im traditionellen Handel. Die Kleinhändler und Mittelmänner, bisher eine wenig geliebte Gruppe von Wucherern und Plünderern der Bauern, werden plötzlich die Guten, die zusammen mit den Bauern um ihre Unabhängigkeit und Lebensgrundlagen kämpfen. Die Großmärkte, auf denen die ungeplanten Überschüsse der Bauern angehäuft werden, werden zur strategischen Alternative der Supermärkte. Die Zeichen haben sich verkehrt, die alten Grenzziehungen gelten nicht mehr.

Bob Vorley, der ein großes Forschungsprojekt des IIEE in 8 Entwicklungsländern zu Supermärkten leitet, sieht das Vordringen der Supermärkte zwar auch kritisch, will sie aber als Partner in der Entwicklung gewinnen. Er setzt alle Hoffnung darauf, dass die Firmen selbst zu der Erkenntnis kommen, es sei besser mit den Kleinbauernorganisationen zu arbeiten, als an ihnen vorbei eigene Versorgungskanäle aufzubauen.

Solomon Asfaw, Wissenschaftler aus Kenia, hat Untersuchungen über Gemüsebauern in Kenia gemacht, die unter dem hohen Standard euro-

päischer Händler produzieren und EUREPGAP anwenden. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Kosten der Einhaltung dieses hohen Standards für die Bauern enorm sind. Je größer der Betrieb, desto geringer die Kosten pro gelieferter Einheit. Er fragt nach Alternativen zu der aufwändigen Marktintegration.

Die GTZ hilft den Bauern dabei, sich in das Supermarktmodell zu integrieren. Peter Haarbeck vom Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels befürwortet die Globalisierung, globale Qualitätsstandards und Supermarktketten uneingeschränkt, und er sieht in ihnen sehr viel mehr Chancen für die Erzeuger in Entwicklungsländern als Gefahren. Christine Chemnitz hat unter Tomatenbauern in Marokko geforscht, die für den europäischen Markt nach europäischen Supermarktstandards produzieren. Sie zeigte enorme Konzentrationsprozesse innerhalb der Landwirtschaft als Folge der Qualitätsstandards auf. Myriam van der Stichele tritt für einen Widerstand gegen das Vordringen der Supermärkte ein.

Erfolgreiche Strategien?

Eine allgemeine Antwort auf die Frage, ob Anpassung, Alternativen oder Widerstand die richtige Strategie zu Supermärkten ist, konnte es nicht geben. Das hängt auch von den spezifischen Gegebenheiten in einem Land ab. Dort, wo die Regierung kleinbauernfreundlich ist, wird der bewusste und geförderte Einbezug von kleinen Bauern auch von Staatsseite aus mitforciert. Das ist z.B. in Indonesien der Fall, wo Carrefour auch kleinen Handelspartnern Regalplatz überlassen hat. Wenn nur genügend Druck für ein armutsminderndes Beschaffungssystem gemacht wird, dann führt das auch zu Erfolg.


Rudolf Buntzel

Der Autor ist Beauftragter für Welternährungsfragen beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und koordiniert die AG Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung.

¹ Die Studie kann heruntergeladen werden unter: http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/publikationen/le_2007_supermarktstudie.pdf



Legt den Heuschrecken Fesseln an

Hypothekenkrise in den USA und ihre Folgen

In diesem Sommer ist in den USA die Spekulationsblase aus überbewerteten Häusern, faulen Hypotheken und undurchsichtigen Wertpapieren geplatzt. Welche Schussfolgerungen sind zu ziehen?

Vordergründig ist der Hypothekenmarkt in den USA zusammengebrochen, weil Leuten mit geringem Einkommen von spezialisierten Agenturen im großen Umfang teure Hauskredite angedreht wurden. Langfristige Zinsbindungen gibt es dabei nicht. Schon nach zwei Jahren schlägt die Zinsfalle zu.

Unter- und Mittelschichten verschuldeten sich für die eigene Versorgung, aber auch, weil sie an den boomenden Hauspreisen mitverdienen wollten. Seit 2004 lag die jährliche Steigerungsrate für Hauspreise in den USA bei über 12 %. Der Umfang schlecht abgesicherter Hypothekenkredite (English: „Subprime“) vervierfachte sich zwischen 2002 und 2006.

Das war nur möglich, weil Banken oder Kreditvermittler die Risiken heutzutage gar nicht im eigenen Haus halten. Über weltweit gehandelte „Verbriefungen“ entziehen sie sich den Eigenkapitalvorschriften. Dabei werden schlechte und gute Kredite munter gemischt. Vor allem Hedge-Fonds spekulierten mit diesen Verbriefungen. Sie versprachen

den Anlegern - u.a. den privaten Pensionsfonds aber auch wiederum den Banken - zeitweise hohe Gewinne. Auch die privaten Ratingagenturen versagten, weil sie Teil dieses Systems sind.

Der labile Turm angehäufter unbekannter Risiken musste irgendwann einstürzen. Seit 2005 stiegen die Zinsen, 2006 begannen die Hauspreisteigerungen steil abzustürzen. Die Zinserhöhungen schlugen unmittelbar auf die armen Spekulanten durch. Zwangsversteigerungen nahmen zu, mit der Folge, dass die Deutsche Bank in der Arbeitslosenmetropole Cleveland zum größten Besitzer von Bankrott-Immobilien aufstieg. In den USA drohen nun zwei Millionen Zwangs-

versteigerungen und eine Million Zwangsräumungen.

Schnell wurden große Teile der internationalen Finanzwirtschaft erfasst. Aus Angst, sich weiter zu verspekulieren, drehten die Fonds-Finanzierer den Geldhahn zu. Mit der Folge, dass noch mehr Fonds ins Schleudern gerieten. Besonders peinlich ist, dass ausgerechnet deutsche Landesbanken besonders unvorsichtig spekuliert haben. TC "Folgen für den Wohnungsmarkt in Deutschland"

Folgen für den Wohnungsmarkt in Deutschland

Auch am deutschen Markt hatten die Private-Equity-Fonds ihre Aussichten auf lukrative Einzelprivatisierungen oder die wohlfeile Flucht in REITs (Real Estate Investment Trusts) und an die Börsen überschätzt. Die Kurse der börsennotierten Immobiliengesellschaften sind gefallen. Private-Equity-Fonds erhalten für Großübernahmen von Wohnungsunternehmen schlechter Kredite. Es

kommt vermehrt zu Weiterverkäufen von Unternehmen. Es ist auch davon auszugehen, dass jetzt in der Regel noch weniger in die übernommenen Wohnungsbestände investiert wird.

Manche Fonds, wie die Deutsche Annington/Terra Firma, haben Riesepakete zu hohen Preisen erworben. Jetzt gibt es für sie keinen Weg zurück. Bei beibehaltener Wachstumsorientierung kalkulieren sie wesentlich vorsichtiger. An die Stelle schneller „Exits“ ist einstweilen die sorgfältige „Optimierung“ der übernommenen Unternehmen getreten.

Die jetzt gesunkenen Preise für Wohnungsbestände kommen der Branche entgegen, ermöglichen aber auch anderen Anbietern, mitzuhal-

ten. Offene und geschlossene Immobilienfonds werden wieder attraktiver und bei dem Verkauf der landeseigenen LEG NRW bieten auf einmal auch Kommunen mit.

Ansonsten ist der eigentliche Wohnungsmarkt in Deutschland bislang aber nur begrenzt von der Subprime-Krise betroffen. Das liegt auch daran, dass man bei uns meistens nicht gezwungen ist, sich für eine Wohnung zu überschulden. Noch gibt es einen großen Mietwohnungssektor, und Eigenheime werden über Bausparkassen und langfristige Kredite finanziert. Noch.

In Deutschland steht zum nächsten Jahr die Steuererleichterung bei der Ausschüttung von bis zu 88 Mrd. Euro aus Eigenkapitalreserven der ehemaligen gemeinnützigen oder staatseigenen Wohnungswirtschaft an. Die Branche frohlockt. Der Steuerflüchtling GAGFAH (Fortress) will aus dem Luxemburger Exil zurückkehren.

Längst stehen auch die Bausparkassen unter Konkurrenzdruck von Anbietern sogenannter „alternativer Finanzierungen“, die notfalls hundert Prozent der Immobilie beleihen.

Es gibt weitere Faktoren, die einer Heuschrecken-Entwarnung widersprechen: Nach dem Zusammenbruch des Subprime-Marktes in den USA wird die Risikostreuung in relativ sichere deutsche Immobilien attraktiver. Auch in den USA wird inzwischen schon vermehrt in Mietimmobilien investiert. Bereits vor der Subprime-Krise hatten sich die Private-Equity-Fonds auf mittelständische Unternehmen kapriziert. Und davon gibt es auf den deutschen Wohnungsmärkten potentiell noch eine ganze Menge.

Nach wie vor wollen sich Städte an dem Verkauf ihrer Wohnungen gesund stoßen. In Halle wird die Stadt von der Kommunalaufsicht dazu gezwungen. Auch die Wirtschaftslage in vielen öffentlichen Unternehmen und in Genossenschaften spricht für weitere Verkäufe: Die öffentlichen Unternehmen stehen unter dem massiven Renditedruck ihrer Anteilseigner.

Dabei sind die öffentlichen Wohnungsbestände oft veraltet und vernachlässigt. Zukunft versprechen sich Wohnungsunternehmen nur, wenn sie sich an eine etwas zahlungskräftigere Kundschaft heran pirschen. Dafür muss aber kräftig investiert werden. Und das, obwohl den kleineren Un-

Nach wie vor wollen sich Städte an dem Verkauf ihrer Wohnungen gesund stoßen.

ternehmen die schlechten Kreditratings von Basel II im Nacken sitzen. Um schnell das Eigenkapital für die Finanzierung der Investitionen aufzutreiben, verkaufen Öffentliche und Genossenschaften Wohnungen aus ihrem Bestand. So geschehen z.B. bei der Hattinger Genossenschaft HWG, die über 550 Wohnungen an Privatinvestoren veräußert.

Wohnungs- und finanzpolitische Antworten

Je mehr Wohnungen unter die Kontrolle der Fonds und ihrer Finanzierungspraktiken geraten, desto unsicherer wird der Wohnungsmarkt in Deutschland. Es ist also wichtig, die noch verbliebenen öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbestände gegen die Übernahme durch den Finanzmarkt zu verteidigen.

Das alleine freilich reicht nicht aus. Denn die öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen sind oft unterkapitalisiert, neigen zur Übernahme der Mentalität und der Methoden der freien Wohnungswirtschaft und hängen immer mehr an den liberalisierten Finanzierungsstrukturen.

Wenn man den öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungssektor als Alternative zur finanzmarktgetriebenen Immobilienspekulation erhalten oder gar ausbauen will, braucht man dreierlei: Vom globalisierten Finanzmarkt getrennte Finanzierungsquellen, eine alternative Unternehmenskultur und einen rechtlichen Rahmen, der öffentliche Vorteile gegen Leistungen im Interesse der Öffentlichkeit gewährt.

Beim letzten Punkt könnte man an die inzwischen verdrängte Diskussion um eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit anknüpfen. Eine erneuerte gemeinnützige Wohnungswirtschaft müsste spezifische Leistungen erbringen, die von der finanzmarktgetriebenen Wohnungswirtschaft nicht zu erwarten sind. Dazu gehört die Versorgung einkommensarmer Haushalte ebenso wie soziale Integration in den Nachbarschaften und sozial-ökologische städtebauliche Innovation, natürlich vor allem auch Klimaschutz. Ein neuer „dritter Sektor“ müsste aber auch wirtschaftlich leistungsfähig sein, damit er unter den heutigen Bedingungen überhaupt Chancen hat und einen

nachhaltig korrigierenden Einfluss auf die Märkte entwickeln kann. Mit einem „Wohnungsbau für Arme“ ist es da nicht getan. Es geht durchaus um „breite Schichten der Bevölkerung“, womit wir uns allerdings im Widerspruch zur neoliberalen Orientierung der EU-Kommission befinden, die den gemeinnützigen Sektor z.B. in Schweden massiv unter Druck setzt.

Um leistungsfähig im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu werden, müsste der intransparente Einfluss lokaler Amts- und Würdenträger, der jetzt nicht wenige kommunale Wohnungsunternehmen beherrscht, beschränkt werden. Die Verschwiegenheits- und Treuepflicht von GmbH-Aufsichtsräten ist mit dem Verständnis eines demokratischen Sektors nur schwer vereinbar.

Die Bewirtschaftung von Wohnraum ist eine so anspruchsvolle Aufgabe, dass eigene Ausbildungsgänge verlangt werden müssten, wie der Zittauer Wohnungswirtschaftler Stefan Kofner¹ immer wieder betont. Von ihm stammt auch die einzige aktuellere Überlegung für einen alternativen Wohnungssektor. „Housing Investment Trust“ nennt er das von einem (allerdings gescheiterten) britischen Vorstoß inspirierte Modell: Steuersubventionierte ethische Anlage-Fonds treten dabei als Mit-Anteilseigner lokaler oder regionaler Wohnungsunternehmen auf. Sie verschaffen ihnen notwendiges Eigenkapital, aber auch Professionalität. Die Manager dieser Trusts sind zugleich die Elite einer neuen Berufsgruppe von sozialen Wohnungsbewirtschaftern.

Dieses wie andere denkbare Modelle werden natürlich nur zu politischen Optionen, wenn erstens ein politischer Konsens entsteht, einen vor dem globalen Finanzmarkt geschützten Wohnungssektor zu schaffen und wenn zweitens die erforderlichen öffentlichen Mittel bereitgestellt werden. Das setzt voraus, dass man die gigantisch gewachsenen Finanzmärkte angemessen besteuert.

Gegenwärtig werden die Fondsgesellschaften weder kontrolliert noch hinreichend steuerlich zur Kasse gebeten. Zaghafte Diskussionsansätze zu einer Selbstverpflichtung zu mehr Transparenz wie beim letzten G8-Gipfel werden vom Klein-Klein der

fortgesetzten Liberalisierung und Steuerbegünstigung auf EU- und Bundesebene hintertrieben. Es ist notwendig, in dieser Situation zuzuspitzen und zum Beispiel - wie WEED und ATTAC - die Schließung der steuerfreien Offshore-Zentren, an denen die Hedge-Fonds ihre Briefkästen haben, zu fordern. Auch der Vorschlag, die Hedge-Fonds wie Glücksspiele zu behandeln und nur unter strenger öffentlicher Kontrolle in speziellen „Kasinos“ zu erlauben, ist nicht nur plakativ, sondern auch konsequent.

Würde es gelingen, zu solchen Vorschlägen eine wirksame Debatte auszulösen, könnte man auch Boden gewinnen, um zahlreiche weitere Reformvorschläge, die zum Beispiel Jörg Huffs Schmid² ausgearbeitet hat, auf die Tagesordnung zu setzen. Für Forderungen wie eine Überprüfung der Basel II-Kriterien zu Gunsten von Unternehmungen, die auch nachhaltige und soziale Sicherheiten bieten, könnte man auch große Teile der Wohnungswirtschaft als Bündnispartner gewinnen.

Gerade weil Realien wie Häuser und Grundstücke betroffen sind, eignet sich die Subprime-Krise dazu, den global und lokal destruktiven Wahnwitz der Finanzmarktökonomie aufzuzeigen. Die nicht zuletzt von den Gewerkschaften voran getriebene Kritik an Private-Equity- und Hedge-Fonds ist durch die Mieterbewegung ja bereits auf den Wohnungssektor ausgedehnt worden. Es entwickeln sich in Deutschland Konturen eines anti-hegemonialen Potentials, das auch international Einfluss auf die Kräfteverhältnisse gewinnen kann. Zumindest auf EU-Ebene sollte es möglich sein, der fortgesetzten Untergrabung bestehender Regulation verstärkt Widerspruch entgegen zu setzen.



Knut Unger

Die Finanzmarktglobalisierung der Städte und des Immobiliensektors, sowie der Einfluss der EU auf die Raumentwicklung und Wohnraumversorgung sind Arbeitsschwerpunkte der AG Habitat im Jahr 2008.

Kontakt: Knut Unger, unger@habitants.de
Sebastian Müller, sebastian2.mueller@uni-dortmund.de

¹ www.hogareal.de/

² Jörg Huffs Schmid, *Jenseits der Spekulationskrise.*

Das Diktat der Finanzmärkte und Perspektiven der Gegensteuerung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, <http://www.blaetter.de/archiv.php?jahr=2007&ausgabe=11> "↳ "Zum Inhaltsverzeichnis dieser Ausgabe" Ausgabe 11/2007, Jörg Huffs Schmid, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, VSA 2002

Plenum des Forums Umwelt und Entwicklung

Erfolgreiche Suche nach der perfekten NGO?

Das diesjährige Plenum des Forums vom 26.-27. September 2007 versuchte unter dem Motto: „Schneller, höher, weiter? Auf der Suche nach der perfekten NGO“ auch in diesem Jahr, mit einer (selbst)kritischen Bilanzierung der Arbeit des Forums Akzente für die deutsche NGO-Szene zu setzen. Aber wurde die perfekte NGO gefunden?

Am ersten Abend hatten die Gäste die Gelegenheit, gemeinsam mit dem Leitungskreis eine Bilanz des vergangenen Arbeitsjahres zu ziehen. Seit dem letzten Plenum des Forums im September 2007 war die Arbeit des Leitungskreises (LK) und des Forums insgesamt stark auf den G8-Gipfel konzentriert. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren der Start der Klima-Allianz sowie die Vorbereitung auf die im Mai 2008 anstehende Biodiversitäts-Konferenz (CBD COP9). Ein weiteres AG-übergreifendes Projekt des Forums ist die Diskussion über die Nachhaltigkeit von Bioenergie.

Das Arbeitsprofil des Forums hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Zunehmend werden seitens des Leitungskreises und der Geschäftsstelle größere Projekte und Kampagnen initiiert und begleitet, was natürlich Auswirkungen auf die Rolle der Arbeitsgruppen hat, die mittlerweile noch stärker mit dem LK zusammenarbeiten. Einige der im Forum organisierten Arbeitsgruppen nutzten eine Anregung vom letzten Jahr und trafen sich vor bzw. nach dem Plenum.

Neuer Leitungskreis

Da das Forum kein formal organisierter Dachverband ist, kann es sich viele der bürokratischen Formalia einer Jahreshauptversammlung sparen und stattdessen inhaltlich spannende, themenübergreifend angelegte Jahrestagungen durchführen. Damit soll auch die Rückkopplung zwischen Leitungskreis, Geschäftsstelle und den Aktiven in den AGs des Forums verbessert werden. Als weitgehend informell organisiertes Netzwerk muss auch die demokratische Legitimierung des LK teilweise über solche eher informellen Formen organisiert werden. So wurde auf diesem Plenum ein neuer Leitungskreis gewählt, der

aus folgenden Mitgliedern besteht: Bernd Bornhorst (Misereor), Carolin Callenius (Brot für die Welt), Michael Frein (Evangelischer Entwicklungsdienst EED), Regine Günther (WWF Deutschland), Gerold Kier (Germanwatch Bonn), Armin Paasch (FIAN-Deutschland), Regine Richter (Urgewald), Stefan Richter (Grüne Liga Berlin), Martin Rocholl (Friends of the Earth Europe) und Jürgen Wolters (ARA-Regenwaldforum)

Die perfekte NGO?

Die Fragestellungen für das diesjährige Plenum ergaben sich aus den Erfahrungen und Arbeitsschwerpunkten des letzten Jahres, vor allem rund um den G8-Gipfel. Hier war bei der Bilanzierung besonders das Verhältnis von NGOs zu sozialen Bewegungen in den Fokus geraten und es stellte sich die Frage nach künftiger Zusammenarbeit bzw. der Einbindung von jungen Aktiven in die Arbeit der NGOs.

Das inhaltliche Panel zu den politischen Herausforderungen wurde von Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin eingeleitet, der auf das Verhältnis von Sozialen Bewegungen und NGOs mit einem wissenschaftlichen Blick einging und die unterschiedlichen Herangehensweisen und Motivationen für das politische Handeln analysierte. Die Essenz war vereinfacht gesagt: Soziale Bewegungen sind von Leidenschaft geprägt und NGOs mehr vom Augenmaß. Er stellte allerdings klar, dass man sich nicht für ein Entweder/Oder entscheiden sollte, sondern versuchen müsse auch widersprüchliche Herangehensweisen zu akzeptieren. Er gab den NGOs den Rat, sich „empören zu lassen“. Dies könne die Leidenschaft am Leben halten.

Die Talkrunde mit Ulla Mikota (VENRO), Hanna Poddig (X-tausendmal quer), Jörg Haas (Heinrich-Böll-Stiftung) und Martin Rocholl (Friends of

the Earth Europe), moderiert von Monika Hoegen zeigte die große Vielfalt von politisch motivierten Zusammenschlüssen und Aktionsmöglichkeiten. Es wurde schnell deutlich, dass es die perfekte NGO nicht gibt, dass jede Organisation sich spezialisiert hat und ihre eigenen Methoden bevorzugt. Trotzdem wurde in der Kooperation bzw. Komplementarität mit Anderen ein Gewinn gesehen.

Vielfältige Handlungsmöglichkeiten

In zwei thematischen Arbeitsgruppen wurde dann inhaltlichen Fragen nachgegangen, die die Bandbreite von NGO-Arbeit nochmals verdeutlichten: Einerseits der Frage nach neuen Aktions- und Mobilisierungsmodellen und andererseits der Frage nach der Professionalität der NGO-Lobbyarbeit.

Als neue Aktionsform – auch im Hinblick auf die Mobilisierung für die Klima-Allianz – wurde besonders das Internet bzw. die Online-Mobilisierung diskutiert. Es wurden zunächst zwei groß angelegte Kampagnen/Aktionsplattformen vorgestellt, „Stimmen gegen Armut“ und „Gerechtigkeit jetzt!“. Anhand dieser konnten die Erfolge der klassischen Mobilisierung mit Einflüssen der Online-Mobilisierung herausgestellt werden. Im Vergleich dazu stellte campact die Vor- und Nachteile einer reinen Online-Aktionsplattform zur Diskussion. Die Quintessenz aller Erfahrungsberichte macht deutlich, dass die NGOs auf dem richtigen Wege sind, alte, bewährte Mobilisierungsmethoden mit neuen Techniken, die das Internet ermöglichen, zu bereichern, um so noch gezielter Lobbyarbeit betreiben zu können.

In Bezug auf die klassische Lobbyarbeit wurden die Machtasymmetrien der Lobbyisten besonders hervorgehoben, denn die Wirtschaft verfügt im Vergleich zu NGO-Lobbyisten über ein deutlich höheres Finanzvolumen wodurch eine stärkere Professionalisierung ermöglicht wird. Dies können NGOs aber u.U. mit einer höheren politischen Glaubwürdigkeit ausgleichen. In der täglichen Lobbyarbeit sind auch NGOs auf ein gewisses Maß an Intransparenz angewiesen. Ja, auch sie profitieren manchmal von der herrschenden Hinterzimmerpolitik.

Die Talkrunde zeigte die große Vielfalt von politisch motivierten Zusammenschlüssen und Aktionsmöglichkeiten.
(v.l.n.r.: Jörg Haas, Monika Hoegen, Ulla Mikota, Hanna Poddig, Martin Rocholl)



Quelle: Germanwatch/Kier

Als Herausforderungen wurden die Europäisierung des Lobbyings, sowie die Auslagerung von politischen Prozessen in informelle Gremien identifiziert, an denen NGOs nicht unbedingt beteiligt werden. Es wurde gefordert, NGOs müssten in der EU aktiver werden und genauer planen, welche Ziele mit der Lobbyarbeit verfolgt werden sollen und stärker beachten, in welchen Phasen von Entscheidungsprozessen überhaupt Einfluss möglich ist (vgl. die Festgefahrenheit bei der WTO).

China und die Grenzen des Wachstums

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Auseinandersetzung mit der Entwicklung Chinas. Die Gesprächsrunde mit Barbara Unmüßig, Edgar Endrukaitis und Sascha Müller-Kraenner eröffnete dem Publikum einen breiten und differenzierten Blick auf Chinas Wirtschaftsweise, die Widersprüchlichkeit zwischen Tradition und Moderne, sowie die langsam wachsende Rolle der Zivilgesellschaft in politischen Prozessen.

Es wurde deutlich, dass es bei aller Kritik an Wirtschaft und Industrie nicht damit getan ist, Ländern wie China die Schuld für nicht-nachhaltige Produktionsmethoden in die Schu-

he zu schieben. Dadurch dass z.B. wir Deutschen die billige Massenware aus China gerne kaufen, sind wir mit verantwortlich für die ‚embodied emissions‘ sowie für umweltschädliche Produktionsmethoden. Unsere Rolle als ‚Nord‘-NGOs wurde auch darin gesehen, den Süd-Süd-Dialog zu unterstützen und z.B. die direkte Kommunikation zwischen Afrika und China zu fördern.

Im Laufe der Diskussion wurde herausgearbeitet wie wichtig das Finden neuer Wohlstandsmodelle ist, da unseres längst überholt ist. Darüber hinaus wurde eine massive Reform der Global Governance Strukturen und damit mehr und stärkere Institutionen im Umweltbereich (wie z.B. eine Weltumweltorganisation) gefordert, die die globale Zivilgesellschaft einbinden.

Fazit

Das Forums-Plenum sollte auch dieses Mal wieder Gelegenheit geben, konstruktiv und selbstkritisch eine Zwischenbilanz zu ziehen und neue Ideen mit nach Hause zu nehmen. Diese Möglichkeit wurde von den Anwesenden leider viel zu wenig genutzt. Die Ankündigung des Bilanzziehens hatte einige Leute scheinbar abgeschreckt, denn viele kamen erst am zweiten Tag zum inhaltlichen

Block. Schade, so haben sie sich um die Möglichkeit gebracht, aktiv Einfluss auf die Arbeit des Leitungskreises, der Geschäftsstelle und des gesamten Forums zu nehmen. Auch die anderen Blöcke des Plenums hätten von einem größeren Publikum sicherlich profitiert.

Auf dem Plenum wurde deutlich, dass das Forum inhaltlich gut positioniert ist und einen großen Teil der Themen abdeckt, mit denen sich die deutsche NGO-Szene befasst. Aber perfekt ist auch das Forum nicht, denn DIE perfekte NGO gibt es, wie auf dem Plenum nochmals deutlich wurde, nicht. Erst durch das Zusammenspiel von sozialen Bewegungen, Initiativen, Kirchen, NGOs und anderen relevanten Gruppen werden wir die bestmöglichen Ergebnisse erzielen können. Denn so kann jede Organisation das einbringen, was sie am besten kann: sei es Mobilisierung, inhaltliche Expertise oder Lobbyarbeit.

Im nächsten Jahr feiert das Forum Umwelt und Entwicklung 15-jähriges Bestehen. 2008 erwartet uns also neben einem inhaltlich spannenden Plenum auch eine Jubiläumsfeier. 

Monika Brinkmüller

Die Autorin ist Redakteurin des Rundbriefs und eine der Koordinatorinnen der AG Biologische Vielfalt im Forum Umwelt und Entwicklung.

Ein Gespenst geht um in Europa

Zur China-Arbeit der Asienstiftung

China ist in aller Munde. Es ruft Ängste hervor - oder Euphorie. Je nach Standpunkt und Interesse des Betrachters. Offensichtlich ist: das „Reich der Mitte“ kehrt in die Weltpolitik zurück - als ökonomische Macht mit zunehmenden politischen Einfluss.

Die Auseinandersetzung darüber, wie mit dem aufsteigenden China umzugehen ist, hat nach dem Empfang des Dalai Lama durch die Bundeskanzlerin jetzt auch die Regierungskoalition erreicht. Es ist aber auch eine Frage, die sich NGOs und soziale Bewegungen in Deutschland zu stellen haben: was ist zu tun, um den Weg Chinas zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung zu fördern?

Seit fünf Jahren ist die Asienstiftung (Asienhaus) dabei, ein China-Programm zu entwickeln. In dieser Zeit haben wir durch Veranstaltungen und Publikationen wie durch Austauschprogramme dazu beigetragen, das Verständnis über die Entwicklungen in China zu verbessern und den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften in beiden Ländern zu fördern.

Verzerrte Chinabilder

Dabei haben wir in dieser Zeit die Erfahrung gemacht, dass auch bei deutschen NRO, ganz zu schweigen von der Öffentlichkeit, viele verzerrte Bilder über die Entwicklungen in China die Diskussion bestimmen. Die Folgen daraus, dass China „ein Kontinent“ für sich ist, mit großen Widersprüchen zwischen Stadt und Land, Zentrale und Regionen und natürlich „arm und reich“ wird nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Das gleiche gilt für die Mit-Verantwortung, die westliche Unternehmen für die Entwicklungen und auch für soziale und ökologische Missstände in China haben.

Bei der Informations- und Bildungsarbeit zu China geht es der Asienstiftung deshalb nicht alleine darum, ein differenziertes Bild der Entwicklungen in China zu vermitteln, sondern auch darum, die Frage zu stellen, welche Folgen dies für die Menschen in Europa und Deutschland hat und haben wird. Dabei treten wir der Schürung vom Feindbild China entgegen und einer Politik, die auf Konfrontation statt auf Kooperation setzt.

Bildungsreisen

Der Austausch mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich in China entwickeln stellt dabei einen wichtigen Baustein dieser Arbeit dar. Die Stärkung des Verständnisses und der Zusammenarbeit von unten ist für die Zukunft der chinesisch-deutschen Beziehungen von großer Bedeutung. So wurden in den letzten Jahren drei Bildungsreisen (zwei davon für Gewerkschafter) unter dem Thema „Arbeitswelten“ nach China organisiert, für 2008 planen wir eine Reise von Umweltaktivisten. Gleichzeitig organisieren wir Gegenbesuche aus China, um den Austausch zu stärken.

Im nächsten Jahr werden wir zusammen mit anderen Organisationen,

darunter dem Forum Umwelt und Entwicklung, ein auf drei Jahre angelegtes Projekt beginnen, mit dem die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zur sozialen und ökologischen Gerechtigkeit zu China verstärkt werden soll. Im Zentrum wird dabei die Auseinandersetzung mit der europäischen und deutschen China-Politik im sozialen und ökologischen Bereich stehen. Es werden Studien und Materialien zu diesen Themen veröffentlicht und Workshops und Konferenzen mit Beteiligung von VertreterInnen chinesischer NRO durchgeführt werden. Ein weiteres Anliegen ist dabei, die Kooperation deutscher NRO zu fördern.

Nähere Einzelheiten finden Sie unter www.asienhaus.de/china. Durch unseren e-mail-Newsletter „China-Informationen“ können Sie regelmäßig informiert werden. Und im Blog „Stimmen aus China“ (www.stimmenaus-china.de).



Klaus Fritsche

Der Autor ist Geschäftsführer bei der Asienstiftung/Asienhaus.





INKOTA-Brief: Gentechnik und Biopiraterie – Mensch und Natur in Gefahr

Die Vielfalt des Planeten ist bedroht. Eine der größten Gefahren dafür ist die landwirtschaftliche Gentechnik. Denn sie ist eine „Killer-technik“: Die Koexistenz mit konventioneller Landwirtschaft ist trotz gegenteiliger Beteuerungen der GentechnikbefürworterInnen auf Dauer nicht möglich. Und haben sich gentechnisch veränderte Pflanzen erst einmal durchgesetzt, gibt es kein Zurück mehr zum konventionellen Anbau. Neben gesundheitlichen Risiken für die VerbraucherInnen und höheren Kosten sowie einer enormen Abhängigkeit von einer Handvoll Konzerne für die ProduzentInnen wird der Verlust eines Teils der biologischen Vielfalt die Folge sein.

Noch ist die Bedeutung der Agrogentechnik eher gering; doch enorme Gewinne winken und so machen die Agrarkonzerne und ihre Helfershelfer in der Politik enormen Druck. Es ist eine Zeit der Entscheidung – in den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob sich die grüne Gentechnik durchsetzen kann.

Aber auch anderweitig ist die biologische Vielfalt in Gefahr. Durch die sich ausbreitende Biopiraterie wird sie immer mehr zur Ware gemacht: Konzerne aus dem Norden eignen sich genetische Ressourcen des Südens an, patentieren bestimmte Wirkstoffe oder gleich die gesamte Pflanze und machen exzellente Geschäfte mit ihren angeblichen „Erfindungen“, die sie in Medi-

kamenten, Kosmetika oder Lebensmitteln verwenden. Und dies alles, ohne in den Herkunftsländern bzw. bei den lokalen, häufig indigenen Gemeinschaften eine Nutzungserlaubnis einzuholen und sie an den Gewinnen zu beteiligen.

Eigentlich soll die 1992 beim UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro vereinbarte Biodiversitätskonvention (CBD) diesem Diebstahl von in Jahrhunderten erworbenem Wissen ein Ende bereiten und einen gerechten Vorteilsausgleich für alle Beteiligten schaffen. Doch bis heute hapert es an der Umsetzung und ist eine dringende Reform des Patentrechts in weiter Ferne.

Dazu bietet der aktuelle INKOTA-Brief-Schwerpunkt eine gute Einführung in die Themen Gentechnik und Biodiversität.

Bezug:
INKOTA-netzwerk e.V.,
Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin
Tel.: 030-4289111
Fax: 030-4289112
inkota-brief@inkota.de
www.inkota.de/publik/brief
(3,50 € zzgl. VK).

Klimaschutz: Umweltwirkungen großer Wasserkraftwerke verringern

Große Wasserkraftwerke leisten einen bedeutenden Beitrag zur klimafreundlichen Stromerzeugung. Doch sie können zu Umweltschäden führen und in wichtige Ökosysteme eingreifen. Solche negativen Wirkungen lassen sich laut Weltstaudammkommission (World Commission on Dams, WCD) mit guter Planung und Projektdurchführung jedoch stark verringern. Ein neuer Leitfaden der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt (UBA) fasst die Empfehlungen der WCD für Wasserkraftwerke nun handlich für alle akkreditierten Gutachter des Klimasekretariats (UNFCCC) zusammen. Bei Beachtung der WCD-Empfehlungen erkennt die DEHSt im UBA große Wasserkraftwerke als Klimaschutzprojekte im Rahmen des EU-Emissionshandels an.

Bislang hat die DEHSt zwei große Wasserkraftprojekte

mit deutscher Beteiligung als CDM-Projekte in China genehmigt:

Große Wasserkraftwerke mit einer installierten Leistung von über 20 Megawatt, die die WCD-Empfehlungen beachten, werden als CDM- oder JI-Projekte anerkannt. Diese so genannten sieben strategischen Prioritäten umfassen: Gewinnung öffentlicher Akzeptanz, umfassende Prüfung aller Optionen, Berücksichtigung bestehender Staudämme, Erhalt von Flüssen und Existenzgrundlagen für Menschen, Anerkennung von Ansprüchen und gerechte Teilung des Nutzens, Einhaltung der Verpflichtungen und Vereinbarungen sowie gemeinsame Nutzung der Flüsse für Frieden, Entwicklung und Sicherheit.

Bezug:
Der Leitfaden steht in deutsch und englisch zum Download zur Verfügung unter http://www.dehst.de/cdn_011/nn_476208/DE/JI_CDM/CDM_CDM_node.html?_nnn=true

Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung

Die Reiserzeugung und der Handel mit Reis haben einen direkten Einfluss auf die Ernährungssicherung in der Welt. Reis ist für die Hälfte der Weltbevölkerung die wichtigste Quelle für Kalorien und stellt für zwei Milliarden Menschen die Haupteinkommensquelle dar. Während viele Studien Bedenken äußerten, die Ernährungssicherheit könne durch die Importfluten – oder aufgrund der Zunahme an Importen allgemein – ernstlich bedroht werden, haben nur wenige den tatsächlichen Schaden untersucht, der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen auf der Mikroebene in Bezug auf Einkommen, Armut und Ernährungssicherheit zugefügt wurde. Noch geringer ist die Zahl derer, die diesen Schaden aus einer Menschenrechtsperspektive untersucht haben. Das Menschenrecht auf angemessene Nahrung ist ein

Publikationen

Grundrecht jedes Menschen. Das Recht auf Nahrung umfasst für die Kleinbauern, also für weltweit die Hälfte der von Hunger betroffenen Menschen, das Recht auf produktive Ressourcen und eine günstige Umwelt, die es ihnen erlaubt, sich selbst in Würde zu ernähren. Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es herauszufinden, ob das Menschenrecht auf angemessene Nahrung bestimmter Reis erzeugender Gemeinden in Ghana, Honduras und Indonesien durch eine spezifische Reishandelspolitik negativ betroffen oder verletzt wurde. Die Studie analysiert hierfür kausale Zusammenhänge zum einen zwischen bedeutenden Steigerungen der Reisimporte und Hunger, Mangelernährung und Nahrungsunsicherheit, so wie zum anderen zwischen diesen Einfuhrsteigerungen und bestimmten Handels- und Agrarpolitiken. Weitere mögliche Faktoren wie Naturkatastrophen, Landbesitzverhältnisse oder Zugang zu Infrastruktur werden angemessen berücksichtigt, um den Einfluss der jeweiligen Handelspolitik unter diesen Begleitumständen abschätzen zu können. Darüber hinaus unterscheiden die Fallstudien zwischen den verschiedenen Verantwortlichkeiten nationaler Regierungen, externer Staaten und zwischenstaatlicher Organisationen (IGO).

Bezug:
Die Studie ist als Download verfügbar unter: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung/downloads/Reisstudie.pdf>

Ila 310 November 2007: Holz – Zellulose - Papier

Bäume und Wälder haben Menschen schon immer zu Mythen und Geschichten angeregt. Bäume leben wie Menschen und Tiere, aber sind unbeweglich wie Berge und Steine. Gleichzeitig verändern sie laufend ihr Gesicht und wiegen sich im Wind. Zugleich ist Holz eine der meist genutzten Ressourcen – neben Luft und Wasser. Der Holz- und Pa-

piersektor macht etwa drei Prozent des gesamten Welt-handels aus.

In letzter Zeit bekommt man an auffällig vielen Einkaufsorten hübsche, große Papiertüten, für die häufig noch nicht mal bezahlt werden muss. Das plastiktüten-kritische Bewusstsein freut sich, außerdem kann darin herrlich Altpapier gesammelt werden, kommt alles direkt zusammen in die Tonne. Dabei tut's der gute alte Stoffbeutel genauso. Der Papiersektor scheint sich seine Nachfrage selbst zu schaffen, denn etwa die Hälfte der weltweiten Papierproduktion ist für Verpackung bestimmt. Die Werbebranche haut tonnenweise Material raus, das meist ungelesen im Papierkorb landet. Der gedankenlose Konsum kommt u. a. daher, weil Papier so billig ist. Weshalb? Fast die gesamte Holz- und Papierproduktion wird direkt oder indirekt subventioniert. Und sie hat viele FürsprecherInnen, z. B. bei der Weltbank oder in der Entwicklungszusammenarbeit.

Ein häufiges Argument: Die Zellstoffindustrie und der Forstsektor bringen Arbeitsplätze. Doch im Vergleich zu anderer Bodennutzung entstehen nur sehr wenige Jobs. Forstarbeit ist zudem laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO einer der gefährlichsten und anstrengendsten Sektoren, mitunter wird gar von sklavenähnlichen Bedingungen auf Baumplantagen in Uruguay oder Brasilien berichtet.

Es gibt immer noch viele Leute, die Baumplantagen mit Wäldern verwechseln. Doch die (ehemaligen) BewohnerInnen der Gegenden, wo sich heutzutage die Monokulturen für die Zellstoffproduktion ausbreiten, wissen genau, dass dem nicht so ist: „Grüne Wüste“, „Grüne Soldaten“ oder „Der Grüne Tod“ – so nennen sie die Plantagen. Die Plantagen-bäume ziehen mehr Wasser aus dem Boden als im System zirkuliert und trocknen den Boden aus, Bodenerosion ist die Folge. Durch das schnelle Wachstum werden dem Boden Nährstoffe entzogen.

Was ist bloß aus unserem Freund, dem Baum, geworden! Wie aus dem Lebensbaum der grüne Tod werden konnte – davon berichtet

der aktuelle Schwerpunkt.

Bezug:
Informationsstelle
Lateinamerika
Heerstr. 205
53111 Bonn
Tel.: 0228-658613
Fax: 0228-631226
E-Mail: vertrieb@ila-bonn.de
(4,50 €).

Ressourcenfieber - Mit kühlem Kopf zu nachhaltigen Lösungen

15 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio befindet sich die Welt im „Ressourcenfieber“. Die Ängste vor Preissteigerungen, Abhängigkeiten und Verknappung steigen. Die neue Ressourcendebatte eröffnet jedoch Chancen, denn der Wert der natürlichen Ressourcen rückt in den Fokus von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Das Öko-Institut setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, die weltweiten Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Welche Strategie für eine nachhaltige Ressourceneffizienz notwendig ist, stellen die Wissenschaftler jetzt in der neuen Broschüre „Ressourcenfieber“ vor.

Bei steigender Nachfrage nach Rohstoffen nimmt die Umweltbelastung zu. Allein in den vergangenen 20 Jahren hat sich die globale Nachfrage nach Kupfer und Aluminium verdoppelt. Eingriffe in das Ökosystem gefährden die Biodiversität und es entstehen große Mengen an zum Teil gefährlichen Abfällen. Bei anhaltend hoher Nachfrage und hohen Preisen werden bei vielen Rohstoffen immer weniger ergiebige Quellen unter immer höherem Energieverbrauch gefördert. Dies belastet zusätzlich das Klima. Zudem ist zu befürchten, dass zunehmend in geschützten Regionen wie Nationalparks Ressourcen gewonnen werden – mit fatalen Konsequenzen für die dort lebenden indigenen Völker. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen dringend neue Wege in Zeiten weltweit steigender Ressourcennachfrage gegangen werden. Das Öko-Institut hat dazu verschiedene Ansätze erarbeitet, die es in der neuen Broschüre vorstellt. Insgesamt müssen die wesentlichen Bausteine einer nach-

haltigen Ressourcenstrategie entwickelt und umgesetzt werden. Dazu gehören ein nachhaltiger Konsum, innovative Effizienztechnologien und der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, letzterer ebenfalls unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsstandards und dem verstärkten Einsatz von Non-Food-Pflanzen. Insbesondere ist die Wirtschaft dazu aufgefordert, sich mit dem Thema des globalen Ressourcenfiebers ernsthaft zu beschäftigen und neue Lösungen zu erarbeiten. Den Schwerpunkt sehen die Wissenschaftler darin, neue Effizienztechnologien zu entwickeln und bereits heute ausgereifte Techniken und Konzepte verstärkt auf den Markt zu bringen.

Bezug:
ÖKO-INSTITUT E.V.,
Öffentlichkeit &
Kommunikation,
Christiane Rathmann
Tel.: 0761-4529522,
Fax: 0761-4529588,
E-Mail: redaktion@oeko.de,
www.oeko.de/oekodoc/600/2007-146-de.pdf

Europasprech – Wie Europapolitik funktioniert und warum alles so kompliziert ist

Die Naturfreundejugend Deutschlands hat gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring eine Broschüre mit dem Titel „Thema: Europa - Europasprech“ erarbeitet. Kernstück ist ein Glossar, das Fachbegriffe der Europäischen Union, der europäischen Jugendpolitik und der Europapolitik erläutert. Weitere Informationen zur Europa- und zur europäischen Jugendpolitik finden sich auch im Internet unter www.europasprech.de. Die Broschüre entstand im Rahmen von „YOUrope07“, dem Modul des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Das Aktionsprogramm wird von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Deutschen Bundesjugendring durchgeführt.

Der Autor beschreibt die Schwierigkeit, die komplizierten institutionellen Zusammenhänge oder Informati-

onen über Förderprogramme und klassische EU-Begriffe wie Bologna-Prozess, Kohäsion oder Rat der Europäischen Union in einer verständlichen und anregenden Form darzubieten. Ein Grundsatzartikel über europäische Jugendpolitik, eine Bewertung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sowie EU-Listen (von den Kommissionsmitgliedern über die 23 EU-Amtssprachen bis zu den EU-Ratspräsidentschaften bis 2020) runden die Broschüre ab.

Bezug:
Naturfreundejugend
Deutschlands,
Haus Humboldtstein
53424 Remagen
Tel.: 02228-94150 Fax:
02228941522,
E-Mail: info@naturfreundejugend.de,
www.naturfreundejugend.de
(1 €).

Klima der Gerechtigkeit – Das Buch zum McPlanet-Kongress

Nach dem großartigen Erfolg von McPlanet.com 2007 gibt es jetzt endlich einen umfassenden Sammelband zum Thema Klima und Gerechtigkeit – als Einstieg sowie vertiefende Lektüre, diesmal inklusive DVD (Kongress-Dokumentation, 20 Min). Die über 30 Aufsätze deutscher und internationaler AutorInnen aus Wissenschaft, Bewegung, NGOs, Politik und Wirtschaft geben die wichtigsten Diskussionen des Kongresses wieder und stellen neue, spannende Fragen: Wer verursacht das Klimachaos, wer badet es aus? Wer darf wie viel verschmutzen? In welchem Verhältnis stehen Wirtschaftswachstum, Klimaschutz und Armutbekämpfung? Was haben Klimachaos und Globalisierung miteinander zu tun? Mit Beiträgen von Sven Giegold, Meena Raman, Martin Khor, Hans Diefenbacher, Carlo Jäger, Marcelo Furtao, Andrew Simms, Martin Rocholl, Rebecca Harms, Sivan Kharta, Ulrich Brand, Reinhard Bütikofer u.v.m.

Bezug: http://www.attac.de/service/materialbestellung/shop/product_info.php?cPath=4&products_id=517, E-Mail: buch@mcplanet.com oder im Buchhandel (12,80 €).

12. Eine-Welt-Landeskonferenz NRW: Gerechtigkeit im Treibhaus Erde!

25. – 26. Januar 2008
Dortmund

Gerechtigkeit im Treibhaus Erde ist das Motto der Landeskonferenz, die am 25. und 26. Januar 2008 im Dortmunder Kulturzentrum Depot stattfinden wird. Der Klimawandel wirft über die umweltpolitische Bedeutung hinaus viele Fragen an eine globale Entwicklungspolitik und eine zukunftsfähige Nord-Süd-Politik auf. Eine Reihe von renommierten ReferentInnen aus Wissenschaft und Politik konnten für die Vorträge gewonnen werden, u. a. Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (angefr.), Prof. Dr. Dirk Messner, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Zhang Danhong von der Deutschen Welle sowie Prof. Dr. Dieter Boris, Soziologe an der Universität Marburg. Auch andere aktuelle Themen werden diskutiert, wie der neue Freiwilligendienst „weltwärts“, Herausforderungen des Globalen Lernens, Eine-Welt-Themen im Rahmen der „Ruhr 2010 - Kulturhauptstadt Europas“ und die Erwartungen an die „Neue Linke“ in Lateinamerika. Abschließend werden VertreterInnen aus Landespolitik und Nichtregierungsorganisationen die Konsequenzen der neuen entwicklungspolitischen Leitlinien für die Eine-Welt-Politik des Landes NRW diskutieren.

Informationen:

Eine-Welt-Netz-NRW

Jens Elmer

Tel.: 0251-28466913/19

E-Mail: jens.elmer@

eine-welt-netz-nrw.de

Papuas letzte Wälder: Der Lebensraum – Die Mafia – Das Holz – Der Klimawandel

Partnerschaftsseminar
Netzwerktagung West-Papua

25. - 27. Januar 2008

Witten

Regenwälder sind die Lunge der Erde, außerdem bieten sie vielen Menschen Lebensraum. In Indonesien werden jährlich ca. 1,8 Mio ha Waldfläche kahlgeschlagen, 80 % davon illegal.

Auch Papua ist mehr und mehr betroffen. Zentrales Thema des Seminars ist der Raubbau am Regenwald, die Folgen für Menschen, Natur und Klima. Dazu werden Experten aus Papua und aus Deutschland zu Wort kommen. Zu folgenden Themen werden Vorträge stattfinden: Der Planet der Wälder – können die grünen Lungen der Erde das Klima noch retten? Die Wälder Papuas – Analyse der NGO's; Die Wälder Papuas – Analyse der Provinzregierung; Aktueller Reisebericht aus Papua etc.

Informationen/Anmeldung:

Pfarrer Bracht

Tel.: 02339-4418

E-Mail: bracht.soika@web.de

West Papua Netzwerk

Rudolfstr. 137

42285 Wuppertal

Tel.: 0202-89004170

Fax: 0202-89004179

E-Mail: west-papua-

netz@vemission.org

www.westpapuanetz.de



100 Tage bis zur UN-Konferenz für biologische Vielfalt in Bonn

Internationales Forum
07. – 08. Februar 2008
Berlin

Die 9. UN-Konferenz des Übereinkommens über biologische Vielfalt (CBD) steht vor der Tür und wird im Mai 2008 rund 5000 Menschen nach Bonn bringen. Die deutschen und internationalen NGO-Aktivitäten werden vom CBD-Projektbüro der NGOs mit finanzieller Förderung des Bundesumweltministeriums unterstützt und mit koordiniert.

Was sind die aktuell wichtigsten Problemfelder? Welche Fortschritte müssen auf der 9. UN-Konferenz erzielt werden? Welche zentralen Forderungen richten die NGOs an die Staatengemeinschaft? Diese Fragen wird das international hochkarätig besetzte Forum der Zivilgesellschaft in den Fokus nehmen: Wie erreichen wir ein rechtlich verbindliches Regime, das den Zugang zu genetischen Ressourcen und den gerechten Vorteilsausgleich aus deren Nutzung regelt, sog. ABS-Regime? Wie muss ein globales System von Schutzgebieten für Wälder und Meere aussehen und wie soll es finanziert werden

Warum ist die Nutzung von Bioenergie ein wichtiges Thema für die Konvention über biologische Vielfalt?

Zu der Veranstaltung sollen Politikerinnen und Politiker aus Entwicklungsländern, Schwellenländern und Industrieländern, Wissenschaftler und Experten mit deutschen und internationalen NGOs zusammenkommen. Das internationale Forum findet vor zwei entscheidenden Diskussionsrunden der CBD im Februar statt und dient insbesondere dazu, dem weiteren Verhandlungsprozess bis zur UN-Konferenz in Bonn nochmals Fahrt zu verleihen.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung

CBD COP 9 Projektbüro

Günter Mitlacher

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel.: 0228-92399353

Mobil: 0170-8391552

E-Mail: mitlacher@forumue.de

www.biodiv-network.de

...bevor es zu spät ist... Klimawandel und Katastrophenvorsorge

Fachtagung

14. Februar 2008,

Bonn

Hitze, Dürre und Waldbrände im Süden Europas, Flutwellen in Süd- und Südostasien, Überschwemmungen in weiten Teilen der Sahelzone und Ostafrikas: In den vergangenen Monaten gab es zahlreiche Hiobsbotschaften. Es steht zu befürchten, dass sie nur einen Vorgeschmack auf das geben, was der Klimawandel noch mit sich bringen wird. Leidtragende sind vor allem die Ärmsten dieser Welt. Sie leben in besonders katastrophengefährdeten Regionen und entbehren wirksamer Mittel für einen ausreichenden Schutz. Hilfe für diese Menschen ist unerlässlich. Doch sie wird künftig weit über das gewohnte Maß freiwilliger humanitärer Gesten hinausgehen müssen.

Anpassung an den Klimawandel kann Schäden verhindern. Sind die Organisationen der humanitären Hilfe auf solche Aufgaben vorbereitet? Stehen ihnen tech-

Veranstaltungen

nisches Know-how, institutionelle Strukturen vor Ort und finanzielle Spielräume dafür zur Verfügung? Sind neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit, der Spendenwerbung und der politischen Einflussnahme erforderlich, um der Herausforderung gerecht zu werden? Diese und weitere Fragen werden im Mittelpunkt der Klimakonferenz stehen. Die Veranstaltungssprache ist Deutsch. Es wird eine deutsch-englische Simultanübersetzung geben.

Informationen:

Caritas international

Dr. Oliver Müller

Karlstr. 40

79104 Freiburg

Tel.: 0761-2000

Fax: 0761-200730

E-Mail: contact@caritas-

international.de

www.caritas-international.de

Klima und Wandel in Amazonien

Entwicklungspolitisches Forum
27. – 29. Februar 2008
Berlin

Im Mai 2008 ist Deutschland Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zum Schutz der Biologischen Vielfalt (CBD). Die Heinrich-Böll-Stiftung nimmt dies zum Anlass, in ihrem Entwicklungspolitischen Forum 2008 u.a. das Thema Biodiversität am Beispiel Amazonien aufzugreifen. In der Diskussion um globale nachhaltige Entwicklung nimmt das Amazonasgebiet eine prominente Position ein. Zahlreiche brasilianische und internationale Akteure diskutieren seit Jahren in unterschiedlichen Politikfeldern, ob der Erhalt des größten Tropenwaldgebiets der Welt entscheidend für den Schutz des Weltklimas ist. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie in Amazonien die Bevölkerungen überleben, aber auch die Biodiversität und die riesigen Süßwasservorräte geschützt werden können.

Anliegen der Amazonienkonferenz der Heinrich-Böll-Stiftung ist es, diese unterschiedlichen Dimensionen mit lokalen RepräsentantInnen, brasilianischen und internationalen Akteuren zu debattieren. Mit der Konfe-

renz "Klima und Wandel in Amazonien" soll ein bedeutender Impuls für politische Lösungen zum Schutz des Amazonas, seiner biologischen Vielfalt, seiner Bevölkerungen und des Weltklimas gegeben werden. Das ausführliche Programm der Konferenz sowie das Anmeldeformular ist unter <http://www.boell.de/calendar/viewevt.aspx?evtid=4483> zu finden.

Informationen:
Heinrich-Böll-Stiftung
Annette v. Schönfeld
Juliane Widmer
E-Mail: vonschoenfeld@boell.de
boell.de
widmer@boell.de

Bildungs- und Begegnungsreise von Umweltaktivisten nach China

Oktober 2008

Die Asienstiftung plant 2008 eine zweiwöchige Bildungs- und Begegnungsreise zum Thema Umwelt nach China. Die folgenden Informationen dienen dazu, das Interesse an der Teilnahme an einer solchen Reise auszuloten. Die Asienstiftung ist deshalb an einer Rückmeldung interessiert.

Die Themen Umwelt und Klimawandel bezogen auf China stehen hoch auf der Tagesordnung. Nicht nur in Deutschland und Europa, sondern auch in China sind viele NRO in diesen Bereichen aktiv - wenn auch in unterschiedlicher Weise und unter unterschiedlichen Bedingungen. Eine Stärkung der Zusammenarbeit stellt eine wichtige Voraussetzung für die globale Umweltpolitik dar.

Zusammenarbeit setzt aber das gegenseitige Kennenlernen und den gegenseitigen Austausch voraus. Um diesen zu fördern und deutschen Umweltaktivisten die Möglichkeit zu geben, sich persönlich mit den Umweltproblemen in China und der Arbeit chinesischer NRO auseinanderzusetzen, plant die Asienstiftung eine politische Bildungs- und Begegnungsreise, die zusammen mit chinesischen NRO geplant und durchgeführt wird. Eine genaue Festlegung der Themen ist je nach Interessenlage der Interessenten möglich. Während der Rei-

se wird ein Erfahrungsaustausch mit Wissenschaftlern, Vertretern chinesischer NRO sowie mit zentralen und örtlichen Institutionen stattfinden, die über die Umweltsituation in China berichten und ihre Projekte vorstellen; Umweltprojekte in verschiedenen Bereichen werden besucht. Dabei werden auch die Gegensätze bzw. Unterschiede zwischen Stadt und Land und verschiedenen Regionen im Blick sein. Thematisiert wird ebenfalls die Tätigkeit deutscher Organisationen im Umweltbereich. Die deutschen Teilnehmenden stellen ebenso ihre Arbeit und die Umweltsituation in Deutschland/Europa vor. Ziel ist ein Erfahrungsaustausch mit eventuell darauf aufbauenden Kooperationen.

Als Termin wird zunächst Oktober 2008 angeboten. Der Grund: am 24./25. Oktober 2008 findet in Beijing der 7. ASEM-Gipfel statt. Anlässlich dieses Ereignisses plant das Asia-Europe- Peoples-Forum (AEPF) die Durch-

führung einer alternativen asiatisch-europäischen Konferenz, auf der die Themen Umwelt, Energie und Klima einen wichtigen Stellenwert einnehmen werden. Die Reise soll vor dieser Konferenz stattfinden, um eine Teilnahme zu ermöglichen. Geplant ist eine zweiwöchige Rundreise. Aufgrund bisheriger Erfahrungen werden die Kosten ohne Zuschüsse bei ca. 2.200 Euro liegen. Dies ist bei einer Reiseroute ohne Inlandsflüge machbar. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Die maximale Zahl der Teilnehmenden liegt bei 18. Für die notwendigen Übersetzungen wird ein Dolmetscher die Reise begleiten. Die Reise beginnt in China. Die An- und Abreise ist selbst zu organisieren. Der Preis für einen preisgünstigen Flug ist im o.g. Preis enthalten. Die deutschen Teilnehmer sollen aktiv im Umweltbereich tätig sein. Teil der Reise ist ein Vor- und ein Nachbereitungsseminar in Deutschland. Die Teilneh-

menden sollen sich und ihre Expertise aktiv in die Vorbereitung und Durchführung der Reise einbringen. Eine Senkung der Kosten für die Teilnehmenden ist möglich, wenn Zuschußgeber für eine solche Reise gefunden werden.

Informationen:
Klaus Fritsche
Asienstiftung
Bullmannau 11
45327 Essen
Tel.: 0201-8303838
E-Mail: klaus.fritsche@asienhaus.de

AG-Sitzungen des Forums Umwelt & Entwicklungen

- AG Biodiversität - 09. Januar 2008, Bonn
- AG Handel - 14. Februar 2008, Berlin
- AG Landwirtschaft und Ernährung - 19. Februar 2008, Berlin

Vorsicht: Weltbank

Die Weltbank trägt zu Armut, Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen bei - und Versuche, sie zu reformieren, sind bislang stets am Bollwerk massiver Eigeninteressen der Bank und ihrer Anteilseigner gescheitert. Nach außen hin strotzt die Weltbank vor Kraft, Selbstbewusstsein und guten Absichten - vor allem für die Verringerung der Armut. Ihr ganzes Streben, so der Eindruck, den sie gerne erweckt, sei nur darauf ausgerichtet, den Menschen zu helfen, die nicht genug zu essen haben, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, keine menschenwürdige Wohnung, keine Chancen auf Grund von Diskriminierung oder mangels Bildung, Geld und Arbeitsplätzen haben. Alles was sie tut, so ihre Rechtfertigung, diene nur dieser ihrer "Mission". Doch der Wohltäter ist in der Krise. Die Weltbank, die weltweit wohl wichtigste, einflussreichste Entwicklungsinstitution, steht auf dem Prüfstand. Ihr mächtigster Anteilseigner, die USA, droht, ihren Aufgabenbereich zurückzuschneiden, die Regierungen von Großbritannien und Norwegen reduzieren Gelder, kleinere Mit-



gliedsländer, als Schuldner jahrzehntelang abhängig und bevormundet, entwickeln größeres Selbstbewusstsein und fordern mehr Mitsprache. Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Mit dieser Bestandsaufnahme soll der Blick gelenkt werden auf die reale Weltbankpolitik hinter der schönen Rhetorik, auf Fehlentwicklungen und Widersprüche zwischen Rhetorik und Handeln - denn die gegenwärtige Weltbankpolitik ist, trotz aller bisherigen Reformen, das

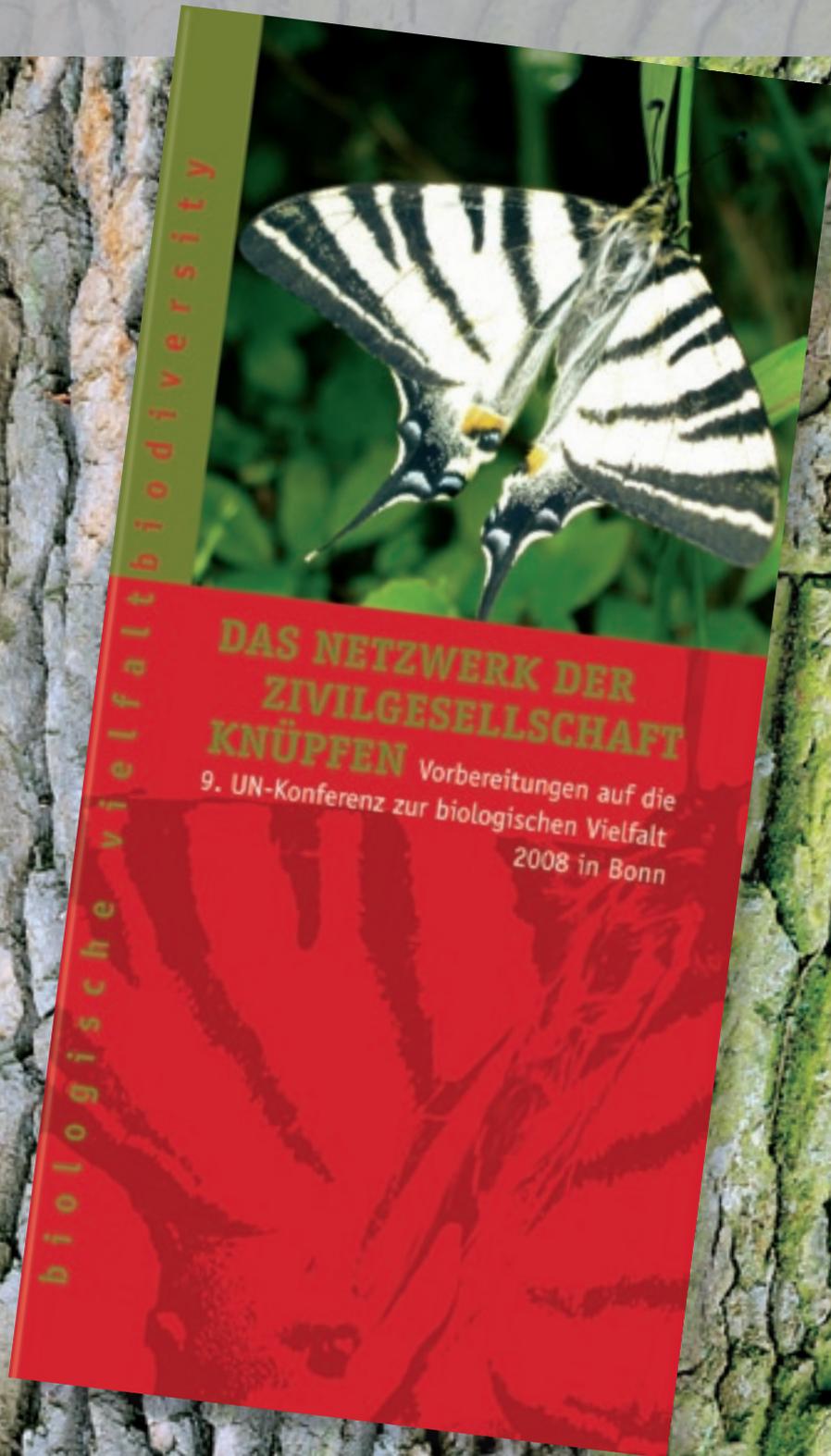
Gegenteil einer demokratischen, rechenschaftspflichtigen und wirksamen Entwicklungsstrategie.

Die Kapitel behandeln u.a. folgende Themenkomplexe: Eine "neue" Weltbank? "Geschäftsziel" Armutsminderung; Investitionsklima statt Umweltschutz; Wachstum, Privatwirtschaft - und die Menschenrechte? Lektionen ohne Lehren; Systemfehler der Weltbank-Politik; Deutsche Weltbank-Politik: Wunschdenken und Wirtschaftsförderung.

Bezug: Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228-359704, Fax: 0228-92399356, E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de, (10 Euro zzgl. VK).

9. UN-Konferenz zur biologischen Vielfalt

Wie können Sie sich einbringen und engagieren?



Der Flyer kann bestellt werden bei:
Projektbüro CBD COP9/MOP4
c/o DNR/Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10 • 53177 Bonn
Telefon 02 28-92 399 353

Mehr Informationen unter:
www.biodiv-network.de